

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement - Preis dreimonatlich  
 Vierteljährlich 3.50 RM, monatlich 1.20 RM,  
 wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 nummer mit illustriertem Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 1.50 RM pro Monat.  
 Eingetragene in die Post-Verzeichnungs-  
 Anstalt. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Oesterreich - Ungarn  
 2.50 RM, für das übrige Ausland  
 4 RM pro Monat. Postabonnements  
 nehmen an Belgien, Dänemark,  
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,  
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Verlag: Ullstein.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne  
 je oder deren Raum 60 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 50 Pf.,  
 „Kleine Anzeigen“, das fertige  
 Wort 20 Pf., (gültig 2 fertige  
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.,  
 Stellenangebote und Schließelnamen  
 zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes  
 weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buch-  
 staben zählen für zwei Worte. Anzeigen  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition ist  
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonntag, den 10. Dezember 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Der Reichstag zum Dienstag einberufen. Bethmann spricht über Rumänien.

**Russische Angriffe bei Dorna Watra. — Die rumänische Predealpaß-Gruppe aufgerieben. — Niesenbente der Schlacht um Bukarest. — Auflösung des rumänischen Heeres.**

Amtlich. Großes Hauptquartier, 9. Dezember 1916. (W. L. B.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

#### Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Im Somme-Gebiet war zu einzelnen Stunden der Geschützkampf heftig.

Nacht gegen unsere Stellungen bei Le Transloy vorgehende starke Patrouillen wurden durch Feuer und Nahkampf vertrieben; eine Anzahl von Australiern blieb dabei in unserer Hand.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

#### Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Nördlich des Rarpez-Sees, in der Stork-Enge, griffen nach Feuertvorbereitung mehrere russische Kompagnien vergeblich unsere Stellungen an.

#### Front des Generalobersten Erzherzog Joseph.

Zwischen Kirlibaba- und Distrik-Tal setzte der Russe gestern starke Angriffe an. Zumeist scheiterten sie verlustreich in unserem Feuer. Nördlich von Dorna Watra verlorenere Boden wurde vom Angreifer teuer erkauft.

Auch bei in der Hauptsache fehlgeschlagenen Angriffen südlich des Protusul-Tales errang der Russe bei erheblichem Kräfteverbrauch nur geringen örtlichen Erfolg.

#### Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Der linke Flügel der neunten Armee hat die rumänischen Divisionen, die von den Pässen nördlich von Sinaia sich nach Südosten durchzuzugeln versuchten, aufgerieben; mehrere tausend Mann wurden gefangen, viele Geschütze erbeutet.

Vor dem rechten Armeeflügel und vor der rasch vordringenden Donau-Armee ist der Feind in vollem Rückzuge.

Seit dem 1. Dezember hat der Rumäne an die beiden Armeen — soweit die zunächst flüchtige Aufräumung der Schlachtfelder um Bukarest ergab — über 70 000 Mann, 184 Geschütze, 120 Maschinengewehre verloren. Die Höhe der Zahlen läßt einen klaren Rückschluß auf die Größe des Erfolges der verbündeten Truppen zu und zeigt den Grad der Auflösung des rumänischen Heeres, dessen Verluste an Toten und Verwundeten zur Gefangenenzahl im Verhältnis stehen.

Die Beute an Feldgerät und Kriegsmaterial ist unabschätzbar.

### Mazedonische Front.

Auf den Höhenstellungen nördlich von Monastir und nordöstlich von Paralovo lag starkes Artilleriefeuer, dem leicht abgewiesene Angriffe im Cerna-Bogen folgten.

Ostlich des oberen Tachinos-Sees schlugen bulgarische Vorposten eine englische Kompagnie zurück.

Der Erste Generalquartiermeister.  
Ludendorff.

### Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 9. Dezember, abends. (W. L. B.)

Im Westen und Osten nichts Wesentliches.

In Rumänien vollzieht sich die Verfolgung plangemäß.

Im Cerna-Bogen haben sich nach Artilleriekampf feindliche Angriffe entwickelt, die noch im Gange sind.

### Der österreichische Bericht.

Wien, 9. Dezember 1916. (W. L. B.) Amtlich wird verlautbart:

#### Ostlicher Kriegsschauplatz.

##### Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Der Feind ist vor der Donau-Armee und dem rechten Flügel der Armee des Generals der Infanterie von Falkenhayn in vollem Rückzuge. Rumänische Kräfte, die es noch versuchten wollten, vom Gebirge her den Anschluß an die zurückgehende rumänische Armee zu finden, wurden gänzlich aufgerieben. Die Beute der Heeresgruppe seit 1. Dezember beträgt über 70 000 Mann, 184 Geschütze, 120 Maschinengewehre und unerschöpfbares Kriegsmaterial.

##### Heeresfront des Generalobersten Erzherzog Joseph.

Im Protusul-Tale, dann zwischen Kirlibaba und dem Distrik-Tale griff der Feind gestern abermals unsere Stellungen mit starken Kräften an. Von einigen örtlichen Erfolgen abgesehen, blieben die Angriffe erfolglos.

##### Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Südlich des Protusul keine Ereignisse.

##### Italienischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Lage unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.  
v. Döcker, Feldmarschalleutnant.

### Einzug in Bukarest.

(Telegramm unseres Kriegsberichterstatters Dr. Adolf Köster.)  
Bukarest, 9. Dezember 1916.

Am 6. Dezember 1916, mittags 12 Uhr, erreichte die vorderste Kompagnie, Grenadiere der Armee Falkenhayn unter Oberleutnant v. Dewitz, die Grenze der Stadt, von Chitila kommend. Der Bataillonskommandant fuhr mit Offizieren des Armeestabes in die noch von rumänischen Versprengten erfüllte Stadt. Die Offiziere erhielten vom Bürgermeister die schriftliche Bestätigung, daß die Stadt geräumt und dem Einzug der verbündeten Truppen kein Widerstand mehr geleistet werde. Die Urkunde wurde an den Kommandeur der vor der Stadt harrenden Truppen gefandt, worauf gegen 2 Uhr der Einmarsch der ersten Bataillone der Armee Falkenhayn von Nordwesten her erfolgte. Der Empfang der Truppen war jubelnd: Blumen wurden geworfen, Hurrarufe, „Deutschland über alles“ tönte es aus der von zahlreichen, eben erst entlassenen internierten Deutschen und Oesterreich-Ungarn durchsetzten Volksmenge. Die Stadt trägt völlig friedliches Gepräge. In ihr verblieben sind Peter Carp, Marghiloman und viele angesehene Persönlichkeiten der Antikriegspartei sowie der holländische und der amerikanische Gesandte.

Dr. Adolf Köster, Kriegsberichterstatter.

### Das ferne Licht des Friedens.

In der Generalversammlung der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft hielt deren Präsident Dr. Walter Rathenau eine Rede, die Wolffs Bureau ausführlich wiedergibt. Rathenau sagte unter anderem:

Auch wer politische und militärische Lage nicht verwechselt, wird der Empfindung sich nicht verschließen können, daß jetzt nach langer Zeit zum ersten Male ein fernes Licht, das Licht des Friedens erscheint. Doch keine Hoffnung darf uns von unserer Aufgabe entbinden. Auch weiterhin werden wir unsere Einrichtungen verstärken, neue schaffen und den Umfang unserer Leistungen erhöhen. Sie wissen, daß das gewaltige Hindenburg-Programm die ganzen Kräfte des Landes fordert. . . .

Der Krieg ist nicht mehr allein ein Krieg gegen Waffen und Politik, sondern auch ein Kampf gegen Wahn und Unbernunft. Ich denke dabei nicht an Illusionen und übertriebene Wünsche, die bei uns auftreten können, sondern an die Meinungen unserer Gegner, die den Trost für Mißerfolge suchen, indem sie sich an das Wort klammern: „Time fight for us.“ (Die Zeit kämpft für uns.)

Das ist das unwahrscheinlichste und verwegenste Wort, das in diesem Kriege gesprochen worden ist. Die Zeit kämpft für niemand, sie kämpft gegen jeden. Wenn es aber einen Teil der Kriegführenden gibt, der durch die Länge und den Druck des Krieges wahrhaft Kräfte gewonnen und innere Fortschritte erlebt hat, so ist es Deutschland mit seinen Verbündeten.

### Die Einberufung des Reichstags

Berlin, 9. Dezember. (W. L. B.) Wie wir hören, hat der Präsident des Reichstags die Mitglieder zu einer Sitzung für Dienstag, den 12. Dezember, nachmittags 1 Uhr, einberufen. Es wird angenommen, daß der Reichskanzler in dieser Sitzung über die neue militärische Lage in Rumänien Mitteilungen machen wird.

Der Reichstag ist zum Dienstag einberufen, und alle Welt fragt, was das bedeutet. Der Reichskanzler wird sprechen, wie es heißt, über Rumänien. Aber die deutschen Reichstagsabgeordneten brauchen doch nicht von Remel und von Konstanz nach Berlin reisen, um zu erfahren, daß Bukarest gefallen ist!

Es entspräche nicht der nüchternen Art deutscher Politik, wenn der Reichstag nur zur Abhaltung einer Siegesfeier einberufen würde. Die Vermutung liegt also sehr nahe, daß tiefere und bedeutungsvollere Gründe zur Einberufung des Parlaments — in so überraschender Weise und zu so ungewöhnlicher Zeit — geführt haben.

Welcher Art diese Gründe sind, wird man am Dienstag erfahren. Und man wird mit Spannung warten, bis der Schleier dieses Geheimnisses fällt.

Bis dahin können wir nicht prophezeien, nichts kann uns aber daran hindern, Auffassungen und Wünsche zu äußern. Und da dürfen wir daran erinnern, was am Tage nach dem Fall von Bukarest an dieser Stelle zu lesen stand:

„Jetzt sind die Völker jenseits der Schützengräben vorbereitet, die Wahrheit zu hören. Sagen wir ihnen, daß man sie belogen hat, als man ihnen einredete, Deutschland wolle nur den Frieden, den es diktieren könnte. Sagen wir ihnen, daß Deutschland jetzt, gerade jetzt, mehr denn je zu einem Frieden der Verständigung bereit ist, daß es ebenso bereit ist, die große Stärke seiner vereinigten Gegner anzuerkennen, wie es auf Anerkennung seiner eigenen unüberwindlichen Tüchtigkeit Anspruch hat. Sagen wir, daß wir mit ihnen zu verhandeln bereit sind, nicht als Sieger mit dem Besiegten, sondern gleich auf gleich, daß wir nicht fordern wollen, ohne zu gewähren, nicht nehmen wollen, ohne zu geben, daß wir die Freiheit der Völker nicht mindern, sondern mehren wollen.“

„Wer will uns das als „Zeichen der Schwäche“ auslegen — am Tage nach Bukarest!“

„Die feindlichen Regierungen haben nicht den Mut zum Frieden. Die deutsche kann und muß ihn haben!“

„Der Versuch muß gewagt werden. Wenn er aber offensichtlich durch die Schuld der anderen mißlingt, dann werden wir mit gutem Gewissen ausharren bis zum nächsten Mal.“

Nach Tage nach der Rede des russischen Ministerpräsidenten Treppoff, zwei Tage nach der Uebernahme der britischen Ministerpräsidentschaft durch Lloyd George wird niemand glauben, daß der Frieden über Nacht kommen kann. Was die deutsche Regierung heute — wenn sie will — bieten kann, ist noch nicht der Frieden, aber es ist eine fürchterliche Gewissensmahnung an die Kriegsverlängerer und eine entscheidende Vorbereitung des künftigen Friedens. Das kann sie, wenn sie will!

Wird sie wollen?

Das deutsche Volk, dessen Wunsch nach einer baldigen Beendigung des Krieges ebenso stark ist wie sein Wille, sich in der Welt zu behaupten, erwartet eine Antwort, die alle früheren an Klarheit und Eindeutigkeit übertrifft.

Noch können Worte gesprochen werden, die von entscheidender Stelle nicht gesagt worden sind, können Schritte unternommen werden, die noch nicht getan sind, die aber getan werden könnten, wenn die deutsche Politik mit der gleichen leidenschaftlichen Energie ihren Weg zum Frieden gehen wollte wie die deutsche Kriegführung ihren Weg: zum Sieg der Selbsterhaltung gegen eine Welt in Waffen!

# Sozialimperialismus in England

Von W. Beer.

Der romantische Traum Lord Beaconsfields, die Chartisten mit dem alten Adel zu verbinden und eine große imperialistisch-soziale Partei unter Ausschaltung der kapitalistischen Bourgeoisie zu schaffen, scheint sich im gegenwärtigen Augenblick verwirklichen zu wollen. Er ist eigentlich das Vermächtnis jenes merkwürdigen Staatsmanns, dessen Geist in England noch immer lebt und abenteuerliche Politiker unter seinen Vann zwingt. Kaum war Beaconsfield tot, da übernahm Josef Chamberlain die Aufgabe, der englischen Politik einen imperialistisch-sozialen Charakter zu geben. Vom linksliberalen Flügelmann Gladstones verwandelt er sich zum Führer der konservativen Sozial- und Kriegspolitiker.

Wenige Jahre nach dem Tode Chamberlains machte Lloyd George, der linksliberale Flügelmann Asquiths, dieselbe Entwicklung durch. Während aber in der Blütezeit Chamberlains die Arbeiter noch keine aktive und selbständige Rolle in der Politik spielten und deshalb nicht zu fürchten waren, fällt Lloyd Georges Um- und Ausschaltung in eine Periode, in der die Arbeiter nahe daran waren, einen wichtigen sozialpolitischen Faktor im öffentlichen Leben Englands zu bilden. Die Ähnlichkeit zwischen der Laufbahn Josef Chamberlains und Lloyd Georges ist schlagend. Sie sind Glieder in der traditionellen Kette Beaconsfieldscher Politik.

Der Weltkrieg mit seinen kaum fahbaren Erschütterungen gab Lloyd George eine Gelegenheit, wie sie keiner seiner Vorgänger hatte. Ein sehr großer Teil der englischen Arbeiterführer wurde vom Kriegstau mel erfasst. Dieselbe Arbeiterpartei, die im Jahre 1912 und 1913 die Diplomatie Lord Greys als kriegerisch und deutschfeindlich bekämpft hatte; dieselben Männer, die vor Greys geheimem Wirken gewarnt hatten; dieselben Redner, die noch am 1. August 1914 einen Eintritt Englands in den Krieg an der Seite Russlands für unmöglich gehalten hatten, wurden in wenigen Tagen zu Anhängern Greys, bis sie im Mai 1915 für ministerfähig gehalten wurden.

Der Krieg setzt vieles im Menschen hinweg, aber er wühlt auch viel in ihm Verborgenes auf. Fast die ganze liberale Kultur, die die Cobden und Bright und Gladstone der nachcharitistischen Arbeitergeneration gegeben hatten, erwies sich als eine oberflächliche Politur. Sie war nur, wie die Engländer sagen: „skin-deep“; sie reicht nicht tiefer als die Haut. Hingegen drang die sozialpolitische Bildung, die sie aus den Schriften und Vorträgen Carlyles und Ruskins erhalten hatte, in ihr Gefühlsleben ein und verband sich mit ihren nationalen und kriegerischen Instinkten. Carlyle und Ruskin waren beide kriegerisch und national; sie waren sozialkonservativ.

Die meisten Führer der englischen Arbeiterpartei stammen aus dieser Schule. Als Arbeiter bildeten sie sich an Carlyle und Ruskin. In den Jahren des Friedens und des noch einflussreichen Liberalismus waren sie sozialpolitisch-liberal. Der Weltkrieg hat aber dem englischen Wirtschaftsleben eine sozialorganisatorische Richtung gegeben und dem Staate Aufgaben zugewiesen, die sich mit dem Liberalismus nicht vereinigen lassen. Er schuf eine mächtige sozial-imperialistische Strömung und fand in der „Times“ ein einflussreiches Organ, das seit Beginn dieses Jahres zum Fürsprecher der Arbeiter wurde und gleichzeitig Lloyd George, Lord Milner und ähnliche bekannte Politiker auf sein Schild hob. Die meisten Gewerkschaftsführer blickten auf diese neue Ära mit anderen Augen als die friedensfreundlichen Sozialisten oder die linksliberalen Sozialpolitiker. Von den 40 Mitgliedern der Arbeiterfraktion dürfte mehr als die Hälfte einem Ministerium Lloyd George ihre Unterstützung gewähren.

Friedensfreunde im streng positivistischen Sinne gibt es in der englischen Arbeiterbewegung nur sehr wenige. Der Unterschied zwischen den Kriegsanhängern und den Friedensfreunden ist derselbe wie in der französischen Partei. Die Mehrheit verlangt einen Frieden durch Sieg, also durch einen Krieg bis ans Ende. Die Minderheit ist für einen Frieden durch Verhandlungen. Zur Mehrheit gehören die meisten Arbeiterabgeordneten, die zugleich Gewerkschaftsführer sind. Eine bekannte Ausnahme bildet das Parlamentsmitglied J. S. Thomas, Organisator der Eisenbahner, der nicht Sozialist, sondern linksliberal ist. Sein Kollege Wardle, Redakteur des Fachorgans der Eisenbahner und gegenwärtig Fraktionsführer, ist zwar Sozialist, aber Kriegsanhänger. Die parlamentarischen Vertreter der Bergleute, sowohl die sozialistischen wie die liberalen, gehören zur Mehrheit. Hingegen ist der Präsident der Bergleute, Robert Smillie, ein entschiedener Friedensfreund und Sozialist. Er und Fred Bramley, der Organisator der Webstuhler, sowie Robert Williams, der Führer der Transportarbeiter, sind wahrscheinlich die einzigen entschiedenen Pazifisten unter den Gewerkschaftsführern. Sie gehören zur Minderheit und wirken zusammen mit den sozialistischen Parlamentsmitgliedern, wie Philipp Snowden (pensionierter Staatsbeamter), Ramsay MacDonald und Fred Jowett, die der Unabhängigen Arbeiterpartei angehören. Die Metallarbeiter und ihre Führer, darunter Artur Henderson und George R. Barnes, gehören zur Mehrheit. Ebenso die Textilarbeiter und deren Führer, mit Ausnahme von Ben Turner, der zur Minderheit neigt. Die Hafenarbeiter und ihre Führer Ben Tillett und James Sexton, sowie die Seefleute und ihr Führer Havelock Wilson sind geradezu chaubunistisch.

Nichtsdestoweniger finden in England wöchentlich zahlreiche Friedensversammlungen statt, die in ihren Entschlüssen von der Regierung verlangen, in Friedensverhandlungen einzutreten, um auf diesem Wege das zu erreichen, was durch Krieg nicht erreicht werden konnte. Ueber den Einfluss und den Wert dieser Versammlungen sind die Meinungen sehr geteilt. Unterstützt werden diese Kundgebungen von einigen linksliberalen Parlamentsmitgliedern, wie Artur Bonsonby (Sohn des Privatsekretärs der Königin Victoria), Charles Trevelyan (früherer Unterstaatssekretär), Duthwaite (Vertreter des Arbeiterwahlkreises Hanley) und andere — leider nicht allzu viele!

## Asquith über seinen Sturz.

London, 8. Dezember. (Reuter.) In der Versammlung der Liberalen Partei hat Asquith eine Erklärung über die Krise abgegeben, in der er sagte, er habe nicht auch die Leitung der Partei niedergelegt. Es sei eine sorgfältig organisierte Verschwörung angezettelt worden, die hauptsächlich gegen ihn selbst und Greys gerichtet gewesen sei. Daran hätte aber weder Lloyd George noch ein anderes Mitglied der Regierung teilgenommen. Er sei

sich nicht bewusst, daß irgend eine Ursache zu Klagen über Schlichtheit der Regierung bestehe. Das Kabinett hätte kräftiger auftreten können, wenn die Zahl seiner Mitglieder eingeschränkt würde.

Lloyd George habe vorgeschlagen, einen dreigliedrigen Kriegsrat zu bilden, dem er (Asquith) nicht angehören solle. Er habe darauf erklärt, daß er als Premierminister gleichzeitig Vorsitzender des Kriegsrats sein müsse. Lloyd George sei damit nicht einverstanden gewesen, und am Sonntag hätten die unionistischen Mitglieder des Kabinetts die Absicht ausgesprochen, zu demissionieren, wenn er selbst nicht demissioniere. Verhandlungen mit Lloyd George verliefen ergebnislos.

Asquith schloß: Ich werde tun, was ich kann, um die große Aufgabe, die in den Händen des neuen Kabinetts liegt, zu erleichtern.

Auch Greys forderte auf, sich durch die persönlichen Angriffe nicht davon ablenken zu lassen, daß das Land Stürm gegen Stürm einem unverzöhnlichen Feind gegenüberstehe.

## Das neue Kabinett.

London, 9. Dezember. (W. L. B. Reuter.) Lloyd George hat die Bildung seines Kabinetts so gut wie vollendet. Folgende Persönlichkeiten sollen ihm angehören: Bonar Law als Schatzkanzler, Addison als Munitionminister, Balfour als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Lord Derby als Staatssekretär des Krieges und Regierungsbetreiber im Oberhause, Henderson als Arbeitsminister mit einem Sitz im Kriegsrat, Barnes als Minister für Pensionen und Lord Robert Cecil als Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt.

## Lloyd George, der Siegesbürger.

Welbourne, 8. Dezember. (W. L. B. Reuter.) Ministerpräsident Hughes äußerte sich dahin, daß die Übernahme der Regierung seitens Lloyd Georges im ganzen Reiche mit Genugtuung aufgenommen und von den Alliierten als Bürgschaft für die kräftige Fortsetzung des Krieges, bis der entscheidende Sieg erreicht sei, begrüßt werden würde. Im Repräsentantenhause erklärte der Führer der Opposition Joseph Cook, alle Parteien sollten sich zur Organisation der Nation vereinigen. Cook tadelte ferner scharf die Kriegspolitik und trat für eine nationale Regierung ein.

## Auch Briand wankt.

Die Enttäuschung hochgespannter Kriegshoffnungen findet ihren Niederschlag in inneren Krisen. Es ist kein Zufall, daß gerade jetzt, wo das Kriegsjahr 1916 zu Ende geht und der Entente statt des erwarteten „Endsieg“ die rumänische Katastrophe nebst einer schweren Lebensmittelkrise beschert, bei unseren bedeutendsten Gegnern sich fast gleichzeitig schwere innere Erschütterungen einstellen. Stürmers Erfolg durch Treppoff, Asquiths durch Lloyd George sind Parallelercheinungen, zu der sich als dritte nunmehr eine wachsende Opposition gegen das französische Ministerium Briand gesellt.

Briands Kammerstimm mit 344 gegen 160 Stimmen ist alles andere als ein Triumph. Denn er bedeutet, daß zu der bisherigen Gegnerfraktion der etwa 40 Mann starken sozialistischen Minderheit noch eine andere für ihn viel gefährlichere Opposition hinzugezogen ist: jene Opposition, die gekennzeichnet wird durch die 117 Stimmen, die für die Tagesordnung Tardieu votierten. Tardieus Antrag aber war ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung, er tadelte ihre Schwäche und klagte sie wegen ihrer Mißerfolge an.

Es hat sich also auch in Frankreich — trotz der heiligen Einigkeit — eine extreme Kriegspartei gebildet, der die Regierung zu schlaff ist und die nach dem „starken Mann“ schreit. In den Kriegsergebnissen findet ihre Agitation gewaltige Nahrung; für das Scheitern der Sommeoffensive, für die Vernichtung Rumäniens, die Blamage in Griechenland, müssen natürlich Sündenböcke gesucht werden. Dazu beginnt man sich in Frankreich ernstlich Sorgen um Sarraill zu machen, der nach Rumäniens Ausscheiden auf isoliertem Posten steht. Im „Gaulois“ ruft Arthur Meyer bereits offen nach dem Diktator, selbst an den vergötterten Joffre wagt sich die Kritik heran.

Noch ist Briand der Mißstimmung Herr geworden. Aber jedes ungünstige Kriegsergebnis treibt der Opposition neue Stimmen zu. Die Agence Havas gibt eine Zusammenstellung von Preßstimmen wieder, nach der es so aussieht, als ob Briand am Ruder bleibt. Aber auch hier wird eine Umbildung des Kabinetts in Aussicht gestellt. Briand wolle den größeren Teil der Kabinettsmitglieder entlassen und sich mit einem kleinen Exekutivausschuß umgeben. Gustave Hervé vollends schreibt in der „Victoire“:

„Es ist trotz dieses Ausgangs der Debatte kein Zweifel darüber möglich, daß auch Frankreich in kurzem die Neubildung des Kabinetts, die das Land einstimmig fordert, bekommen wird.“ „Humanité“ betont, daß die Opposition, wie das Ministerium erkennen müsse, immerhin im Zunehmen begriffen sei.

Mit den Tagen der sicheren Herrschaft des Kabinetts Briand ist es jedenfalls vorbei. Das traurige ist, daß auch Briand, wie Stürmer und Asquith, nicht von den Friedensfreunden, sondern von den radikalen Kriegsverfeindern gestürzt und ersetzt werden wird.

## Die Bedeutung der Einnahme Bukarests.

(W. L. B.) London, 8. Dezember. Dem „Daily Telegraph“ wird aus Petersburg gemeldet, man habe dort nicht die geringste Reizung, die Bedeutung des Falles von Bukarest zu verkleinern, im Gegenteil, in allen amtlichen Kreisen werde mit ungewöhnlicher Offenherzigkeit zugegeben, daß der Feind einen Sieg von viel mehr als örtlicher Bedeutung errungen habe, der, wenn er sich auf dem eroberten Gebiete halten könne, einen sehr großen Einfluß auf die zukünftigen Phasen des Krieges ausüben werde.

## Griechenland.

### Die Ententebürger entziehen der Hungerblockade.

London, 9. Dezember. (W. L. B.) Reuter meldet aus Athen: Die Lage ist äußerst ernst. Die effektive Blockade beginnt Freitag früh um 8 Uhr. Die russischen Unterthanen sind an Bord eines Dampfers gegangen. Die diplomatischen Verhandlungen dauern fort. Heute hat die Regierung den Ententegesandten mitgeteilt, daß die militärische Bewegung, bereztwegen sie gestern Schritte unternommen hätte, beendet sei. Die Bevölkerung der Stadt fürchtet eine Beschießung. Es herrscht große Besorgnis. Viele Leute flüchten nach sicheren Orten.

Die anwesenden Italiener haben sich eingeschifft. Im übrigen ist die Lage unverändert.

Bern, 9. Dezember. (W. L. B.) Der Pariser Berichterstatter des „Corriere della Sera“ meldet, der französische und der englische Gesandte in Athen hätten sich nach dem Piräus begeben unter Mitnahme der Archide. Das Gepäck des Personals der englischen Gesandtschaft sei bereits im Piräus eingeschifft worden.

Bern, 9. Dezember. (W. L. B.) Eine Meldung des „Corriere

della Sera“ aus Athen besagt, das französische Admiralschiff „Provence“ sei aus dem Piräus ausgefahren, wo sich noch das italienische Kriegsschiff „Vibio“ befinde. Admiral Pourcet weise aber immer noch im Piräus auf einem anderen französischen Kriegsschiff, wo er vorgezogen den englischen Gesandten sowie einige Benizeliten empfangen habe. Bei Hausdurchsungen in Athen in den Wohnungen von Benizeliten seien 90 000 Gewehre und reichliche Munitionsvorräte für die Vorbereitung eines Volksaufstandes beschlagnahmt worden. — Das Blatt meldet ferner, der beschlagnahmte griechische Torpedojäger „Pamphile“ sei infolge Explosion eines Petroleumbehälters in die Luft geflogen. Ein französischer Torpedojäger habe die Besatzung gerettet und dabei 25 Verletzte und 5 Tote geborgen.

Konstantinopel, 7. Dezember. (W. L. B.) Die funktentelegraphische Verbindung zwischen Konstantinopel und Athen ist wiederhergestellt. — Nun wird man wohl auch einmal etwas Anderes hören, als den ewigen Entente-Reuter.

## Darstellung der Athener Regierung.

### Journals Herausforderung.

Bern, 9. Dezember. Der Bund meldet zu den Vorfällen vom 1. Dezember in Athen folgendes: Von autorisierter Seite erfahren wir, daß die griechische Regierung an ihren Vertreter in London eine Depesche folgenden Inhalts hat abgehen lassen:

Nach einem Reuterbericht hat Lord Cecil in Beantwortung einer Anfrage des Abgeordneten Dalziel erklärt, daß am letzten Freitag ein höchst verräterischer Angriff gegen die auf Befehl des französischen Admirals gelandeten Truppenabteilungen der Alliierten gerichtet worden sei, und zwar ohne jede Herausforderung von ihrer Seite, trotz wiederholter formeller Zusagen sowohl von Seiten des Königs von Griechenland als auch von seiner Regierung. Der griechische Gesandte in London wurde beauftragt, dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu erklären, daß die königliche Regierung den französischen Admiral durch zwei Briefe und mehrfache Erklärungen hat wissen lassen, daß es ihr unmöglich sei, das geforderte Kriegsmaterial auszuliefern. Obwohl der Admiral davon unterrichtet war, hat er zahlreiche Truppenabteilungen anschießen lassen, die in mehreren Trupps vom Piräus gegen die militärisch geschützte Hauptstadt marschierten und sogar einen Teil einer Vorstadt besetzten, aus dem sie die griechischen Truppen herausdrängten. Die königliche Armee beschloß dann nur, sich zu verteidigen, und zwang die Angreifenden zum Rückzuge. Auf Wunsch des französischen Admirals wurde nach dem Zusammenstoß, die am Vormittag zwischen den Abteilungen der Alliierten und unseren Truppen stattgefunden hatten, ein Waffenstillstand geschlossen. Trotzdem und nach Einstellung des Feuers begannen die Kriegsschiffe der Alliierten verschiedene Punkte der Stadt zu beschießen und schleuderten mindestens 38 Geschosse, davon 7 gegen das königliche Schloß. Unter diesen Umständen kann weder von Verräterei, noch von einem Angriff ohne Herausforderung die Rede sein.

## „Möwe“ Nr. 2.

London, 8. Dezember. Die Admiralität meldet, sie hätte einen Bericht erhalten, daß ein bewaffnetes und verkleidetes deutsches Schiff vom Handelschiffstyp am 4. Dezember im nördlichen Atlantischen Ozean gesichtet worden sei. Eine weitere Meldung sei nicht eingelaufen.

## Der Seekrieg.

### Ein mißlungener Rammsversuch.

Berlin, 9. Dezember. (W. L. B.) Amtlich. Am 4. Dezember versuchte im Mittelmeer der englische Passagierdampfer „Caledonia“ (9223 Brutto-Register-Tonnen) eines unserer Unterseeboote zu rammen, ohne daß er von diesem angegriffen war. Kurz bevor das U-Boot von dem Rammschiff getroffen wurde, gelang es ihm, einen Torpedo abzufeuern, der den Dampfer traf und zum Sinken brachte. Das U-Boot wurde nur leicht beschädigt.

Zwei als Passagiere auf dem Dampfer befindliche englische Offiziere, Generalmajor Ravenshaw, abgelöster Kommandeur der 27. Division der englischen Saloniki-Armee, und Generalstabshauptmann Dickerman, wurden ebenso wie der Kapitän des Dampfers, James Mackie, von dem U-Boot gefangen genommen.

### Zwei Banntwarefahrer aufgebracht.

Berlin, 9. Dezember. Amtlich. In der Nacht vom 8. zum 9. Dezember unternahm unsere flandrischen Seestreitkräfte einen Vorstoß in die Hoofden, hielten den holländischen Dampfer „Caledonia“ und den brasilianischen Dampfer „Rio Paro“, beide mit Banntware nach England unterwegs, an und brachten sie in den Hafen ein.

Wirkungen des U-Boot-Kreuzertriebes. Kopenhagen, 9. Dezember. Die dänische Kriegsversicherung hat eine Erhöhung der Versicherungsprämien für die meisten Schiffsfahrtslinien beschlossen.

Berent und gesunken. „Lloyds“ meldet als versenkt den belgischen Dampfer „Keltib“ (2900 Tonnen), den norwegischen Dampfer „Meteor“ (4211 Tonnen), als gesunken den norwegischen Dampfer „Nedvion“ (1920 Tonnen). Ferner wurde versenkt der norwegische Dampfer „Ela“ (878 Tonnen, mit 640 000 Kronen kriegsversichert). — Nach einer Reutermeldung ist der Dampfer „Kibjani“ nicht gesunken; er landete die Besatzungen des spanischen Dampfers „Gerona“ und des holländischen Dampfers „Kediri“, deren Versenkung früher gemeldet wurde.

Nach einer Meldung aus Kopenhagen wurden der dänische Dreimastkruiser „Christine“ und die dänische Bark „Robert“, beide mit Granatholz auf der Reise von Schweden nach England, von einem deutschen Unterseeboot angehalten und in Brand geschoffen. — Der vermehrte schwedische Dampfer „Tuba“, von Archangelsk nach England unterwegs, ist nach Mitteilung der Reederei ebenfalls versenkt worden. Die Mannschaft wurde von dem Unterseeboot an Bord genommen, wo sie zwei Monate verblieb.

## Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 8. Dezember. Amtlicher Heeresbericht. Mazedonische Front. In der Gegend von Vitolia und im Cernabogen schwaches Feuer der feindlichen Artillerie. In der Nacht zum 7. Dezember versuchte der Feind mehrmals, unsere Stellungen östlich von der Cerna und südlich von Gradesnitska anzugreifen, aber alle Angriffe wurden von unseren Truppen abgewiesen. Auf beiden Seiten des Bardar schwaches Feuer der feindlichen Artillerie. An der Velasica Planina Ruhe, an der Struma Artilleriefeuer. Eine englische Kompanie, die sich Tschifit Nest näherte, wurde durch unser Gewehr, Maschinengewehr- und Artilleriefeuer vernichtet. Vor unseren Gräben liegen 120 feindliche Leichen.

Rumänische Front. In der Dobrußja unterbrochenes Artilleriefeuer von beiden Seiten. An der Donau

einzelne Kanonenschiffe bei Silistria und Cernaboda. In der Balachei verfolgen die verbündeten Heere die sich östlich von Bukarest zurückziehenden russischen und rumänischen Armeen. Unsere Truppen haben bei Lutran die Donau überschritten.

## Die feindlichen Heeresberichte.

**Französischer Bericht vom 8. Dezember nachmittags:**  
Am linken Ufer der Naas warfen die Franzosen die Deutschen aus einem Teile der Schützengräben zurück, welche diese am 6. Dezember auf den Osthängen der Höhe 304 besetzt hatten. Anderwärts vertiefte die Nacht ruhig.

**Orientalarmee:** In der Nacht vom 6. zum 7. Dezember machten die Deutschen und Bulgaren einen heftigen Gegenangriff auf die Stellungen der Serben im Abschnitt Starabina östlich der Grana. Drei aufeinanderfolgende Angriffe wurden durch die Serben zurückgewiesen. Allgemein verhinderte das schlechte Wetter Unternehmungen während des gestrigen Tages.

**Vom 8. Dezember abends:**  
An der Sommerfront ziemlich starke Tätigkeit der Artillerie im Abschnitt von Voukavac und vor Vlasak. Im Walde von Apremont hat der Feind bei einem Angriff am Vormittag in einigen Grabenshöfen Fuß gefaßt; ein lebhafter Gegenangriff unserer Truppen hat ihn sofort daraus zurückgeworfen. Von der übrigen Front nichts zu melden.

**Belgischer Bericht. Nichts Besonderes an der Front.**  
**Englischer Bericht vom 8. Dezember nachmittags.** Von der letzten Nacht ist nichts zu melden außer wechselseitiger Beschießung mit Unterbrechungen.

**Vom 8. Dezember abends.** Der Feind beschloß heute unsere Front südlich der Ance und im Gebiet Cucudcourt—Manart. Wir übten durch Beschießung verschiedener, hinter den feindlichen Linien liegender Punkte Wiederbergeltung.

**Russischer Bericht vom 8. Dezember. Westfront:** An der Front Galubica—Soniak beschloß der Feind unsere Stellungen mit Mörsern, die eine stark zerstörende Wirkung hatten. In der Gegend von Potutara Dailiana heftiges Gewehr- und Geschützfeuer. In den Waldparthien unternahm unsere Abteilungen einen Angriff auf eine Höhe fünf Werst südlich von Jawornik. Der Kampf geht dort weiter. Das Ergebnis ist unbestimmt. Mit Westfront nichts zu melden. Das Ergebnis ist unbestimmt. Mit Westfront nichts zu melden.

**Kaukasusfront:** In Richtung von Salkiz griffen unsere Abteilungen die Türken an, welche eine Höhe bei Salkiz besetzt hielten, vertrieben sie und machten Gefangene.

**Rumänische Front:** Im Trosus-Tale wurden feindliche Angriffe abgeschlagen. In der Balachei legten die rumänischen und die russischen Truppen nach Besetzung Bukarests durch den Feind den Rückzug fort. In der Dobrudscha und an der Donau Ruhe.

## Wie die Duma Treppoff empfing.

Wie die „Frei. Ztg.“ nach russischen Blättern berichtet, kam es beim Auftreten des neuen Ministerpräsidenten in der Duma zu Stadien, die ein bezeichnendes Schlaglicht auf die innerpolitische Lage in Rußland werfen. Als Treppoff sich auf der Rednertribüne zeigte, brach auf der Linken ein ohrenbetäubendes Lärmen los. Nachdem der Lärm ununterbrochen eine Viertelstunde anhielt, ohne daß es Treppoff gelang, zu Worte zu kommen, verließ der neue Ministerpräsident die Tribüne, worauf die Sitzung unterbrochen wurde. — Ob man inzwischen die Störer hinausgeworfen hat, wird nicht gesagt. Oder sollte Treppoffs Rede gar nicht gehalten, sondern nur über sie berichtet worden sein?

## Ein englisch-holländisches Geheimabkommen?

**Frankfurt a. M., 9. Dezember.** Dem „New York Financial Chronicle“ zufolge hat man in Washington von einem geheimen Abkommen zwischen England und Holland Kenntnis erhalten, wonach England, um Deutschlands Rohstoffzufuhr aus Holland unmöglich zu machen, sich verpflichtet, Holland als überflüssigen Waren abzugeben und über die Marktpreise noch hinaus das zu zahlen, was Deutschland willens war, mehr anzulegen. Holland habe sich verpflichtet, England 25 Proz. seiner Butterproduktion, 75 Proz. seiner Kondensmilchherzeugung, 50 Proz. der Schweine- und Hammelschlachtungen, 25 Proz. der Kartoffeln und 15 Proz. der Käseherzeugung abzutreten. („Frankf. Ztg.“)

## Kein Flämisch im Belgischen!

**Amsterdam, 8. Dezember.** (W. Z. B.) Dem „Limburgischen Courrier“ wird von der belgischen Front geschrieben, daß die Armee zwar zu 80 Proz. aus Flamen bestehe, daß aber trotzdem alle Armeedivisionen französisch erziehen und nie ins Flämische übersetzt werden. In einem belgischen Übungslager wurden flämische Soldaten bestraft, weil sie die Uebersetzung einer französischen Mitteilung ins Flämische verlangten.

## Sozialistischer Wahlsieg in Lublin.

**Lublin, 8. Dezember.** (W. Z. B.) Wie die Blätter melden, sind bei den gestrigen Stadtwahlen aus der fünften Kurie acht Sozialisten, zwei Kandidaten des jüdischen und zwei Kandidaten des vereinigten polnischen Wahlkomitees gewählt worden. Von 8488 Wahlberechtigten haben sich 5633 an der Wahl beteiligt. Auf die Liste der Sozialisten sind 3501 Stimmen entfallen, während die Liste der nationalen Arbeiterpartei nicht die erforderliche Stimmenzahl erhielt.

## Vom Aufstand in Arabien.

**Konstantinopel, 4. Dezember.** (W. Z. B.) (Versipäet eingetroffen.) Wie hiesige Blätter melden, sind die südbelgische Medina operierenden türkischen Truppen bis zum Bah von Dschedaida vorgezogen, ohne irgend eine Spur von Aufständischen zu treffen. Der Sohn des aufständischen Emirs von Mekka-Freilich, der sich in der Richtung nach Jumbo im Rückzug befunden hatte, habe sich nunmehr nach Habieb, halbwegs westlich der Straße Medina-Mekka gewendet, um sich mit seinen Brüdern zu vereinigen. Viele seiner Anhänger hätten ihn verlassen. Zwei einflussreiche Scheichs der Gegend von Dschedaida sind in Medina angekommen und haben sich dem rechtmäßigen Emir, Scheich Ali Daidar Pascha, unterworfen.

## Kleine Kriegsnachrichten.

**Der türkische Senat bewilligt einen Kriegskredit von 15 Millionen Pfund.** Emver Pascha sprach über die Erfolge in Rumänien. Die verbündeten Truppen sind mit Abnahme und Mangel in Bukarest eingezogen. Die Stimmung der türkischen Bevölkerung sei opferfreudig und siegesgewiß.

**Fliegerbomben auf ein Lazarett.** (W. Z. B.) Berlin, 9. Dez. Nachdem am 4. und 5. November feindliche Flugzeuge ein Reservelazarett in Dresden, auf dem das Abzeichen des roten Kreuzes deutlich sichtbar war, mit Bomben großen Kalibers besetzt und neben einem Materieffschaden auch einen Todesfall verursacht hatten, hat die bulgarische Regierung gegen diese erneute Verletzung der Genfer Konvention durch die Entente, die behauptet, für die Aufrechterhaltung des Rechts und der Verträge zu kämpfen, energischen Protest eingelegt.

**Feuer im Hospitalküchle.** London, 8. Dezember. (W. Z. B.) Neutermeldung. Ein Hospitalküchle, das mit einer Anzahl deutscher Verwundeter an Bord nach Blything fuhr, um dort englische Verwundete abzuholen, mußte wegen Feuers im Schiff nach Dover zurückkehren. Die Verwundeten wurden auf ein anderes Schiff gebracht.

**Eine italienische Munitionsfabrik explodiert.** Die Mailänder Blätter melden, ereignete sich in der Provinz Alexandria in einer Munitionsfabrik eine Explosion. Die Untersuchungen ergaben, daß ein verdröckerter Anschlag ausgeführt ist. Mehrere Fabrikgruppen liegen in Trümmer. Die Explosion forderte 50 Opfer.

**In partibus infidelium.** In der katholischen Kirche gibt es Bischöfe ohne Bistum; ihnen wird dem Rom nach ein im Gebiet der Ungläubigen liegender Amtssitz: „geteilt“, in partibus infidelium“. Nun melden Krakauer Blätter, daß in Petersburg infolge des Rücktritts des früheren Oberpolizeimeisters von Warschau ein neuer Oberpolizist namens Pjeblov ernannt worden sei. Damit die Leute glauben, Väterchen habe in Warschau doch noch wat to seggen.

**Frühere Sperrstunde überall.** Konstantinopel, 9. Dezember. (W. Z. B.) Einer Anordnung der hiesigen Polizeidirektion zufolge, müssen alle kleinen Schenken um sechs Uhr nachmittags, alle Gastwirtschaften und großen Bierhäuser um neun Uhr, Kinos und Theater, Rauchtheater um Mitternacht, Milchläden und Zuckerbäckereien um ein Uhr früh schließen. — Auch in Oesterreich ist eine entsprechende Verordnung ergangen.

## Politische Uebersicht.

### Abgeordnetenhaus.

#### „Gibernia“ und Wohnungsfrage.

Die Sonnabendtagung des preussischen Abgeordnetenhauses wurde eröffnet durch die ersten Lesungen der „Gibernia“-Vorlage und des Wohnungsgefehtentwurfs. Beide wurden Kommissionen überwiesen, die erstere der verstärkten Staatshaushaltskommission, letztere einer besonderen Kommission.

Die Vorlage über den Ankauf der „Gibernia“ begegnete auf den verschiedensten Seiten des Hauses einer scharfen Kritik. Zwar stellte sich Abg. Pappenheim namens der Konservativen ihr mit einem gewissen Wohlwollen gegenüber, aber im einzelnen brachte er doch zahlreiche Bedenken vor, und vor allem kam die Furcht vor einer Ausdehnung des Staatssozialismus in seinen Worten nur allzu deutlich zum Ausdruck. Noch auffälliger urteilte Abg. Defer (Op.), der nachwies, daß der Kauf unter höchst ungünstigen Umständen erfolge. Auf den gleichen Standpunkt stellte sich Genosse Hue, der sich grundsätzlich als Freund der Verstaatlichung erklärte und gerade deshalb zu einer Ablehnung des Entwurfs kam, einmal weil der Ankauf so teuer ist, daß der Staat dabei ein schlechtes Geschäft machen würde, zweitens weil infolge dessen die Kostenpreise hochgehalten werden würden und drittens weil er daraus eine Erschwerung der staatlichen Verwaltung und der Verstaatlichung des Kohlenbergbaus überhaupt befürchtete.

Wichtigere Aufnahme fand der Wohnungsgefehtentwurf. Wenn sich auch alle Parteien mit der endlichen Regelung des Wohnungsweesen einverstanden erklärten, so wurde von den Rednern der bürgerlichen Linken Protest eingelegt gegen die Versuche einer Einschränkung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden. Diefem Protest schloß sich namens der Sozialdemokraten Genosse Hirsch an, der unumwunden zugab, daß der Entwurf in gewisser Beziehung einen Fortschritt bedeute, aber in anderer Beziehung selbst hinter den belandendsten Anforderungen weit zurückbleibe. Das gelte besonders von den Vorschriften über Wohnungsordnungen und Wohnungsaufsicht. Wenn es sich hier um den ersten Schritt der Neuorientierung handle, so danke er für eine solche Neuorientierung, denn sie komme im wesentlichen darauf hinaus, die preussische Eigenart aufrecht zu erhalten, die Rechte der Gemeinden zu schmälern und das platte Land zu bevorzugen. Seine Freunde würden sich bemühen, den Entwurf annehmbar zu gestalten. Sollte das nicht gelingen, so sei es besser, die ganze Frage reichsgefehtlich zu regeln.

Am Montag stehen kleinere Vorlagen und die zweite Lesung des Schatzungsamtsgefehtes und des Gefegentwurfs über die Stadtschaften auf der Tagesordnung.

### Reichstagskommission für Lieferungsverträge.

Der Staatssekretär des Innern hat die Kommission zur Prüfung von Verträgen über Kriegslieferungen zur ersten Sitzung auf Dienstag, den 19. Dezember eingeladen.

Die Kommission ist auf den Wunsch des Reichstags hin gebildet worden, und die Sozialdemokraten haben auf ihre Einberufung hingedrängt. Zur Frage der Kriegsgewinne und ihrer Besteuerung kann die Kommission wertvolles Material liefern.

### „Sozialistische Sonderbestrebungen“.

Den tieferen Sinn der sozialdemokratischen Politik in dieser Zeit erkennt mitunter das gekürzte Auge des Gegners besser als das durch äußere Begleitumstände geblendete manches Parteigenossen. So schreibt die „Deutsche Tageszeitung“:

Die soziale und demokratische Politik, feststehend auf dem Boden der Wirklichkeit, erstrebt, mit Hilfe klugen Handelns und Beherrschung der Tatsachen, „Einfluß und Herrschaft des Volkes“. Man bejaht keineswegs den gegenwärtigen Staat, nein, man bejaht nur die gegebene Form des Staates, um ihn „auszugestalten“, das heißt ihn durch positive Mitarbeit zu „erobieren“. Hierbei versteht man alles zu vermeiden, was der Erwerbung politischer Macht im Wege steht. Mit diesen kurzen Strichen ist die sozialdemokratische Grundstellung zum Krieg und der Beteiligung an demselben gekennzeichnet. In gleicher Richtung bewegt sich die grundsätzliche und praktische Bewertung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Gegenwart.

Die „Deutsche Tageszeitung“ sieht dagegen in den Anleihen, die der Staat zum Zweck seiner Erhaltung beim Sozialismus machen muß, nur etwas Vorübergehendes. Sie schreibt zum Schluß: Wir halten es eben so für pflichtmäßig geboten, keinen Zweifel darüber zu lassen, daß wir die gegenwärtigen Verhältnisse einer zentralistischen Beherrschungsweise als einen Notstand ansehen und uns allen Versuchen, diesen Notstand als einen Dauerzustand oder gar zukünftigen Idealzustand „auszugestalten“ entschieden widerlegen werden. Und mit uns tut das gewiß der klarblickende Teil der deutschen Nation, der das Vaterland unter allen Umständen über die Partei und sozialistische Sonderbestrebungen stellt.

Die künftige Entwicklung unserer Wirtschaftsverfassung wird wohl von ganz anderen Faktoren abhängen als vom Willen der „Deutschen Tageszeitung“. Verwahrung möchten wir aber gegen die häßliche Unterstellung einlegen, als ob wir „sozialistische Sonderbestrebungen“ über das „Vaterland“ stellen. Für uns ist das Vaterland gleichbedeutend mit den Menschen, die dieses Land bewohnen, und ihren Interessen dienen wir als Sozialisten, indem wir das Recht der Arbeit gegen Grundrente und Kapitalherrschaft verteidigen. Wir verfolgen nicht „Sonderbestrebungen“, sondern bekämpfen sie!

## Zum Rücktritt des Freiherrn v. Soden.

Den bayerischen Ministerwechsel begrüßt unser Münchener Parteiblatt mit einem „Endlich!“ überschriebenen Leitartikel, dem wir folgende Ausführungen entnehmen:

Herr v. Soden brachte für seine Tätigkeit einen solchen Wust reaktionärer sozialökonomischer Anschauungen mit, daß man mit diesen bequem ein Duzend Reichsräte für die angemessene Erledigung der Geschäfte dieses hohen Hauses ausstatten konnte. Im Reichsrat selbst hat Herr v. Soden trefflich mit seinem Pfund reaktionärer Urwäter-Weisheit gewuchert. Seine Scharfmachereien für den Eisenbahnerrevers in dieser hohen Körperschaft sind ein wertvolles Stück Zeitgeschichte.

Mit seiner hier nur kurz angedeuteten geistigen Ausstattung mußte selbstverständlich Herr v. Soden überall wie ein Bleigewicht auf die Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse Bayerns wirken. In ängstlicher Rücksichtnahme auf die Wünsche reaktionär-agrarischer Kreise gab er z. B. dem Gemeindebeamtengefeht einen Zuschnitt, dem die moderne Gemeinde mit ihren neuen sozialen Bedürfnissen längst entwichen war. Ja, teilweise erhielt dieses Gefeg direkt den Charakter eines Ausnahmegefehtes gegen die demokratisch-sozialistischen Elemente, die sich bemühten, den Aufgabenkreis der Gemeinden sozial zu erweitern und die Existenzbedingungen der großstädtischen Massen hygienisch und kulturell zu heften und zu stärken.

Der Krieg kam mit seinen riesigen neuen sozialen und wirtschaftlichen Forderungen — aber der alte Herr v. Soden blieb. Die großen wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen der Kriegszeit verlangten ein weitsichtiges, vorwärtssehendes Auge, aber das des Herrn v. Soden war beängstigt kurzfristig und ganz rückwärts gerichtet. Es war ja schließlich nur auf die großagrarischen Interessen einer längst vergangenen Zeit eingestellt. In den Tagen, da man einen festen Eingriff in die Preisbereiche wuchernder Produzenten und Verkäufer erwartete, dachte der Berater des Herrn v. Soden, der Edle v. Braun, den erhabenen Gedanken von der Logik des Geldweutels aus. Eine philosophische Theorie des Preiswuchers, die für die praktische Philosophie der Lebensmitteldienstleistungen wegweisend sein mußte. Den schlemmenden Böbel konnte man ja nur dadurch zur Sparsamkeit, zum Haushalten mit den knapp werdenden Lebensmitteln erziehen, wenn man ihm diese möglichst hoch im Preise hinauftrieb und so des Volkes wüste Völlerei in Brot, Kartoffeln, Fett und in anderen scharflichen Genüssen kraftvoll steuerte. Und diese Lösung der Ernährungsfrage stieß auf weitestgehendes Verständnis bei den Kriegskämpfern.

Herr v. Brettreich ist nun an die Stelle des Herrn v. Soden getreten. Er ist als Mann der Arbeit bekannt und findet jetzt ein riesiges Tätigkeitsfeld vor. Es bleibt abzuwarten, ob er die harten Widerstände, die unter dem System Soden von skrupellosen Spekulanten und Profitmachern gegen eine durchgreifende Lösung der Lebensmitteldienstleistungsfrage aufgetrieben wurden, mit fester Hand beiseite schieben wird. Wir Sozialdemokraten, die wir nicht aus sogenannten „agitatorischen“ Gründen — und ohne jeden materiellen Hintergedanken —, sondern im drängenden Interesse einer ausreichenden Volksernährung immer wieder und wieder gegen die Soden'sche Mißregierung Sturm laufen mußten, wollen ihm bei dieser Ausführungsarbeit behilflich sein. Wir müssen aber gerade in dem Augenblick, da Herr v. Brettreich sein Amt antritt, unsere Forderung erneuern: vollständige Kursänderung in der bayerischen Wirtschafts- und Sozialpolitik!

### Siegeslauf.

Die „Kreuzzeitung“ schreibt peinlich betroffen: Die Beratung des Hilfsdienstgefehtes ist bekanntlich benutzt worden, um große Erfolge einmal für die Gewerkschaften und andererseits für das Mitbestimmungsrecht des Reichstages durchzusetzen, und jeder Versuch, diesen Siegeslauf zu hemmen — mochte solcher Versuch für den Vertreter der Verbündeten Regierungen noch so unumgänglich nötig sein —, war von vornherein verurteilt, sehr ungeduldig und ungnädigem Widerspruch zu begegnen. Bei dem großen Einfluß, der der Sozialdemokratie eingeräumt ist, werden ähnliche Vorhaben nicht ohne Vorbehalt erfüllen kann, wohl noch so manches Mal wiederholen.

### Kann sein!

Wassermann will weiter kämpfen. In der „Nationalen Rundschau“ äußert Herr Wassermann seine Furcht, daß man uns „auf internationalen Kongressen um die Früchte des Sieges betrügen wird“. Diesen Weg aber wollen wir nicht gehen. Dafür ist das deutsche Blut nicht geflossen. Wir müssen kämpfen und durchhalten, bis uns die Siegesfrüchte reifen, bis uns teufliche, in Jahrhunderten erprobte Staatskunst nicht mehr betrügen kann, bis der deutsche Sieg das Werk krönt. — Ehras weniger Angst vor diplomatischen Verhandlungen und etwas mehr deutsche Staatskunst wäre besser.

Herr Otto Salm zu Horkmar fällt in der „Goslarischen Zeitung“ folgendes Diktum: „Ein Frieden nach Scheidemann'schem Rezept, der weder militärisch unsere Stellung verbessert, noch uns wirtschaftlich die Möglichkeit gibt, unsere Kriegskosten durch unsere Feinde zahlen zu lassen, bedeutet Deutschlands Untergang.“ — Wie aber, wenn die Feinde dem von Goslar erlassenen Zahlungsbefehl nicht nachkommen? Können wir dann untergehen?

## Letzte Nachrichten.

### Dank an Hindenburg.

Der Kaiser hat Hindenburg das Großkreuz des Eisernen Kreuzes verliehen. In dem Begleitschreiben heißt es: „Von neuem haben Sie große Operationen mit seltener Umsicht, in glanzvoller Anlage und mit größter Energie in der Durchführung musterhaft geleitet und mir in vorausschauender Fürsorge die Maßnahmen vorgeschlagen, die den getrennt amarschierenden Heeresteilen zu vereinigt schlagen den Weg wiesen. Ihnen und Ihren bewährten Helfern im Generalstab gebührt dafür aufs neue der Dank des Vaterlandes.“

### Vertrauen für Voselli.

**Rom, 9. Dezember.** (W. Z. B.) Nach einer viertägigen Diskussion der Regierungserklärung, die mit einer Antwort Voselli's an die verschiedenen Redner schloß, nahm die italienische Kammer in namentlicher Abstimmung mit 376 gegen 45 Stimmen die Tagesordnung des Abgeordneten Camerata an, die der Regierung das Vertrauen auspricht und sagt, daß die Kammer nach Anhörung der Regierungserklärungen diese billigt.

### Die „Times“ ist zufrieden.

**Rotterdam, 9. Dezember.** (W. Z. B.) „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: In einem Artikel spricht die „Times“ ihre Zufriedenheit mit der neuen Regierung aus und schreibt: Zwei große Dinge sind bereits erreicht: Der Geist des Pazifismus ist verbannt und die Leitung des Krieges wird auf einer hohen Körperschaft von Männern ruhen. Wir werden nicht mehr von deutscher Seite zu hören bekommen, daß englische Staatsmänner auf Friedensgerede lauschen, und wir werden weder im eigenen Lande noch im Felde abwarten und zusehen.

# Gewerkschaftliches.

## Frauenarbeit in Berliner Kohlegeschäften.

Im Transportgewerbe, in dem es sich gemeinlich um Verrichtung von körperlich sehr anstrengender Tätigkeit handelt, hatte die weibliche Arbeitskraft vor Ausbruch des Krieges fast gar keine Verwendung gefunden. Der durch den Krieg hervorgerufene Mangel an männlichen Arbeitskräften hat nun dazu geführt, daß auch in diesem Gewerbe die weibliche Arbeitskraft in immer zunehmenderem Maße zur Anwendung gelangt. So auch in den Kohlenhandelsbetrieben. In Verhandlungen, die der Transportarbeiterverband mit dem Verbande der Berliner Kohlenhändler wegen Gewährung von Teuerungszulagen führte, war auch die Frage der Einstellung weiblicher Arbeitskräfte erörtert worden. Die Unternehmer erklärten, zur Einstellung von Frauen gezwungen zu sein, sie sollten aber nur zu leichteren Arbeiten auf den Kohlenplätzen, wie Aufstapeln von Brechsteinen u. dgl., verwendet werden. Für diese Tätigkeiten wurde zunächst ein Stundenlohn von 40 Pf. bei zehnstündiger Arbeitszeit gewährt. Zunächst hatten die Unternehmer mit der Veranlassung von weiblichen Arbeitskräften große Schwierigkeiten, weil sich nicht genügend Frauen zu dieser Arbeit meldeten, und die sich hierzu bereit fanden, stellten die Arbeit nach kurzer Zeit ein, weil sie ihnen nicht zusagte, so daß ein fortwährender Wechsel der weiblichen Arbeitskräfte stattfand. Im Laufe der Zeit haben sich aber nach und nach viele Frauen auch in diesen Betrieben eingearbeitet, so daß neben der ständig zunehmenden Zahl der Frauen auch eine Stabilität in der Beschäftigungsdauer eintrat. Kräftigere Frauen beugten sich bereits nicht mehr mit den leichten Arbeiten auf den Plätzen im Stundenlohn, sondern sie besorgen neben ihren männlichen Kollegen bei gleichem Lohn das Abtragen von Koks und Kohlen im Afford.

Es darf aber nicht außer acht bleiben, daß die weitere Zunahme der Frauentätigkeit bei dieser schweren, Bind und Weiter ausgeübten Tätigkeit in der Not der Zeit ihre Begründung findet. Seit Anfang dieses Jahres zahlten die Unternehmer den Frauen bereits 45 Pf. Stundenlohn, der nunmehr seit einigen Wochen auf 50 Pf. festgesetzt wurde. Jetzt sollen in den Kohlegeschäften auch Frauen als Kutscher angelehrt und beschäftigt werden. Der Vorstand des Kohlenhändlerverbandes hat mit der Leitung des Transportarbeiterverbandes in zwei Sitzungen über diese Sache verhandelt. Von den Händlern wurde auf den Mangel an Kutschern hingewiesen; jugendliche Personen hätten sich in der Führung von Gespannen nicht immer als zuverlässig erwiesen. In letzter Zeit hätten viele Betriebe infolgedessen einen großen Teil ihrer Pferde untätig im Stalle zu stehen. Bevor sie jedoch zur Einstellung von weiblichen Kutschern schritten, wollten sie erst die Meinung der Verbandsleitung der Arbeiterorganisation hören. Nach vorausgegangenem Rücksprache mit den zurzeit noch tätigen Kutschern erklärten die Vertreter der Organisation, daß, obwohl bei den Kutschern wie auch bei der Verbandsleitung in Rücksicht auf die Verkehrssicherheit Bedenken beständen, Frauen mit der Führung solcher schwerer Gespanne, wie sie die Kohlenwagen benötigen, zu betrauen, so würden sie mit Rücksicht auf die bestehenden schwierigen Verhältnisse der Beschäftigung von Frauen als Kutscher keine Hindernisse bereiten. Voraussetzung sei, daß die Frauen bei gleicher Leistung auch den üblichen Lohn der Kutscher bekämen und daß den zurzeit noch tätigen Kutschern ihre Existenz nicht durch die Beschäftigung von Frauen für später bedroht würde.

Die Unternehmer erklärten sich bereit, den Frauen, die als Kutscher beschäftigt werden, den vollen Tariflohn, den die männlichen Kutscher erhalten, zu zahlen. Jedoch mit Rücksicht darauf, daß die Frauen nicht Stallarbeiten und das Ruden der Pferde besorgen sollen, und da das Gefährt auch noch einen Begleiter benötige und die Frauen auch einige Zeit zur Anlernung bräuchten,

sollen die Teuerungszulagen für die Frauen vorläufig neben dem Tariflohn nur 10 M. wöchentlich, anstatt 14 M. (das ist die Zulage für Kutscher), betragen; also 43,50 M. Gesamtlohn. In der letzten Verhandlung erklärten sich die Unternehmer bereit, den Arbeitern und Kutschern die bisher gewährten Teuerungszulagen um je 2 M. zu erhöhen und den Arbeitern eine solche neben ihrem Stundenlohn von 1,50 M. wöchentlich zu gewähren. Die neuen Lohnvereinbarungen sind dem Transportarbeiterverband schriftlich formuliert zugestellt worden.

Die Löhne nebst Teuerungszulage stellen sich jetzt für Arbeiter bei zehnstündiger täglicher Arbeitszeit auf 30 M. wöchentlich, dazu 12,50 M. Teuerungszulage = 42,50 M., Ueberstunden werden wie bisher mit 67 1/2 Pf. vergütet. Verheiratete Kutscher erhalten 33,50 M., dazu 14,50 M. Teuerungszulage = 48 M. Unverheiratete Kutscher erhalten 33,50 M., dazu 12,50 M. Teuerungszulage = 46 M. Sofern zur Aufrechterhaltung der Betriebe sich die Einstellung von weiblichem Personal notwendig macht, erhalten Arbeiterinnen bei zehnstündiger täglicher Arbeitszeit 30 M., dazu 1,50 M. Teuerungszulage = 31,50 M. Weibliche Kutscher erhalten 33,50 M., dazu 10 M. Teuerungszulage = 43,50 M.

## Aus dem Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins.

In einem Werk der A. E. G. fordern 229 Dreher, Kranführer und Maschinenarbeiter einen Kriegsschein, weil ihr Anspruch auf mehr Lohn abgewiesen worden war. Der Kriegsausschuß entscheidet, die Angelegenheit zur nochmaligen Beratung an den Betrieb zurückzuweisen.

Aus demselben Betrieb erscheint der Revier D. und will einen Kriegsschein, weil sein Anspruch auf mehr Lohn von der Direktion abgelehnt worden war. Der Kriegsausschuß entscheidet, daß im Betrieb nochmals verhandelt werden soll, und wenn keine Einigung erzielt werden kann, soll D. den Kriegsschein erhalten.

Die Einrichter A. und B. von der Firma V. wollen eine Lohnzulage. Da ihnen diese abgelehnt wurde, fordern sie den Kriegsschein. Im Laufe der Verhandlung verpflichtet sich die Firma, beiden 10 Pf. Lohnzulage zu geben. Damit war der Differenzpunkt erledigt.

Der Werkzeugmacher Sch. der Firma B. will einen Kriegsschein, er erhalte zu wenig Lohn. Der Kriegsausschuß stellt sich auf den Standpunkt, daß die von dem Werkzeugmacher geforderte Lohnzulage durchaus angemessen ist und stellt der Firma anheim, entweder eine Zulage oder den Kriegsschein zu geben. — Der Werkzeugmacher W. von derselben Firma will aus demselben Grunde den Kriegsschein. Die Firma verpflichtet sich, eine Lohnerhöhung zu zahlen und ist damit die Differenz erledigt.

Der Dreher H. von der R. A. G. wünscht den Kriegsschein; er erhalte zu wenig Lohn. Der Kriegsausschuß hält die Forderung des Drehers für angemessen und empfiehlt der Firma, entweder mehr Lohn zu zahlen oder den Kriegsschein zu geben.

Der Rodeltischler M. von der Firma A. will wegen zu geringem Lohn einen Kriegsschein. Der Kriegsausschuß empfiehlt der Firma, eine Zulage von 10 Pf. pro Stunde oder den Kriegsschein zu geben.

Der Dreher R. aus einem Spandauer Betrieb kann seiner Aussage nach das Nachschichtarbeiten wegen Krankheit nicht verrichten. Der Kriegsausschuß gibt ihm auf, ein Attest hierüber beizubringen, dann wird er nur in Nachschicht beschäftigt oder, falls der Betrieb dies nicht bewerkstelligen kann, erhält er den Kriegsschein.

Der Maschinenarbeiter L. von der Firma E. Sp. G. in Steglitz ist bei der Firma als Maschinenarbeiter eingestellt, wird jetzt aber als Hofarbeiter beschäftigt. Die Firma wird aufgefordert, den Maschinenarbeiter L. als solchen zu beschäftigen oder ihm den Kriegsschein auszustellen.

Die Dreher G. und D. von der Firma T. hatten eine Lohn-

zulage gefordert, und da ihnen diese abgelehnt, verlangen sie einen Kriegsschein. Die Firma lehnte jede Zulage ab. Der Kriegsausschuß verweist die Sache zur nochmaligen Verhandlung an den Betrieb. Der Firma wird aufgegeben, entweder eine Zulage zu gewähren oder den Kriegsschein auszustellen, da mit Rücksicht auf den allgemeinen Verdienst der Dreher die Lohnforderung durchaus angemessen ist.

Der Einrichter Sch. aus einem Werk der A. E. G. will, weil er zu wenig Lohn erhalte einen Kriegsschein. Da aber vor kurzem in diesem Werk ein Abkommen für alle Arbeiter getroffen worden und der Lohn des Einrichters diesem Abkommen gemäß ist, wird schon aus diesem Grunde das Verlangen des Einrichters als unberechtigt abgelehnt. Hinzu kommt noch, daß der Vertreter der Firma erklärt, daß zu Ende Dezember die Betriebsleitung eine weitere Erhöhung der Verdienste für die gesamten Arbeiter in Aussicht gestellt hat und auch bereits die Vorbereitung zu Verhandlungen hierüber getroffen ist. Der Einrichter S. meinte, daß er mit den Arbeitern nichts zu tun habe, er wolle seine eigenen Wege gehen, doch konnte dies vom Kriegsausschuß nicht berücksichtigt werden und wurde deshalb die Ausstellung eines Kriegsscheins verweigert.

Die Schlosser K. und L. von der Firma K. in Johannisthal wollen einen Kriegsschein, weil sie eine Arbeit, an der abgezogen wurde, nicht mehr machen wollen. Da bislang schon der Kriegsausschuß sich auf den Standpunkt gestellt hatte, daß bei Preisreduzierungen es in das Belieben der Arbeiter gestellt werden müsse, ob sie das Arbeitsverhältnis fortsetzen wollen oder nicht, wurde den Schlossern grundsätzlich die Berechtigung der Ausstellung des Kriegsscheins zugesprochen.

Der Einrichter Sch. von der Firma S. Sch. ist durch Verletzung zu einer anderen Arbeit in seinem Verdienst vermindert worden. Er will deshalb den Kriegsschein. Die Firma verpflichtet sich, ihm soviel Zulage zu geben, daß er seinen früheren Verdienst erreicht.

Der Maschinenarbeiter V. von der Firma B. will einen Kriegsschein, er verdiene zu wenig. Da aber sein Ablöser, der an denselben Bank dieselbe Arbeit macht, 50 Pf. die Stunde mehr verdient, kann der geringe Verdienst des Maschinenarbeiters V. nicht durch schlechte Preise begründet werden, sondern ausschließlich durch die Tätigkeit V.; der Kriegsschein wird ihm deshalb verweigert.

Der Dreher V. war von Rudowalde der Firma Schw. zugewiesen. Hierbei hatte die Firma einen bestimmten Verdienst zugesichert. Diesen Verdienst erzielte V. nicht, und um festzustellen, ob dies in den von der Firma Schw. festgesetzten Preisen oder in der Person des Drehers V. liegt, wird dem Dreher aufgegeben, zur nächsten Sitzung die Verdienste anderer Dreher, die unter den gleichen Bedingungen arbeiten, festzustellen, so daß der Kriegsausschuß in der Lage ist, sich ein Urteil bilden zu können. Stellt sich dabei heraus, daß die gesamten übrigen Dreher ebenfalls weniger verdienen, dann ist der Anspruch V. auf einen Kriegsschein gerechtfertigt, sonst nicht.

## Weihnachtsunterstützung im Verband der Schneider.

Den Angehörigen der Mitglieder des Schneiderverbandes wird, wenn das Mitglied vor dem 1. Oktober d. J. zum Heeresdienst eingezogen ist, vom Verband eine Weihnachtsunterstützung je nach der Dauer der Mitgliedschaft gewährt, die im Laufe des Monats Dezember im Bureau, Sebastianstr. 37/38, Hof links 3 Tr., werktäglich, außer Freitags, in der Zeit von 8—1 Uhr vormittags gegen Vorzeigung des Unterstützungsboogens vom Magistrat erhoben werden kann. Bemühungen, das Geld am Freitag abzugeben, sind zwecklos. Die Unterstützung muß bis zum 31. Dezember 1916 abgehoben sein. Nach diesem Zeitpunkt erfolgt keine Nachzahlung mehr.

# A. WERTHEIM

## Galanteriewaren

- Schreibzeuge schwarz Glas, mit einem Tintenfaß ..... 2.85 4.50 7.50
- Schreibzeuge schwarz Glas, mit zwei Tintenfassern ..... 6.75 19.50
- Löscher schwarz Glas ..... 1.90 3.25
- Kartenständer schwarze Glasplatte, mit messingfarb. Metallbügel ..... 4.25
- Brieföffner und Petschafte schwarzer Glasgriff, mit messingfarbigem Metall ..... 1.25
- Teeglashalter nickelfarbig, mit Glaseinsatz 0.50 1.10
- Brotkörbe nickelfarb., mit gemusterter Steinguteinlage 1.10
- Militär-Feuerzeuge mit Lunte ..... 0.25
- Für Liebesgaben: Metall-Zigarren und Zigarettenfaschen, Streichholzröhren, Tabackspfeifen.
- Photographie-Rahmen aus polierten Hölzern, für Postkarten: 0.38, Visitgröße: 0.50, Kabinettgröße 0.65
- Postkartengröße oval: 0.60, Visitgröße oval 0.80, Kabinettgröße oval ..... 0.95

## Optische Artikel

- Ferngläser schwarz, für Theater u. Reise .... 18.00
- Operngläser Perimutter, in großer Auswahl.
- Prismengläser und Feldstecher (bezugsscheinpflichtig)
- Plattierte Lorgnetten moderne Formen 15.00 18.00
- Alpaka-Silber-Lorgnetten ..... 9.50
- Elektr. Experimentier-Kästen (passend. Weihnachtsgeschenk) 17.50
- Elektr. Experimentier-Kästen für Knaben 21.00
- Militär-Taschenlampen zum Anhängen ... 1.75
- Militär-Taschenlampen mit 2 Lederschlaufen 2.25
- Militär-Taschenlampen elegant, in Lederbezug 3.25
- Elektrisch. Christbaum-Beleuchtung bestehend aus 16 Kerzen, an jede Lichtleitung anzuschließen, komplett ..... 24.00

## Bijouterie

- Rocknadeln Tulasilber 800/000 gest., von 1.10 bis 3.00
- Halskette m. Emailleanhänger zum öffn. 800/000 gest. 3.75
- Moderne Broschen Altsilber, mit Stein, 800/000 gest. .... von 7.50 bis 20.00

## Kunstgewerbe

1. Stock, Leipziger Straße

Reichhaltige Auswahl in Geschenkartikeln:  
Marmor-Skulpturen, echte Bronzen, Wiener Fayencen, Porzellan-Kunstgegenstände, elegante Holztablets, Silberschmuck mit Halbedelsteinen nach künstlerischen Entwürfen.

## Bilder

große Auswahl, in allen Preislagen

Gravuren, Steinzeichnungen, Farbendrucke  
Blumenbilder in ovalem Goldrahmen 65x85 cm  
Farbige Ausführung  
Feldblumen Flieder Rosen  
M. 50.— M. 45.— M. 45.—

## Juwelen und Goldwaren

Große Auswahl in verschiedenen Preislagen

Brillanten - Ringe - Colliers - Ohrringe  
Broschen - Armbänder

## Silberwaren

nach modernen und antiken Mustern

Kaffee-Service, Aufsätze, Jardinieren,  
Fruchtkörbe, Damen-Handtaschen  
gelötete Geflechte 80.— bis 260.—

## Versilberte Waren

- Teekessel ..... 60 bis 95 M.
- Aufsatzschalen ..... 9.50 bis 50 M.
- Bowlen ..... 50 bis 175 M.
- Kaffee-Service ..... 90 bis 175 M.
- Damenhandtaschen Alpaka, stark versilbert. 24 bis 60 M.

## Lederwaren

- Geldtaschen Leder, in verschiedenen Formen, für Damen und Herren ..... 1.25 1.75 2.25
- Geldscheintaschen Leder, mit Abteilungen und Aufdruck ..... 1.90 2.50
- Brief- u. Banknotentaschen Leder 2.85 4.25
- Damen-Handtaschen in verschied. Formen und Lederarten ..... 3.75 4.50 6.50 9.75
- Markttaschen aus schwarzem Wachs- tuch mit Lederriemen .. 0.75 1.25 1.90
- Schreibmappen in verschied. Ausführung. 3.50 4.50
- Isolierflaschen halten Getränke viele Stunden heiß, für 1/2 Liter Inhalt ..... 2.25 2.50
- Linkrusta-Kasten für Handschuhe, Krawatten, Taschenflücher und Kragen ..... 0.95
- Linkrusta-Papierkörbe ..... 2.10 3.25 6.00
- Militär-Nähzeuge gefüllt ..... 1.10 1.25

## Photograph. Artikel

- Photographische Apparate neueste Systeme Kodak, Ernemann, Contessa-Weke und andere
- Trockenplatten A W 6x9 9x12 10x15 13x18 cm  
Dtz 0.90 1.50 2.25 2.75
- Olympia Trockenplatten hochempfindlich oder farbenempfindlich ..... Dtz. 1.10 1.90 2.70 3.60
- Olympia Celloidin-Papier Format 9x12 24 Blatt 0 85
- Format 13x18 12 Blatt ..... 0.85
- Rollfilm „Agfa“ „Goerz“ „Bayer“  
4x6 1.20 6x6 1.20 6x9 1.45
- Filmpack 4x6 2.00 6x9 3.00 9x12 4.80
- Große Auswahl in Rahmen und Albums für Amateur-Photographien und Postkarten.

## Toilette-Artikel

- Parfüm, Maiglöckchen, Rose, Veilchen
- Ideal, Flasche ..... 1.25-2.75
- Rasierapparate ..... 1.75, 3.00, 3.75
- Rasierklingen ..... Stück 0.10 0.18 0.30
- Abziehapparate ..... 2.50, 4.50

Heute, Sonntag, von 1 Uhr an geöffnet.

# Die Privatangestellten und der Vaterländische Hilfsdienst.

Von Karl Siebel.

Die Einstellung der ganzen Volkskraft auf die Ansprüche der Landesverteidigung muß für die Privatangestellten aller Gruppen ebenfalls recht fühlbare Folgen auslösen. Die Stilllegung ganzer Gewerbe, das Erlöschen von Betrieben wichtiger Industrien beseitigt viele Angestellte aus ihren Stellungen, mit denen häufig Anrechte auf Pensionen verbunden sind. Namentlich für ältere Privatangestellte hat das keine recht ersten Bedenken. Deren Anstellung ist ohnehin sehr unsicher; sie können sich vielfach nur dadurch in der Stellung halten, daß sie sich mit einem mit dem Alter sinkenden Gehalte zufrieden geben müssen. Nun kann diesen älteren, d. h. über 45 Jahre alten Angestellten, durch das neue Gesetz die Stellung zerstört werden, die ihnen die letzte Hoffnung ihres Alters ist. Was das bedeutet, welchen seelischen Sturz ein solcher Angestellter erlebt, das kann nur der nachempfinden, der einen Einblick hat in die trostlose Lage älterer Angestellter. Sie hängen nun um die Zukunft, d. h. ob sie beim Uebergang in die Friedenswirtschaft lohnbringende Beschäftigung wiedererlangen werden. Hier macht sich eine neue Aufgabe für den Gesetzgeber und eine Konsequenz des neuen Gesetzes auf; der Gesetzgeber wird bei der Regelung der Uebergangswirtschaft den Grundsatz vom Recht auf die innegehabte Stellung aufrechten müssen; dieser Anspruch muß sowohl für den Kriegsteilnehmer wie für den Hilfsdienstleistenden anerkannt werden.

Diese zukünftige Sorge ist es aber nicht allein. Viel näher lagen all die allgemeinen Bedenken und Besürchtigungen, deren sachdienliche Behebung auch für die Arbeiterschaft die Voraussetzung bildet, um sich mit dem vaterländischen Hilfsdienst überhaupt abfinden zu können. Denn auch die Angestellten in den Kriegsindustrien hatten recht trübe Erfahrungen machen müssen. Für Reklamierere, freilich kamen fast nur Techniker in Frage, war der „Abkehrschein“ in einer anderen Form ebenso gang und läge wie für die Arbeiter, nur daß jene gegen seine unberechtigte Vorenthaltung ohne jeden Schutz waren. Das äußerte sich wiederum auch in der Gehaltsfrage. Reklamierere Angestellte werden zumeist geringer bezoldet, man beschäftigt sie zu den in Friedenszeiten aufgestellten Besoldungsbestimmungen, von den inzwischen gewährten Teuerungszulagen bleiben sie also verstoßen.

Nun wird im vaterländischen Hilfsdienst zwar der Abkehrschein durch das Gesetz allgemein für sämtliche Angestellte eingeführt. Diese Einschränkung des Rechtes der Freizügigkeit hat jedoch für die Privatangestellten durch den § 9 Abs. 3 des Gesetzes an praktischer Tragweite erheblich eingebüßt. Danach soll durch den paritätisch besetzten Ausschuss im Bezirk jeder Erbschaftskommission der vom Arbeitgeber verweigerte Abkehrschein ausgestellt werden, wenn ein wichtiger Grund für das Ausscheiden aus der Stellung vorliegt; als wichtiger Grund ist in besonderen eine angemessene Besserung der Arbeitsbedingungen im vaterländischen Hilfsdienst gesetzlich festgelegt worden. Dem Angestellten bleibt somit das unbedingt nötige Maß an Bewegungsfreiheit im Stellenwechsel; er kann also auch diesen Weg versuchen, um seine Lebenshaltung besser zu gestalten.

Auch sonst hat der Reichstag Bestimmungen in das Gesetz hineingebracht, durch die im besonderen den Bedürfnissen der Angestellten Rechnung getragen wird. So ist der § 8, der bei der Ueberweisung zu einer Beschäftigung auf das Lebensalter, die Familienverhältnisse, den Wohnort, darüber hinaus aber auch noch besonders auf die bisherige Tätigkeit Rücksicht genommen wissen will, für die Angestellten von Interesse. Nicht, daß ich meine, der Angestellte könnte an sozialer Wertschätzung einbüßen, wenn auch er einmal im Interesse der Landesverteidigung Fabrikarbeit leisten müßte; es liegt aber im Interesse seines künftigen beruflichen Fortkommens, aus seinem Berufe nicht herausgedrängt zu werden. Insofern in einzelnen Fällen das dennoch eintritt, muß dafür gesorgt werden, daß das auf die Angestelltenversicherung ohne nachteiligen Einfluß bleibt.

Die wertvollste Schutzbestimmung enthält unstreitig der § 11 Abs. 3. Hiernach sollen in allen Betrieben, für die der Titel VII der Gewerbeordnung gilt, ständige Angestelltenausschüsse gewählt werden, sofern mehr als 50 nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte versicherungspflichtige Angestellte beschäftigt sind. Diese Angestelltenausschüsse haben die gleichen Befugnisse wie die Arbeiterausschüsse. Sie haben hiernach Anträge, Wünsche und Beschwerden der Angestellten, die sich auf die Betriebsbedingungen, die Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse des Betriebes und seiner Wohlfahrts-Einrichtungen beziehen, zur Kenntnis des Unternehmers zu bringen und haben sich darüber zu äußern. Damit ist endlich den Angestellten ein Mittel an die Hand gegeben, sich als gleichberechtigten Teil im Anstellungsverhältnisse durchzusetzen. Bis her hat das Unternehmertum in Handel, Industrie und Gewerbe, hat der Groß- wie Kleinbetrieb den Angestellten fast überall grundsätzlich jedes Mitbestimmungsrecht über die Arbeitsbedingungen rücksichtslos verweigert. Und da die gewerkschaftlichen Angestelltenverbände noch nicht genügend erstarkt sind, hat somit das Unternehmertum völlig freie Hand. Das spiegeln die Gehalts- und Anstellungsbedingungen der Angestellten aller Gruppen getreulich wieder! Nicht einmal die Kriegszeit vermochte dem Unternehmertum von seinem Herrenstandpunkt, den es gegen die Angestellten mit besonderem Nachdruck aufrecht hält, die kleinsten Zugeständnisse in diesem Punkte abzurufen. Der breiteren Öffentlichkeit kann hierfür ein Schreiben der Generaldirektion der Versicherungsgesellschaft „Victoria“ ein Beweis sein, das sie unterm 14. September 1916 (!) an den Verband der Bureauangestellten Deutschlands gerichtet hat. Dieses unternehmerliche Selbstbekenntnis aus der Kriegszeit lautet:

„Unser grundsätzlicher Standpunkt gegenüber den Bemühungen des Verbandes, Einfluß auf unsere Entscheidungen in Sachen unserer Angestellten zu gewinnen, ist Ihnen bekannt. Wir lehnen es daher ab, zu den mit dem Schreiben vom 11. d. M. Herrn Generaldirektor Dr. Ullrich vor-

getragenen Wünschen allgemeiner Art Ihnen gegenüber Stellung zu nehmen. Nach wie vor werden wir die auf dem naheliegenden und richtigen Wege uns vorgetragenen Wünsche unserer Angestellten im Einzelfalle wohlwollend prüfen und gegebenenfalls berücksichtigen.“

„Wohlwollend prüfen und gegebenenfalls berücksichtigen“ — das ist die Redensart, hinter der sich die Machtansprüche der Unternehmer verbergen. In der Kriegsindustrie herrscht die gleiche Einflußlosigkeit der Angestellten. Es sei nur erinnert an die Vorgänge in der Berliner Elektrizitätsindustrie. Alle Versuche der Angestelltenverbände, mit der A. E. G., mit den Bergmann-Werken, Siemens-Schuckert und Siemens u. Salski in Verhandlungen zu kommen über eine zeitgemäße Aufbesserung der Gehälter, waren jedesmal vergeblich. Nicht einmal der Einfluß hoher Militärbehörden reichte hin, um dieser Weltfirmen Unnachgiebigkeit zu erschüttern. Nun zwingt ihnen allen über Nacht das Gesetz die bisher stets grundsätzlich verweigerten Angestelltenausschüsse auf! Für die Geschichte der Angestelltenbewegung und für ihre künftige Entwicklung ist deshalb der 2. Dezember 1916 ein Gedenktag ersten Ranges. So, er bedeutet einen Wendepunkt in dem sozialen Kampf der Angestellten!

Die Angestellten werden ihre Ausschüsse um so höher bewerten, als sie ihre Bedeutung außer durch die wiedergegebenen Befugnisse gerade durch den Umstand erhalten, daß der paritätische Ausschuss im Bezirk der Erbschaftskommission als Schlichtungsstelle angerufen werden kann, sobald die Verhandlungen zwischen Angestelltenausschuss und Unternehmen nicht zu einem die Angestellten befriedigenden Ergebnis geführt haben. Der Schiedsspruch, den diese Schlichtungsstelle obzugeben hat, wird die bisher vermehrte Nachgiebigkeit der Unternehmer herbeizuführen geeignet sein. Dieser Fortschritt ist durch das solidarische Eintreten der Arbeitergewerkschaften für die Angestellteninteressen erreicht worden. Für die Angestellten und für ihre Verbände sollte das eine Lehre sein, welche große Bedeutung das praktische Zusammenarbeiten mit den Arbeiterorganisationen für sie hat.

So hat im großen und ganzen das Gesetz eine Gestalt erhalten, die den Angestellten die Zustimmung um so mehr erleichtert, als sie sich grundsätzlich mit dem Zwecke des Gesetzes, die Landesverteidigung zu stärken, rücksichtslos einverstanden erklären. Hierüber besetzt, soweit zu sehen ist, nicht die allergeringste Meinungsverschiedenheit in der Angestelltenbewegung. Jetzt kommt es darauf an, daß die Praxis aller in Betracht kommenden Behörden von dem Geiste erfüllt ist, der dieses Gesetz im Reichstage geschaffen hat. Aber auch die Angestellten müssen sich von solchem Geiste tragen lassen! Das aber ist der Geist der gewerkschaftlichen Organisation und das gesunde Selbstbewußtsein des um seine Interessen und Rechte kämpfenden Arbeitnehmers! Trifft das zusammen, dann werden die Angestelltenausschüsse zu der Waffe werden, die sie ihrer Natur nach sein können.

## Eine Berichtigung.

Unter dieser Ueberschrift schreibt uns Genosse Karl Kautsky:

„Unter der Spitzmarke „Noch immer Kriegsurursachen“ schreibt die neue Redaktion des „Vorwärts“ in ihrer Nummer vom 9. Dezember:

„Die „Neue Zeit“ hat in ihren letzten Nummern das Problem der Kriegsurursachen nochmals ausführlich — in Artikeln der Genossen Peilmann, Kautsky und Bernstein — behandelt und die Uebersetzung dieser Ausführungen fällt lange Spalten der „Humanität“! Inzwischen hat der „Vorwärts“ die Frage, wie Europa aus dem Kriege herauskommen kann für wichtiger gehalten als die Frage, wie es in ihn hineingeraten ist. Eine wirklich objektive Untersuchung wird ohnehin erst nach Schluß des Krieges möglich sein.“

„Hier werden die Leser des „Vorwärts“ über die jüngsten Diskussionen in der „Neuen Zeit“ auf ganz irreführende Weise informiert.“

„Es ist nicht wahr, daß Bernstein und ich in den letzten Nummern der „Neuen Zeit“ das Problem der Kriegsurursachen ausführlich behandelt“ haben. Das geschah dort vielmehr ausschließlich durch Heilmann. Weber und Bernstein noch ich haben ihm darauf erwidert, aus Gründen, die selbst der neuen Redaktion des „Vorwärts“ nicht ganz unverständlich sein sollten.“

„Aber auch Heilmann hat nicht bloß über Kriegsurursachen gesprochen. Der Hauptinhalt seiner Ausführungen war vielmehr eine schwere Anklage gegen unsere französischen Genossen, denen er nichts Geringeres vorwarf, als skrupellose Kriegshetze, die sie in den entscheidenden Tagen vor dem Kriege mit den schürkstichlichsten Mitteln betrieben haben sollen, wobei sogar die Anstiftung zur Ermordung Laurés' eine Rolle gespielt hätte.“

„Diese Anklagen, die die Wahrheit auf den Kopf stellten und die in lächerlichster Weise begründet wurden, hätten die internationalen Beziehungen vergiftet und die deutsche Sozialdemokratie allgemeiner Verachtung preisgegeben, wenn sie unwiderlegt geblieben. Bernstein und ich haben eine Pflicht erfüllt, wenn wir die Nichtigkeit der Heilmannschen Anwürfe bloßlegten und nicht abwarteten, bis die französischen Genossen das besorgten. Damit haben wir wahrhafte Friedensarbeit geleistet, die in der Festigung und nicht der Vergiftung der internationalen Beziehung besteht.“

„Wenn der „Vorwärts“ von dieser Diskussion Notiz nahm, war es seine Schuldigkeit, sich zu Heilmanns Anklagen zu äußern. Er drückt sich um diese ihm unangenehme Aufgabe dadurch herum, daß er unsern Kampf um die Ehre der französischen Sozialdemokratie seinen Lesern als eine überflüssige Erörterung der Kriegsurursachen vorführt. Damit hemmt er unsere Friedensarbeit. Nicht jeder, der das Wort „Frieden“ im Mund führt, dient der Herbeiführung des Friedens in der Tat.“

Genosse Kautsky hätte keinen Anlaß zu einer Berichtigung gefunden, wenn er die „Neue Zeit“ etwas aufmerksamer gelesen hätte. Es ist nur ein Streit um Worte, wenn er meint, seine und Bernsteins Artikel handelten nicht von den Kriegsurursachen, sondern nur die Heilmanns. Das müßte ja auch eine sehr komische Diskussion sein, bei der einer über

die Sache schreibt und die andern, die ihm antworten, an ihr vorbeireden. Freilich, alles, was dazu zu sagen ist, kann heute nicht gesagt werden, wie wir gestern auch schon bemerkt hatten.

Hätte Kautsky als treuer Abonnent und alter Leser auch dem „Vorwärts“ etwas mehr Aufmerksamkeit geschenkt, so würde ihm der Sinn unserer Ausführungen nicht entgangen sein. Er meint, wir müßten es in jedem Falle auf ihn abgesehen haben, das war aber keineswegs der Fall, man kann wohl sagen im Gegenteil. Soweit unsere Ausführungen polemischer Natur waren, richteten sie sich gegen die Auffassung Heilmanns.

Wir haben deutlich genug gesagt, daß uns Genosse Heilmann bei seiner Beurteilung der französischen Sozialdemokratie in denselben Fehler zu verfallen scheint wie leider viele französische Sozialisten der deutschen Partei gegenüber. Wenn Kautsky „den Kampf um die Ehre der französischen Sozialdemokratie“ aufgenommen hat, so ist das schön und loblich; wir möchten ihn aber bitten, darüber nicht den Kampf um die Ehre der deutschen Sozialdemokratie zu vernachlässigen. Die Ehre der deutschen Sozialdemokratie wird im Ausland seit Jahr und Tag in schamlos verleumderischer Weise heruntergerissen, und Mitglieder der deutschen Sozialdemokratie klatschen Beifall und liefern Material dazu!

## Leser- und Diskutierklub Vorwärts

Roßke und Bauer über das Hilfsdienstgesetz.

In einer am Freitag abgehaltenen Versammlung des Leser- und Diskutierklubs „Vorwärts“, die den großen Saal mit den Galerien in der Neuen Philharmonie bis auf den letzten Platz füllte, sprachen die Reichstagsabgeordneten Roßke und Bauer über das Hilfsdienstgesetz.

Roßke verwies darauf, daß das Gesetz durch die Mitwirkung der Sozialdemokratischen Fraktion eine wesentlich andere, und zwar für die Arbeiterschaft bessere Gestalt bekommen hat, als der Regierungsentwurf hatte. Weiter führte der Redner aus: Nationalliberale und konterrevolutionäre Blätter stellen mit Ingrimm fest, daß die Sozialdemokratische Fraktion einen Erfolg gehabt hat, an dem im Frieden gar nicht zu denken gewesen wäre. — Wir haben dem Gesetz zugestimmt, weil die harte Not des Landes und des deutschen Volkes, von dem doch die sozialdemokratische Arbeiterschaft einen starken Teil bildet, und die Lage unserer an der Front kämpfenden Brüder das Gesetz zur politischen Notwendigkeit machen. Die Zustimmung konnte uns trotzdem nicht leicht fallen, weil uns das Gesetz vor ganz

neue Probleme

stellt. — Von radikaler Seite ist verlangt worden, wir sollten gegen das Gesetz stimmen, weil es eine Streikregel der Arbeiter herbeiführt. Diese Ansicht geht von einer falschen Voraussetzung aus. Sie erklärt sich dadurch, daß auf jener Seite die mit dem Kriege zusammenhängenden Dinge wahrheitswidrig dargestellt worden sind. Wahr ist, daß die Rechtslage der Arbeiter durch das Hilfsdienstgesetz in mancher Hinsicht besser gestaltet wird, als sie unter der Herrschaft des Belagerungszustandes für einen großen Teil der Arbeiter geworden war. Vor allem ist zu bedenken: Wenn wir das Hilfsdienstgesetz nicht bekommen hätten, dann wäre die Hinaufführung der Altersgrenze für die Militärdienstpflicht unabwendbar gewesen. Dafür hätte sich auch eine Mehrheit im Reichstage gefunden.

Bei der Ausführung des Gesetzes können gewisse Härten vorkommen. Von dem Geiste der Arbeitervertreter, die bei der Ausführung des Gesetzes mitwirken, wird es abhängen, den Betroffenen diese Härten möglichst wenig fühlbar zu machen.

Jede von uns im Interesse der Arbeiter geforderte Verbesserung mußte der Regierung abgerungen werden. Hinter den Kulissen wirkte der Geist der Schwerindustrie und des Eisenbahnministers. Gestäubt haben wir uns dagegen, daß die Ausführung des Gesetzes in die Hände des Bundesrats gelegt werde. In ihm haben wir

kein Vertrauen

und haben es nie gehabt. Wir haben verlangt, daß bei der Ausführung des Gesetzes der Reichstag mitwirkt und die Vertretung der Arbeiter in den verschiedenen Instanzen, die das Gesetz vorseht. Das haben wir im großen und ganzen erreicht. — Gätten wir uns von vornherein auf den von der Opposition vertretenen Standpunkt gestellt: Wir lehnen zwar das Gesetz ab, fordern aber, daß es verbessert wird, dann wäre die Folge die gewesen, daß wir die ursprüngliche Vorlage als Gesetz bekommen hätten ohne jede Verbesserung.

Das Hilfsdienstgesetz stellt einen gewaltigen Eingriff in das Wirtschaftleben dar. Nicht der Arbeitsgang ist die Hauptsache. Der droht nur den Kühhengarnern. Die Arbeiter haben ja immer gearbeitet, wo sie Gelegenheit dazu hatten. Viel bedeutsamer ist es, daß das Gesetz die Möglichkeit bietet, Jehntausende von Betrieben ihrer bisherigen Produktion zu entziehen und sie dem Zweck dienstbar zu machen, dem jetzt die Arbeit des Volkes gewidmet sein muß. So werden Eingriffe in das Privateigentum gemacht, die vor dem Kriege undenkbar gewesen wären.

Eine Folge des Ausdrucks unseres Misstrauens gegen die Regierung ist es, daß eine Reichstagskommission zur Ueberwachung der Durchführung des Gesetzes eingesetzt worden ist. Das ist für Deutschland ein ganz neues Recht. Es bedeutet einen nicht unbedeutenden Schritt auf dem Wege zur parlamentarischen Regierung. So sind wir auf politischem Gebiet während des Krieges vorwärts gekommen und werden nach dem Kriege noch weiter kommen. Neues Recht und neue Praxis ist es auch, daß im Kriegsdienst nicht ein Bureaukrat, sondern der Vorsitzende einer der größten deutschen Gewerkschaften den bestimmenden Einfluß in Arbeiterangelegenheiten ausüben wird.

Von dem Gesetz erwarten wir, daß es uns im Verein mit den Leistungen unserer Truppen ein unverjährtes Deutschland erhalten wird, das wir für den Aufstieg des Proletariats dringend notwendig haben. Auf dieser Grundlage stehend, werden wir entschlossen antreten zum Kampf für

politische und wirtschaftliche Freiheit des Proletariats.

An den Massen unserer Parteigenossen wird es liegen, dafür zu sorgen, daß nicht durch Zwiespalt und Haber unsere Stoßkraft geschwächt wird. (Lebhafter Beifall.)

Bauer

gab in einflüchtigem Vortrage eine sachkundige Erläuterung der einzelnen Bestimmungen des Gesetzes. Unter anderem sagte er: Es ist nicht richtig, daß sich das Gesetz lediglich gegen die Arbeiter richtet. Die Stilllegung und Umänderung der Betriebe werden manchen Unternehmern schmerzlich berühren. Was die gesetzliche Regelung der Hilfsdienstpflicht betrifft, so soll jedem die möglichste Freiheit in der Wahl der Arbeit gelassen werden. Nur in Ausnahmefällen wird vom Pflichten zur Arbeit Gebrauch gemacht werden. Die Freizügigkeit wird ja durch das Gesetz beschränkt, aber nicht absolut. Unter gewissen Bedingungen ist der Wechsel der Arbeitsstelle nach wie vor gestattet. In der Hauptsache handelt es sich darum, zu verhindern, daß durch unbegründetes Feiern Tausende von Arbeitstagen verloren gehen. Ein Wechsel der Arbeitsstelle ist jedoch

In jedem Falle zulässig, wo der Arbeiter dadurch seine wirtschaftliche Position verbessern kann. Das ist sehr wichtig. Die Möglichkeit, während des Krieges bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, ist also gegeben. Es ist eine weitverbreitete, aber

#### falsche Auffassung,

daß die Hilfsdienstpflichtigen wie Soldaten behandelt und irgendwohin kommandiert werden. Es ist nicht nur die Freiheit in der Wahl der Hilfsdienstleistung gewahrt, sondern auch die Möglichkeit kollektiver Lohnbewegungen ist gegeben. In den Schlichtungskommissionen sind ja die Organe dafür geschaffen. — In Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten müssen Arbeiterausschüsse eingesetzt werden. Das ist ein Fortschritt gegenüber den Bestimmungen der Gewerbeordnung, die es in das Belieben des Unternehmens stellen, ob in seinem Betriebe ein Arbeiterausschuss gebildet wird oder nicht. Für die zur Wahrung der Arbeiterinteressen eingesetzten Ausschüsse: Arbeiterausschüsse und Schlichtungskommissionen, sind ähnliche Betriebe, mit Ausnahme der Eisenbahn, unabhängig. Wichtig ist, daß auch die landwirtschaftlichen Betriebe sich diesen Anordnungen zu fügen haben. Das ist ein epochenmachender Fortschritt gegenüber der Landwirtschaft. Wenn man als Gewerkschafter das Gesetz in seiner Gesamtheit betrachtet, dann muß man sagen, daß trotz mancher Mängel doch mehr Gutes darin liegt, als es auf den ersten Blick scheint. Angesichts der gegenwärtigen Machtverhältnisse und der Not des Landes kann es keinen Streit darüber geben, daß wir richtig gehandelt haben, indem wir vor dem Gesetz zustimmten.

Der Redner wandte sich gegen den Irrsinn im „Vorwärts“ wiedererregenden Artikel des „Braunschweiger Volksfreund“, welcher die Gewerkschaften als durch das Hilfsdienstgesetz überflüssig geworden ansieht und deshalb für Einstellung der Beitragszahlung plädiert. Hierzu bemerkte er:

Unter dem Hilfsdienstgesetz haben die Arbeiter die Gewerkschaften nötiger als je!

Die durch das Gesetz vorgezeichneten Anordnungen können nur dann im Interesse der Arbeiter wirken, wenn die Organisationen der Arbeiter dahinter stehen. Die große Mehrheit der Arbeiter wird dem Vorschlag des angeführten Metallarbeiters im „Braunschweiger Volksfreund“ zustimmen, daß die gewerkschaftlichen Organisationen ausgebaut und zu stärken, damit sie nach dem Kriege mehr Macht entfalten können, als es vor dem Kriege der Fall war. (Beifall.)

Der Vorsitzende, Eugen Grun, schloß die Versammlung mit einem Hinweis auf den Zweck des Vereins: Dem Vorkost des „Vorwärts“ entgegenzuwirken, und sagte: „Es ist nicht gelungen, dem „Vorwärts“ so viele Leser zu nehmen, daß das Blatt dadurch ernüchtert geschäftigt werden könnte. Der wahrhaftige Konkretismus wird an dem rechtlichen Sinn der Mehrheit der Berliner Arbeiter scheitern. Er ist auf dem besten Weg, mehr Abonnenten zu bekommen, als er sie vor dem Vorkost gehabt hat.“

## Aus der Partei.

**Braunschweiger Parteileben.** Der „Braunschweiger Volksfreund“ ist mit der Rede, die Genosse Landberg am 5. Dezember in Neu-Isen bei und über die W. in Nr. 200 berichteten, sehr unzufrieden, weil Landberg am Schluß seiner Rede meinte, allen Meinungsverschiedenheiten zum Trotz müßten beide Richtungen der Partei im Interesse der Arbeiterklasse gemeinsam an unserer Zukunft bauen. Der „V. V.“ nennt das „Massen“ und läßt weiter: „Für uns steht heute schon fest, daß es ein Gelingen mit dem von Landberg und Genossen herum in Zukunft nicht mehr geben kann.“ Nach den üblichen Ausfällen auf die „Partei-Organisationen“ heißt es zum Schluß: „Die Pseudo-Sozialisten aber haben bei uns ausgepflegt und man wird ihnen zeigen, wo der Hammermann das Loch gefahren hat.“

Die Sportredaktion des Blattes geht auf Ganze. Auch die „V. V.“ ändert vor ihren Augen keine Gnade. In der gleichen Nummer wird ein Artikel über das Arbeitsvertragsgesetz aus der „Z. V. A. K.“ abgedruckt, aber durch folgende Vorbemerkung eingeleitet:

Der nachstehende Artikel ist von einem Abgeordneten der Soz. Wdg. geschrieben. Wenn der Artikelschreiber zum Schluß erwähnt, die Abkündigung der Vorlage durch die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft sei bedingt gewesen durch deren grundsätzliche Stellung zum Kriege, so müssen wir bekennen, daß die grundsätzliche Stellung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zum Kriege etwas Unbestimmtes ist. Denn diese grundsätzliche Stellung zum Kriege ist ebenso veränderlich wie die ganze Welt der Arbeitsgemeinschaft. Nicht einmal in der Frage der Kriegskredite ist die Haltung der Arbeitsgemeinschaft klar, wie ihre verschiedenen Erklärungen bei den Abstimmungen über Kriegskredite beweisen, noch viel weniger in anderen Fragen, die mit dem Kriege zusammenhängen, wie wir wiederholt dargelegt haben. D. Red.

#### Sozialdemokratische Wahlsiege in Runkafien.

Über Stockholm wird gemeldet: Die lausische Sozialdemokratie hat bei den kürzlich stattgefundenen Kommunalwahlen große Erfolge erzielt. In Lissj wurden sieben sozialdemokratische Stadtratsmitglieder gewählt. In Goll errang die Partei acht Mandate von 10. In Ljungby erhielt die Sozialdemokratie die Mehrheit, die Wahl wurde aber von den Behörden nicht anerkannt. In den Städten Satorn und Satorn wurden vier bzw. zwei Mandate erobert. In Goll wurde der Partei von den Bürgerlichen das Angebot gemacht, den Posten des Stadtratspräsidenten mit einem Sozialdemokraten zu besetzen, sie sagten aber vor, einem bürgerlichen Kandidaten diesen Posten zu übertragen.

## Aus Industrie und Handel.

#### Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

In der Generalversammlung der Allgem. Elektrizitäts-Gesellschaft führte Herr Aufschäffer im Namen des Bundes technisch-industrieller Beamten Beschwerde über die Beigerung der Verwaltung, mit dem Bunde zu verhandeln. Der Präsident Dr. Walter Rathenau wies auf die Vielzahl der bestehenden Beamtenvereine hin und erklärte, daß die Verwaltung an der direkten Verhandlung mit dem Bunde festhalten müsse. Im weiteren Verlauf wurden lebhafteste Beschwerden über Ausschüttung zu niedriger Dividenden vorgebracht. Dr. Walter Rathenau erklärte, daß die Verwaltung der Spekulationslust der Börse keinen Vorzug leiste. Die Unsicherheit der künftigen Handelsentwicklung zwinge zu großer Vorsicht, besonders da die A. E. G. einen lebhaften Export treibe und große Kapitalien im Ausland, z. B. in den Vereinigten Staaten, angelegt habe. Dr. Walter Rathenau teilte noch mit, daß die A. E. G. 250 000 Quadratmeter Fläche überbaut habe und daß die Kriegskriegserlöse tief in die neunjährigen Zahlen (Summe von Millionen) gewachsen seien.

Die A. G. für Strumpfwarenfabrikation vom Max Segall teilt mit, daß für das laufende Jahr ein guter Abschluß herauskommen werde, daß aber infolge Materialknappheit 1917 Betriebsbeschränkungen möglich seien.

Der Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft D. F. C. fert beschloß, nach Abhebung von 237 123 M. (im Vorjahr 260 000 M.) für Abschreibungen eine Dividende von 10 Proz.

(i. V. 9 Proz.) vorzuschlagen. Zu den Abschreibungen ist zu bemerken, daß die Zugänge auf den mit 1 M. zu Buche stehenden Konten über Betriebskonten verbucht sind. Für das neue Geschäftsjahr liegen umfangreiche Bestellungen auf Erntemaschinen und Kriegsmaterial vor.

#### Die französischen Kriegsschulden.

Frankreich hat vom 1. August 1914 bis 31. März 1917 Schulden in der Höhe von 72 671 Millionen Frank gemacht. Nicht eingerechnet sind in diese Summe Vorkasse an die Verbündeten in der Höhe von 3575 Millionen Frank. Der größte Teil dieses Betrages dürfte verloren sein. Die durchschnittliche tägliche Ausgabe beträgt 75,7 Millionen Fr. Für das nächste Vierteljahr wird sie auf 938 Millionen Frank berechnet. Die Zinsenlasten der aufgenommenen Schulden betragen 2,5 Milliarden Frank. Die gesamte schwebende Schuld ohne die Vorkasse der Bank von Frankreich wird auf 21 Milliarden geschätzt, wovon über 40 Proz. zu dem hohen Zinsfuß von etwa 6 Proz. im Ausland untergebracht sind. An Zinsen sind für die schwebende Schuld allein jährlich 479 Millionen Frank ans Ausland zu zahlen.

#### Die italienischen Kriegsschulden.

Die schwebenden Schulden Italiens haben am 30. Juni 1914 1170 Millionen Lire, am 30. Juni 1915 2063 Millionen Lire, am 31. Oktober 1916 4768 Millionen Lire betragen. Andererseits sind die Staatseinnahmen durch Steuererhöhungen stark gestiegen. Das jährliche Mehr wird auf 700 Millionen Lire geschätzt.

#### Holland für die Holländer.

Nach dem Kriege werden die jetzt neutralen Länder wahrscheinlich von Ausländern überfremdet werden, die in ihnen bessere Geschäftschancen als in ihrer Heimat zu finden hoffen. Die Holländer wollen sich dagegen die geschäftliche Frucht ihrer Neutralität nicht durch fremde Kapitalien gefährden lassen. Der Amsterdamer Vorkostvorstand hat eine außerordentliche Versammlung zur Beratung über den Antrag einberufen, künftig nur geborene und nach zehnjährigem Aufenthalt auch eingebürgerte Holländer sowie nur Aktiengesellschaften zuzulassen, die in Holland gegründet sind und deren Sitz haben und deren leitendes Personal überwiegend holländisch ist. So verlohnt sich ein solcher Ausschluß der Fremden nicht, so verhindert er doch auch, daß sich Gesellschaften und Kapitalisten, denen die Steuerlasten ihrer Heimat zu drückend werden und die auswandern können, in Holland niederlassen. — Nebenbei sei erwähnt, daß nach einem Bericht der „Fr. P.“ amerikanische und russische Wertpapiere in großen Mengen mit gefälschten holländischen Stempeln in den Handel gebracht wurden. Durch diese Fälschung wurde den Papieren das Recht auf Zinsenbezug aus feindlichen Staaten erwidert und ihre Verwendung über den Ozean ermöglicht.

Die Papiergarntspinnerei. Auf dem Baumwollgarntmarkt ist, wie dem „V. L.“ aus München-Grudbach telegraphiert wird, infolge von Aufträgen der Werke etwas angeregt. Die mannigfachen Verschiebungen, die die Papiergarnterzeugung auszubilden, haben im Rheinland und Westfalen einen guten Erfolg gehabt. Im kommenden Vierteljahr wird eine Anzahl weiterer Spinnereien Papiergarntmaschinen aufstellen.

Braunschweiger Eisenwerke in Sachsen. Die dem „Lokal-Anzeiger“ aus Dresden gemeldet wird, sind große Aufträge von Braunschweiger Eisen in der sächsischen Oberlausitz von Weitz aus vorgenommen worden. Der Käufer ist bisher nicht bekannt.

Die Interessengemeinschaft in der chemischen Industrie. Die im Frühjahr gebildete große Interessengemeinschaft der chemischen Industrie hat durch Eintritt der Firma Waeling Dahl u. Co., Akt.-Ges. in Wormalen, eine Erweiterung erfahren. Die Aktienmajorität dieses Unternehmens ist von dem Kongress Elberfeld-Ludwigshafen-Treptow erworben worden. Infolgedessen hat der gesamte Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft Waeling, Dahl u. Co. sein Mandat niedergelegt, und der Generalversammlung wird die Neubesetzung des Aufsichtsrates durch Wahlen von Persönlichkeiten des Ansehens vorgeschlagen werden.

Patente und Krieg. Im Laufe der nächsten Tage findet nach dem „V. L.“ eine Besprechung im Reichsamt des Innern über die Verlängerung der Patente um die Kriegszeit statt. An dieser Besprechung nehmen außer den Vertretern der Regierung u. a. teil der Deutsche Verein für den Schutz des gewerblichen Eigentums, der Verein deutscher Ingenieure, der Verein deutscher Maschinenbau-Anstalten, der Bund der technisch-industriellen Beamten.

Währungsflankungen in New York. Das tägliche Geld ist in den Vereinigten Staaten billiger geworden.

## Soziales.

#### Der heeresentlassene Privatangestellte.

Unter den kaufmännischen und technischen Angestellten, die als Kriegsbeschädigte entlassen werden und an die Wiederaufnahme ihres alten Berufs denken, sind viele, deren realistische Beziehungen zu ihrem früheren Arbeitgeber mancherlei Zweifel bieten. Wir sehen von den traurigen Fällen ab, in denen eine schwere körperliche Verletzung, der Verlust eines Gliedes oder eines Sinnesorgans, die Fähigkeit zum alten Beruf aufhebt oder beeinträchtigt, sondern haben nur die Fälle im Auge, wo die körperliche Eignung zur alten Tätigkeit nicht gelitten hat und allein die Fortwirkung des früheren Anstellungsvertrages in Frage steht. Die Einziehung zum Heeresdienst ist an sich ohne Einfluß auf den Vertrag eines Handlungsgehilfen oder Technikers mit dem Arbeitgeber: wohl erfüllt die Gehaltszahlungspflicht solange der Gehilfe seine Dienste nicht zu leisten vermag, der Vertrag selbst aber bleibt unberührt und lebt voll wieder auf, sobald der Angestellte in der Lage ist, seine Dienste in gewohnter Weise zu leisten. Anders ist es dort, wo eine Kündigung seitens eines Vertragspartners erfolgt ist. Solche Kündigung kann ausdrücklich bei der Einziehung oder später erfolgt sein, sei es stillschweigend oder ausdrücklich, oder sie kann aber auch, ohne daß das Wort „Kündigung“ gerademal gebraucht worden wäre, durch entsprechende Handlungen belundet worden sein, zum Beispiel wenn der Chef eine anfänglich geleistete Familienunterstützung nach einigen Monaten eingestellt und in einem Schreiben erklärt hat, er wolle nicht mehr mit dem Angestellten zu tun haben. Solange freilich solche Handlungen erfolgen, ist anzunehmen, daß beide Teile den alten Vertrag aufrechterhalten wollen, wenn nicht etwa ausdrücklich eine Kündigung „für alle Fälle“ erfolgt ist und die Unterfertigung alsdann einen reinen Sühnecharakter erhält. Es hängt hier eben alles vom einzelnen Fall ab, von den Umständen, unter denen solche Familienunterstützung, Leistungen an die Angestellten oder Invalidentversicherung oder an eine Krankenkasse erfolgen, von den Worten, die gelegentlich eines Urteils gebraucht worden sind, von den Schreiben, die vielfach ins Feld nachgehandelt sind. Besteht der Vertrag fort, so stehen dem Angestellten von dem Augenblick an seine Gehaltsansprüche wieder zu in dem er seine Dienste erneut zur Verfügung stellt. Nur muß er sich, was er in dieser Zeit des Angebots verdient oder zu verdienen böswillig unterläßt, anrechnen lassen. — Eigenartig gestaltet sich das Verhältnis dort, wo ein kaufmännisches Wettbewerbsverbot besteht. Hier gilt jetzt das neue Recht des Gesetzes vom 10. Juni 1914 auch für die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes (1. Januar 1915) verabredeten Klauseln, nur der Mangel der Schriftform ist unbedeutend. Dagegen ist das frühere Verbot unwirksam, wenn die gesetzlich vorgeschriebene Entschädigung für die Dauer des Verbots nicht zugesagt ist oder das Gehalt 1500 M. jährlich nicht

übersteigt, es sei denn, der Chef hat sich noch rechtzeitig in den drei ersten Monaten nach dem Inkrafttreten schriftlich zur Zahlung der Entschädigung verpflichtet oder — in dem zweiten Falle — das Gehalt auf mehr als 1500 M. erhöht. Ist der Betrag des heimkehrenden Handlungsgehilfen im Laufe der Kriegsteilnahme aufgehört worden, so gilt das alte Verbot fort, wenn nicht etwa die drei Jahre, auf die es sich jetzt höchstens erstrecken kann, seit der Beendigung des Vertragsverhältnisses abgelaufen sind. Welche Vertragsklausel gekündigt hat, ist gleichgültig, die Ausnahmevorschriften, die hinsichtlich der Unwirksamkeit der Klausel führen, treffen hier nicht zu. Der Gehilfe muß sich also bei der Annahme einer neuen Stellung danach richten und bekommt natürlich die ihm von der Vertragslösung an zustehende Entschädigung fort, soweit sie zusammen mit dem neuen Gehalt nicht 110 Proz. (bei notwendiger Verlegung des Wohnsitzes infolge des Wettbewerbsverbots 125 Proz.) seines früheren Gehalts übersteigt. Alle diese Besonderheiten gelten für den Techniker nicht. Bei ihm kann höchstens der Richter das Verbot für ungültig erklären, wenn es den Angestellten aufzubrechen in der Bewertung seiner Arbeitskraft hindert und ihm das Fortkommen allzu unbillig erschwert.

#### Soziale Kriegsmassnahmen: früherer Feierabend.

Daß das Urbild des Fortschreitenden, Vernichtenden und Niederreichenden der Krieg, soziale, d. h. aufbauende, erhaltende Maßnahmen zeitigen könnte, erscheint eigentlich nicht denkbar. Soziale Kriegsmassnahmen sind zwei sich aneinandern anschließende Worte, ist etwas in sich Widerspruchsvolles, Gegenständliches. Und doch können wir im Ernst von sozialen Kriegsmassnahmen sprechen. Das aus der Not des Krieges geborene Nachtbrotverbot für Bedienstete ist ein so überaus bemerkenswerter soziale Massnahme gewesen, daß unter den Beteiligten geradezu Einstimmigkeit darüber besteht, sie in die Friedenswirtschaft mit hineinzu nehmen. Von den durch den Vorkostverband befragten Vätern haben sich über 90%, vom Hundert hierfür ausgesprochen, und nun ist's wieder eine Kriegsmassnahme, die in der gleichen Richtung liegt, die das gleiche Resultat zeitigen wird.

Um Brennstoffe und Beleuchtungsmittel zu sparen, soll jede Art von Lichtreflexen verboten werden, ebenso die Erleuchtung von Aufschritten, Kaminen und Firmen an Läden, Geschäften, Gastwirtschaften, Cafés, Theatern, Platzspielhäusern und ähnlichen Vergnügungsorten. Entscheidend auch die Anhebenbeleuchtung von Schaufenstern sowie überhaupt an Gebäuden zu gewerblichen Zwecken. Die Innenbeleuchtung soll nach Möglichkeit eingeschränkt, die Beleuchtung der öffentlichen Straßen und Plätze auf das im Interesse der öffentlichen Sicherheit unerlässliche Maß beschränkt werden. Die elektrischen Straßenbahnen sollen ihren Betrieb, soweit es irgend mit den Verkehrsverhältnissen vereinbar ist, einschränken. Endlich sollen sämtliche Läden und Geschäftslöcher nur bis 7 Uhr abends geöffnet sein, mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte und Apotheken, die um 8 Uhr, Gast- und Schankwirtschaften, Cafés, Theater und Platzspielhäuser sowie alle Vergnügungsorten, die um 10 Uhr schließen. Ausnahmen können nur von den Landeszentralbehörden zugelassen werden.

Zu den nächsten Tagen steht eine diesbezügliche Bundesratsverordnung zu erwarten. Mag man die Verkehrsbeschränkung bedauern, mag mit Rücksicht auf die vielen, die ihrer Arbeitsverhältnisse wegen die benötigten Lebensmittel sonst nicht würden kaufen können, die Offenhaltung der Lebensmittelgeschäfte bis 8 Uhr erforderlich sein, der Schluß der Läden und Geschäftslöcher um 7 Uhr wird für viele Angestellte die Möglichkeit einer weiteren Stunde häuslichen Lebens, der Betätigung nach eigenem Ermessen und Neigungen schaffen. Und darin liegt ein sozialer Fortschritt ganz weltlicher Art: ein Fortschritt auch, der niemandem Schaden bringt. Wie nach Einführung der Sonntagruhe und des Akkord-Lohnsystems sich ergab, daß nicht weniger gekauft wurde, alle die bösen Prophezeiungen notorischer Schwarzseher zu schanden wurden, wird auch jetzt nicht weniger gekauft werden. So wird auch diese Kriegsmassnahme nur günstig wirken, und im Interesse all der vielen Angestellten den Beweis liefern, daß sie auch für den Frieden möglich sein wird.

## Gerichtszeitung.

#### Welfremdheit des Reichsversicherungsamts.

Nach der ständigen Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts kann auch angenommen werden, daß bei vorübergehenden Hilfeleistungen eine Person in den Betrieb eintritt, dem diese Hilfeleistung zugute kommt. Ist z. B. ein Pferd auf der Straße gefallen und ein vorübergehender Passant wird von dem Aufsichtsdarum ersucht, ihm dabei behilflich zu sein, das Tier wieder auf die Weide zu bringen, dann gilt der Hilfesleistende als in den Betrieb eingetreten, und wenn er dabei einen Unfall erleidet, gilt dieser als Betriebsunfall. Es wird immer angenommen, daß es dem mutmaßlichen Willen des Unternehmers entspricht, daß die Aufforderung zu dieser Hilfeleistung erteilt, und daß diese Hilfe auch geleistet wird. Es ist ein alter Standpunkt des Amtes, und es ist daher auch immer danach verfahren worden, wenn auch die Berufsgenossenschaften es in den meisten Fällen erst zu einem Streitverfahren haben kommen lassen: das Amt hat immer daran festgehalten. In einer neueren Entscheidung ist es jedoch davon in einem besonderen Falle abgewichen, dem folgenden Tatbestand zugrunde lag:

Ein Arbeiter war von seinem Arbeitgeber ausgedient worden, in einem anderen Geschäft Holzwaren abzugeben. Als er dort im Betrieb kam, fand er, daß die Zeit, die ihm gelassen war, zu der Arbeitsleistung überhaupt nicht ausreichte, und daß, selbst wenn sie ausgereicht hätte, er gar nicht in der Lage gewesen wäre, diese Arbeit zu bewältigen. Er hat kurzerhand drei vorübergehende Personen, die er für arbeitslos hielt, angerufen und sie um Hilfeleistung ermahnt. Die Leute haben auch gearbeitet. Der Unternehmer hat seinem Arbeiter dann auch ohne weiteres den Betrag erteilt, den er als Entschädigung ausgegeben hat. Aber einer der Hilfesleistenden ist bei dieser Gelegenheit von der Leiter gefallen und hat sich den Kopf verletzt. Es wurden von ihm Ansprüche geltend gemacht, die Berufsgenossenschaft hat abgelehnt, sie wurde jedoch vom Oberversicherungsamt in München zur Entschädigungspflicht verurteilt. Dieses ging dabei von den Erwägungen aus, die dem betreffenden Arbeiter obliegende Arbeit sei derart gewesen, daß er sie ohne Hilfeleistung überhaupt nicht habe ausführen können. Er habe infolgedessen annehmen müssen, es entspreche dem mutmaßlichen Willen seines Arbeitgebers, wenn er Kräfte, die ihm sofort zur Verfügung standen, zur Arbeitsleistung herangezogen habe, und daß auch vom Standpunkte des Hilfesleistenden aus genötigt werden konnte, daß sein Eingreifen dem Willen des abwesenden Betriebsunternehmers entspreche. Die Hilfe habe sich somit als Beschäftigung im Betriebe dargestellt und der Unfall sei ein Betriebsunfall.

Das Reichsversicherungsamt hat diese Entscheidung wieder aufgehoben und den Ablehnungsbescheid wieder hergestellt. (München-Zeitung Nr. 2837/15 — 14.)

Es folgt in seinem Urteil: Der Angestellte, der die Arbeiter zur Hilfeleistung herangezogen habe, sei nur Ausgeher gewesen, hätte ein Verfügungsrecht zur Annahme von Arbeitern also nicht besessen. Er sei auch in der Lage gewesen, da sich der Vorgang in einer Großstadt abgepielt habe, sich mit seinem Arbeitgeber telefonisch zu verständigen, ehe er eigenmächtig zur Einstellung der Hilfeskräfte schritt. Es müsse dem Unternehmer geglaubt werden, wenn dieser nachträglich erklärte, er würde, hätte er Kenntnis gehabt, die Hilfeskräfte geschickt haben.

Diese Erklärung war für das Reichsversicherungsamt maßgebend. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß der Weg vom Vertriebe bis zu der Stelle, wo die Arbeit zu leisten war, Dreiviertelstunde betrug. Hätte der Arbeiter, wie das Reichsversicherungsamt von ihm verlangte, telephonisch bei dem Unternehmer angefragt, von der Voraussetzungen ausgehend, daß der Unternehmer ihm Hilfeskräfte schicken werde, dann hätte er denken müssen, daß er





**Rönigstraße 33.**  
Am Bahnhof Alexanderplatz.  
**Chausseestraße 113.**  
Beim Stettiner Bahnhof.

In den Sonntagen vor Weihnachten bleibt unser Geschäft ausnahmsweise geöffnet!

# Für Weihnachten!

**B. FEDER**

im <b>NORDEN</b> Brunnen-Str. 1 a. Rosenthaler Platz	im <b>SÜDEN</b> Kottbuser Damm 103 a. d. Kottbuser Brücke	im <b>OSTEN</b> Frankfurter Allee 350 Ecke Möglinerstraße	im <b>WESTEN</b> Charlottenburg Scharrenstr. 5 Ecke Wilmersdorfer Str.
--	---	---	---

**Fertige Kleidung für Herren u. Damen**  
in reicher Auswahl und in guten Qualitäten.  
**Sakko-Anzüge** u. **Irrenh.**, **Rock-Anzüge**, **Gehrock-Anzüge**, **Herren-Ülster** und **Winter-Paletots**, für jede Figur passend.

**Damen**  
Kostüme mit und ohne Pelzbesatz, **Sammet-Kostüme**, **Ülster** in den modernsten Farben und in den neuesten Formen, **Astrachan-Mäntel**, **Plüsch-Mäntel** in feinsten Verarbeitung, **Kostüm-Röcke** in Woll- und Sammet, **aparte Seiden-Blusen**, **Pelz-Kragen**, **Pelz-Muffen**, **Pelz-Mäntel** in den verschiedensten Mächerten bis zu den besten Qualitäten, **Damen-Velours- und Pelz-Hüte**

Besondere Abteilung  
**für vollständige Wohnungs-Einrichtungen**  
Stille Spielzimmer, Wohnzimmer, Herrenzimmer  
Stille Schlafzimmer • Salons • Farbige Küchen  
Einzel-Möbel + Leder-Möbel + Klein-Möbel

**Verkauf gegen bar und auf Kredit**  
Heute Sonntag von 8-10 und 12-8 Uhr geöffnet

**Inserat mitbringen 3 Mark Wert**

Denkt an uns! Sendet

**Galem Aleikum**  
(Rohmundstücker)

**Galem Gold**  
(Goldmundstücker)

**Zigaretten.**

Willkommenste Weihnachts-Liebesgabe!

20 Stück feldpostmäßig verpackt portofrei!  
50 Stück feldpostmäßig verpackt 10 Pf. Portof

Orient. Tabak- u. Cigarettenfabr. Yemidze Dresden.  
Jnh. Hugo Zetz, Hoflieferant S.M.d. Königs v. Sachsen.

Preis-Nr. 3 4 5 6 8 10  
4 5 6 8 10 12 Pf. d. Stück  
einschließlich Kriegsaufschlag

**Trustfrei!**

Was schenke ich zu Weihnachten?

**Berliner Humor**  
**Unterm Brennglas**  
Berliner politische Satire  
**Wolff Glasbrenner**  
Ausgewählt u. eingeleitet von Dr. Fr. Dieberich  
Mit 117 Bildern.

Brosch. 3 Mk., geb. 4 Mk.  
**Buchhandlung Vorwärts**

**+ Nimm Gichto-Rheumin bei**  
Gicht, Rheumatismus und Nervenschmerzen.  
Glänzend begutachtet und bewährt!  
In allen Apothek. erhältl. in Tablet. zu 2 Mk. und Salbe zur Massage zu 1,50 und 2,50 Mk.  
H. Wunderlich, Apoth., Gera-R.

Witte's Apotheke, Westend-Apotheke, Schweizer-Apotheke, Apotheke zum Goldenen Hirsch.

Fabrik und Lager  
**fertiger Pelzwaren**  
jeder Art, von den einfachsten bis zu den elegantesten. Tausende Sachen auf Lager. Auch Einzelverkauf zu billigen Preisen. Garantiert streng reelle Ware.  
**Sonntags geöffnet.**  
**Ferdinand Kalman**  
Kürschner-Meister  
nur Kommandantenstr. 15, I. E.  
Kein Lad. Gegenüb. Beuthstr.  
Tel.: Zentr. 297. — Gegr. 1894.

Abgeordnetenhaus.

45. Sitzung. Sonnabend, den 9. Dezember, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. v. Sydow.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Gesetzentwurfs betr. die

Verstaatlichung der Bergwerksgesellschaft „Gibernia“.

Handelsminister Dr. Sydow:

Vor fast 12 Jahren hat die Regierung einen Gesetzentwurf auf Erwerbung von 27 1/2 Millionen Mark Aktien der „Gibernia“ vorgelegt, um den staatlichen Einfluß im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier, namentlich auf die Preisgestaltung, zu vergrößern und die Deckung des staatlichen Kohlenbedarfs zu sichern. Die Vorlage wurde angenommen, aber ihr Ziel wurde nicht erreicht, da die Besitzer der abgelaufenen 32 1/2 Millionen Aktien den Aufsichtsrat besetzten und in der Generalversammlung die Mehrheit hinter sich hatten. Erst als die Verhandlungen über den Beitritt der Regierung zum Kohlenyndikat begannen, wurde der Regierung eine Vertretung im Aufsichtsrat bewilligt. Inzwischen hat der Staat seinen Beitritt zum Kohlenyndikat unter gewissen Anteilen erklärt, die ihm die Wahrung der öffentlichen Interessen innerhalb des Syndikats sichern. Für den Fall, daß öffentliche Interessen durch das Syndikat gefährdet würden, hat er sich das Recht des Austritts vorbehalten. Als Bedingung des Eintritts in das Kohlenyndikat hat der Staat von vornherein die Regelung der „Gibernia“-Angelegenheit im Sinne des Erwerbs der restlichen Aktien für den Staat bezeichnet.

Wichtig waren die Aktien nicht zu haben,

aber der Staat hat natürlich die Aktien auch nicht über ihren Wert bezahlt. Wir haben durch Sachverständige festgestellt, daß die „Gibernia“-Gruben zu den besten Gruben des rheinisch-westfälischen Reviers gehören. Vorbereitungen zur Steigerung der Förderung sind getroffen. Es wird mit einer Steigerung der Förderung im Durchschnitt der nächsten 20 Jahre auf 6 1/2 Millionen Tonnen gerechnet. Das würde einen jährlichen Reingewinn von 8,9 Millionen ergeben. Für die Ausgaben in der Zeit nach dem Kriege ist man natürlich auf Vermutungen angewiesen. Die Kohlenpreise richten sich nach dem Selbstkostenpreis, bei dem bekanntlich die Löhne eine große Rolle spielen. Wie sich die Löhne nach Beendigung des Krieges gestalten werden, kann man jetzt nicht voraussagen. Die Löhne steigen natürlich bei einer günstigen Konjunktur für Kohlen. Nach Beendigung des Krieges wird auf der ganzen westlichen Halbkugel dauernd eine große Nachfrage nach Kohlen bestehen, die vor allem Deutschland und England zu befriedigen haben werden. Die gut fundierten Gruben werden daher darauf rechnen können, daß ihre Verhältnisse sich verbessern. Von diesem Gesichtspunkte aus haben wir das an und ergangene Angebot angenommen. Im übrigen waren die Aktien nach allen Verhandlungen zu keinen niedrigeren Preisen zu haben. Es war dies

die beste Gelegenheit,

die überhaupt für den Staat zu erwerben. Andere Erwerber standen schon im Hintergrund, die bereit waren, einen höheren Preis zu zahlen. (Abg. Hue: Westfälische Arbeit!) Auch in der Erwerbung der Aktien nicht lediglich eine Finanzfrage, die Hauptfrage ist, daß der Staat seinen Einfluß im Kohlenyndikat und überhaupt auf dem Kohlenmarkt sichert. Der Erwerb liegt auch im Interesse der Bergarbeiter, deren Interessen mit dem Gelingen des Kohlenbergbaus parallel gehen. Die Hemmnisse für ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen dem privaten und staatlichen Bergbau zu beseitigen, liegt im Interesse der Allgemeinheit, namentlich im Hinblick auf die wichtige Rolle, die dem Kohlenbergbau nach Beendigung des Krieges bei der Wiederherstellung unserer Wirtschaft zufallen wird. (Beifall.)

Abg. v. Pappenheim (L.):

Die Vorlage ist von so großer Bedeutung vor allem wegen ihrer Konsequenzen, daß wir eingehende Beratung fordern müssen. Wir beantragen ihre Ueberweisung an die verstärkte Haushaltskommission. Im allgemeinen stehen wir der Vorlage wohlwollend gegenüber. Es ist ein Zeichen unseres unverminderten Siegesvertrauens, daß der Staat den Augenblick für günstig hält, um zu erwarten, daß die Aktionäre für ihre Aktien Staatspapiere erwerben. (Sehr richtig!) Wenn es sich nur um die wirtschaftliche Seite der Sache handelte, könnte ich ohne weiteres zustimmen. Aber die Veden der Vergangenheit zwingen uns doch, zu prüfen, ob weitere derartige Verstaatlichungen im Kohlenbergbau für Staat und Volk wünschenswert sind.

Wie stehen augenblicklich schon viel weiter im sozialistischen Staat, als wir wünschen können. Wir wünschen vor allem stabile Verhältnisse. Wie die Kohle das tägliche Brot der Industrie ist, so wird es auch dies nicht nur darauf ankommen, dieses Brot zu haben, sondern sicher zu wissen: was kostet es?

Abg. Defer (Sp.):

geht ausschließlich auf die Vorgeschichte der „Gibernia“-Verstaatlichung ein. Der Widerstand gegen die damalige „Gibernia“-Vorlage lag an dem falschen Vorgehen des Ministers Woeller. Man beschränkte damals weitere Verstaatlichungen. Der Kauf erfolgt jetzt zum selben Kurse wie 1904. Inzwischen ist aber der Zinssatz in die Höhe gegangen. Die Durchschnittsdividende seit 1907 beträgt 11 Proz., bleibt also um 2,3 Proz. unter dem Dividendenminimum, das zur Verzinsung und Tilgung des von uns geforderten Kaufpreises notwendig ist. Warum will man dem Staat jetzt gewähren, was man ihm 1904 verweigerte? Weil er an hohen Kohlenpreisen interessiert werden soll. Es liegt hier ein Konflikt vor zwischen dem öffentlichen und dem fiskalischen Interesse des Staates. Für die Konsumenten ist es gut wie gar kein Schuß vorgefallen. Gegen die Vorlage in der heutigen Form haben wir die schwersten Bedenken. (Beifall links.)

Handelsminister Dr. v. Sydow:

Der Redner meint, der Staat bekomme durch den Erwerb der „Gibernia“ ein Interesse an hohen Kohlenpreisen. Dies Interesse hatte der Staat schon bei seiner jetzigen Beteiligung. Man wird aber nicht behaupten können, daß er deswegen die allgemeinen Interessen vernachlässigt und einseitig fiskalische Interessen wahrgenommen hätte. Das wird auch in Zukunft nicht der Fall sein.

Abg. Hue (Soz.):

Meine Partei sieht bekanntlich der Erweiterung der Staatsbetriebe und der Verstaatlichung des Bergbaus so freundlich gegenüber, wie die Sozialdemokratie. Daher gehen wir natürlich an die Prüfung einer Vorlage, die unseren Ideen auch nur zu entsprechen scheint, mit besonderer wohlwollender Interesse heran. Mit diesem Interesse haben wir auch das vorliegende Angebot, die „Gibernia“ zu verstaatlichen, studiert. Wenn wir die Vorlage annehmen, dann haben wir für die „Gibernia“ rund 168 1/2 Millionen Mark bezahlt. Das macht ein Anlagekapital von rund 22 M. pro Konte Förderung, das ist doppelt so viel als das Anlagekapital der besten aufgefundenen Gesellschaften Westens und Ostens. Ich stimme ja Herrn v. Pappenheim darin zu, daß bei dieser Vorlage nicht in erster Linie der Finanzpunkt entscheidend sein kann. Aber er spielt doch gerade in der gegenwärtigen Zeit eine besondere bedeutende Rolle. Ueber die „Gibernia“-Aktien im Jahre 1904 ist feinerzeit hier im Hause und

in der Presse sehr viel Hohn und Spott ausgegossen worden. Es ist deshalb verwunderlich, daß gegenüber dieser Vorlage, die keinen billigeren Preis von uns fordert, in der damals so aufgeregten Presse jetzt völlige Friedhörsruhe herrscht. Ob das daher kommt, daß

bei dem Profit, der jetzt zu machen ist,

die Berliner Handelsgesellschaft und Gleicher über beteiligt sind, weiß ich nicht. — Nach der Vorlage sollen wir 10 1/2 Proz. für die Verzinsung des Anlagekapitals der „Gibernia“ ausgeben. Die Verzinsung der Kriegsanleihe beträgt bekanntlich 5 Proz. Diese 10 1/2 Proz. sollen an frühere Aktionäre gezahlt werden, die für dies Geld absolut nichts leisten. Die Kaufbedingungen und die Arbeitsbedingungen der „Gibernia“ werden uns außerordentlich günstig geschildert. Wenn wir aber früher mit den Herren der „Gibernia“ über Arbeiterfragen verhandelt, so hat man uns die Lage der Sache immer grau in grau gemalt. (Hört, hört! b. d. Sozialdemokraten.) Andererseits steht in der Vorlage nichts darüber, wie seit 1904 das Objekt entwertet worden ist. Es sind inzwischen rund 63 Millionen Tonnen Kohlen aus der „Gibernia“ gefördert worden, die nicht erziehbar sind, und es sind keine neuen Felder gekauft worden. Die Entwertung beträgt also rundweg 180 Millionen. Von der vorgelegenen Dividende von 15,9 Proz. sollen die „Gibernia“-Aktionäre 12 Proz. bekommen, der staatlichen Verwaltung bleiben nur etwa 3 Proz. Die Aktien sind sicher von den Stammaktionären früher weit unter 100 gekauft und trotzdem sollen wir ihnen nun rundweg einen Kurs von 254 zahlen. Nun wir das, dann werden wir vom 1. April 1917 ab ein Erwerbkapital von 168 Millionen Mark in der „Gibernia“ zu verzinsen haben. Die Vorlage erwartet einen Reingewinn von 4 Millionen Mark pro Jahr. Das sind rund 9 Proz. Verzinsung, während 9 Proz. Verzinsung des im Staatbergbau angelegten Kapitals den Herren Hiltz-Essen und Oberbergbaupräsident v. Weisen im Jahre 1911 noch als zu niedrig erachtet. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Trotzdem werden wir erleben, daß die prinzipiellsten Gegner des Staatsbergbaus diese Vorlage annehmen und die prinzipiellsten Freunde des Staatsbergbaus sie ablehnen. Der Abg. Woeller, einer der hervorragendsten Sachkenner dieser Materie, hat 1911 gesagt: „Wir haben bisher in unserer staatlichen Bergbau in den meisten Fällen viel zu hohe Summen für den Erwerb bezahlt.“ Soll das hier wieder geschehen, und wollen Sie dann behaupten, daß die feinerzeit eine Kommission zur Untersuchung der Rentabilität des Staatsbergbaus einlegen, um daraus Material gegen den Staatsbetrieb überhaupt zu gewinnen? (Sehr wahr! bei den Soz.) Es scheint fast, daß der eigentliche Vater dieser Vorlage nichts anderes bezweckt als der doch kommenden Verstaatlichung des Bergbaus einen gehörig schweren Stein in den Weg zu stellen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir Freunde der Verstaatlichung können dieser Vorlage nicht zustimmen, weil wir dann Gefahr laufen, später auf Grund der Folgen aus dieser Vorlage uns sagen lassen zu müssen: So sieht die Verstaatlichung aus. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Minister versichert uns, daß aus dieser Vorlage keine Erhöhung der Kohlenpreise folgen wird. Er mag den guten Willen dazu haben, aber die Dinge sind härter als die Menschen. Wenn zum Beispiel die zu erwartende Rente nicht herausgewirtschaftet werden kann, dann wird es doch zu einer Erhöhung der Kohlenpreise kommen. Die Rente kann auch nur herausgewirtschaftet werden, wenn kein nennenswertes Preisrückgang vorliegt, während gerade unter den zu laufenden Händen zwei sich in dieser Hinsicht keines guten Rufes erfreuen. Ferner dürfen wir nicht vergessen, daß die Verstaatlichung des Bergbaus die Wirtschaft des Reiches stärken wird. In der Vorlage ist sehr optimistisch die

Hauptforderung als Dauerförderung

angelegt worden. Dabei haben wir vor dem Kriege Jahre gehabt, wo man im rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat kaum 80 Prozent der Beteiligungsziffer herausholen konnte, weil der Absatz mangelte. Die Vorkontrakte sollen daher hier so vorsichtig festgelegt werden wie beim Staat der Bergbauverwaltung. Ferner steht in der Vorlage jede Selbstkostenberechnung. Wir müssen wissen, wie hoch die Preise, die Löhne und die anderen Kosten sind, um kontrollieren zu können, ob die ausgerechneten Gewinne zu erzielen sind. Ferner ist uns nichts mitgeteilt über die Bedingungen, unter denen der Staat in das Kohlenyndikat eintritt. Die Ausführungen des Ministers über die Förderhöhe und die Abgabemöglichkeiten sind auch von sehr gewichtigen Stimmern aus der Industrie selbst als außerordentlich optimistisch bezeichnet worden. Die Industrie macht durchweg riesige Abschreibungen aus Vorsorge vor den ungünstigen Wirtschaftszuständen nach dem Kriege. Der Minister sieht die Wirtschaftszustände nicht so dunkel. Wir können mir vorstellen, daß er recht hat. Es soll eine Dividende von 10 Proz. erzielt werden. Eine solche Dividende hat die „Gibernia“ nur zweimal verteilt, und zwar gerade in Jahren, wo das Publikum über viel zu hohe Kohlenpreise klagte. (Hört, hört! bei den Soz.) Wenn das Motiv dieser Vorlage wirklich die Verstaatlichung der Syndikatsmacht ist, wie kam dann die Regierung dazu, durch ihre Verzinsung vom vorigen Jahre die Finanzsyndikatsmacht so isoliert zu stellen? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Vertreter der Regierung haben wiederholt selbst konstatiert, daß die privatkapitalistische Monopol- und Trustbildung im Bergbau schon einen solchen Umfang angenommen hat, daß ein Dritter es nicht wagen darf, diesem großkapitalistischen Konzern entgegenzutreten. Trotzdem geschieht nichts um dieser gewaltigen Zusammenballung privatkapitalistischer Macht in dem Syndikat ein Paroli zu bieten. Im Gegenteil, durch eine besondere Regierungsverordnung werden die widerstrebenden Elemente unter den industriellen Rheinland-Westfalens förmlich zum anhänglichen Leben in ein einheitliches Syndikat von einer überweltlichen Bedeutung in der ganzen Volkswirtschaft. Sehr interessant ist die veränderte Haltung der Konservativen dem Kohlenyndikat gegenüber. Ich habe gemeinsam mit dem Grafen Kämig früher wiederholt die monopolistische Gefahr im Bergbau bekämpft. Heute hat Herr v. Pappenheim genau den entgegengesetzten Standpunkt eingenommen. Dabei ist inzwischen die

Konzentration des Kapitals im Bergbau

nach viel gewaltiger geworden. Im dem Kohlenyndikat werden am 1. April nächsten Jahres 92 Bergwerksgesellschaften mit 118 Millionen Tonnen Beteiligungsziffer vereinigt sein. Davon haben neun Gesellschaften allein eine Beteiligungsziffer von über 75 Millionen Tonnen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Eine solche Konzentration des Privatkapitals finden Sie selbst im amerikanischen Bergbau nicht. Der Staat wird in diesem Zeitpunkt nur etwa 10 Proz. Beteiligung haben. Der einzige Vorteil aus dem Beitritt des Staates sein, daß das Kohlenyndikat dann eine öffentliche rechtliche Gesellschaft wird, bei der keine Gesellschaftskammerie mehr betrieben werden kann. Nach Stellungsnachrichten soll nun für den Staat ein sogenanntes Vetorecht geschaffen werden. Das heißt, wenn 30 Proz. der Beteiligungsziffer mit dem Staat stimmt, eine Kohlenpreiserhöhung nicht durchzuführen ist. Ob dieses Vetorecht hierüber nicht, weil eben der Vertrag selbst nicht mitgeteilt worden ist. Jedenfalls würde auch ein solches Vetorecht wenig nützen, denn Sie haben ja selbst dem Minister geäußert, wie hartnäckig die Herren der „Gibernia“ bisher seinen Forderungen entgegengetreten sind. Es wird sich zeigen, daß der Staat im Syndikat nur den

Präjudizaten für die Privatkapitalisten

abgibt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Darum wird durch diese Vorlage der Staatsbetrieb diskreditiert und dem Streben nach weiteren Verstaatlichungen ein Hemmnis in den Weg gelegt. Ein solches Vetorecht hat sich auch beim Railyndikat als ganz wirkungslos erwiesen.

Ueber die Arbeiterlöhne werde ich in der Kommission reden. Das würde hier zu weit führen. Jedenfalls können für die Arbeiterlöhne aus der Annahme dieser Vorlage große Gefahren entstehen. Ich werde darauf noch beim Etat zu sprechen kommen. Das leitende Organ der kritischen Gewerkschaften schrieb am 6. November über die Wirkung des neuen Syndikats: „Auch für die Bergleute ist die jetzt mit Hilfe der Regierung erfolgte Stärkung des Bergwerkunternehmens von besonderer Bedeutung. Je stärker das Unternehmertum im Bergbau ist, um so weniger wird es geneigt sein, den Wünschen und Forderungen der Arbeiter zu entsprechen und sie als gleichberechtigt zu behandeln. Bei den Behörden haben die Arbeiter gegen die Unternehmer im allgemeinen wenig Hilfe gefunden.“ Diese Besorgnisse bestehen in allen Kreisen der Bergarbeiter. Schmerzlich bemerken wir, daß bei der gewaltigen Verstaatlichung des Unternehmertums durch Regierungshilfe auch nicht die geringste Anteilnahme an den Schicksalen der Arbeiterinteressen.

In England hat die Regierung in Süd-Wales den Arbeitern zugesagt, daß die Unternehmer nur mit gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zusammen Schaffen wollen. (Hört, hört! bei den Soz.)

Ich kann also die Notwendigkeit dieser Vorlage nicht anerkennen. Man spricht von einer Sicherung des Kohlenbedarfs der Staats- und Reichsbetriebe. Glaubt man etwa, daß ohne diese Vorlage die Staats- und Reichsbetriebe wegen Kohlenmangels zum Stillstand kommen könnten? Wenn wir wirklich schon soweit wären mit der Kapitalisten der Staatsmacht vor der Kapitalistenmacht, dann verheißt ich erst recht nicht, wie die Regierung das Einheits-System schaffen konnte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Eine weitere Erweiterung der zukünftigen Verstaatlichung des Bergbaus ist es, wenn, wie im „Gibernia“-Falle förmlich ein Anreiz zu gewaltigen Kurssteigerungen gegeben wird und man dann diese Kurse als Unterlage für den Kaufpreis nimmt. Die Kohlenpreise werden durch die Vorlage auf einen so hohen Stand gebracht werden, daß die natürliche Folge die weitere Vermehrung des ohnehin durch den Krieg schwer leidenden Mittelstandes sein wird. Infolge der Kurssteigerungen werden die Aktionäre, die zu den hohen Kursen gekauft haben, wieder auf höhere Dividenden drängen, und die sollen dann von den Arbeitern herausgeschunden werden.

Es mag sein, daß einige Jahre nach dem Kriege vielleicht die Kohlennot die Bergbauindustrie günstig beeinflussen wird, aber nicht es denn nur Bergwerksbesitzer und Bergwerksarbeiter im Deutschen Reich? Die Kohlenindustrie wird, wenn sie an den hohen Kohlenpreisen festhalten muß, ein großes Hemmnis des Wiederaufbaues des gesamten Wirtschaftslebens sein. Wir werden nach dem Kriege, um aus den ungeheuren Schuldenlasten herauszukommen, keinen anderen Weg haben, als die

Einführung von Reichs- oder Staatsmonopolen!

Themistokles bezog seine Mitarbeiter, auf ihre Privatbesitze aus den staatlichen Bergwerken zu verzichten, um den Staatsbedarf für die Verfertigung der Landbevölkerung zu sichern. Unsere Themistokles sollen uns vor, den Staatsbedarf um wieder 98 Millionen zu erleichtern zugunsten einer kleinen Anzahl ungeheurer reicher Privatkapitalisten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Das soll eine nationale Finanz- und Wirtschaftspolitik sein. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die „Gibernia“-Aktionäre sind Leute, deren Familienvermögen auf Hunderte von Millionen zu bemessen ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Hat man überhaupt den Versuch gemacht, im Interesse unserer Staatsfinanzen von diesen Herren zu verlangen, daß sie sich damit begnügen, das wirklich eingezahlte Kapital zurückzubehalten? Was wird nicht sonst von uns allen, von dem ärmsten Mann, im Interesse der Staatnotwendigkeiten als Kriegserfordernis verlangt! Wir sind gern bereit, Hunderte von Millionen zu bewilligen für Unterfertigung der Kriegsschuldigkeiten, der Witwen und Waisen der Gefallenen, zur Aufrichtung durch den Krieg ruiniertester wirtschaftlicher Existenzen, aber diese Vorlage, in ihrer jetzigen Gestalt, bewilligen wir nicht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Althoff (Sp.):

Wenn der Staat das Bergwerk kaufen will, so bleibt ihm nichts übrig, als zu zahlen, was die jetzigen Besitzer verlangen. Wir können die Vorlage nur annehmen oder ablehnen. Wenn der Staat keine 168 Millionen mit 6 Proz. verzinst, so macht er ein sehr gutes Geschäft. Die veränderte Stellung der Konservativen zu den Syndikaten begreifen wir. Das Syndikat hat es ermöglicht, die Industrie nötigen Kohlenmengen zu liefern. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Die Löhne sind unter seiner Preispolitik gestiegen.

Abg. Braß (B.):

Wir stehen der Vorlage mit gemischten Gefühlen, aber nicht unsympathisch gegenüber und bedauern uns vor, in der Kommission das Material wohlwollend zu prüfen.

Nach einer ähnlichen Erklärung des Abg. Schröder (L.) geht die Vorlage an die verstärkte Budgetkommission.

Ein Vertagungsantrag wird gegen die Freikonservativen und Sozialdemokraten bei etwa 50 anwesenden Abgeordneten abgelehnt.

Es folgt die erste Beratung des

Wohnungsgesetzes und Wärgschaftssicherungsgesetzes.

Handelsminister Dr. Sydow:

Die schon vor dem Kriege vorhandene Knappheit an mittleren und kleinen Wohnungen und das Fehlen der Quantität im Kriege macht das Wohnungsgesetz unauflösbar. Das Steigen des Zinssfußes ändert eine Erhöhung der Wohnungsmieten an. Diesen Ansätzen gegenüber glaubt die Regierung die Erleichterung und Beschleunigung des Wohnungsbaus und die Förderung gesunder Wohnungen nicht länger aufzuschieben zu dürfen. Der Entwurf will, wie der vorige, Maßnahmen treffen zur Verbilligung des Baugeländes und Abänderung des Grundbesitzengesetzes, Verbilligung des Baues von Kleinwohnungen, Stellung der Bauverordnungen auf rechtliche Grundlage, Sicherung gesunder Wohnens durch Einführung der Wohnungsschutzkauf, von Wohnungsordnungen und Wohnungsausschüssen. Neu ist die Beteiligung der Landbesitzer bei den bisher für sie geltenden Bestimmungen des Ansiedlungsgesetzes; dies geschieht in Verbindung der Erbdividenden

Bedeutung des Landbesitzers

und in Anerkennung seiner Nützlichkeit gerade während des jetzigen Krieges für die großstädtische Bevölkerung. Als diese Mittel helfen aber nicht, wenn das Geld zum Warten steht. Zum erstenmal stellt der Staat, über sein eigenes Bedürfnis hinaus, aus seinen Fonds Stämmen für gemeinnützige Baugesellschaften und Wohnungsbau zu Verfügung. Die gemeinnützigen Baugesellschaften müssen von der Erleichterung Gebrauch machen. In ähnlichem Sinne soll auch das Wärgschaftssicherungsgesetz wirken. Nach den schweren Schäden, die der Krieg in unser Volk gerissen hat, müssen die Grundbesitzer der Familien durch eine gesunde Wohnungspolitik gefestigt werden. (Bravo.) Die Veränderungen gegenüber den Reichsfinanzen in zweiter Lesung unseres Ausbaugesetzes stellen vielfach keine Verbesserungen dar. Erfindlich ist, daß die lex Urbes in das Gesetz hineingeklebt ist.

Abg. Ruerning (B.) begrüßt den Entwurf und stimmt der Zustimmung an den Ausschuss zu.

Abg. Künze (nackl.):

Die Vorlage ist ein erster Schritt auf dem Wege zu einem vollständigen Bau- und Wohnungsgesetz, das jetzt

im Kriege nicht gemacht werden kann. Wir beantragen Ueberweisung an einen Ausschuß von 21 Mitgliedern, der sich aber nur auf die Vorlage beschränken und weitere Wünsche zurückstellen möchte.

Abg. Lohmann (H.): Ich halte es für zweifelhaft, ob der gegenwärtige Augenblick für eine solche Vorlage geeignet ist.

Abg. Pöhlmann (Sp.) erhebt gegen einzelne Bestimmungen des Entwurfs Bedenken, durch die die Selbstverwaltung der Gemeinden zu sehr eingeschränkt wird.

Abg. Hirsch (Soz.):

Dem Zweifel, ob die gegenwärtige Zeit dazu angetan ist, das Wohnungswesen zu regeln, teilen wir nicht. Dem Hausbesitz geht es gewiß nicht gerade gut, aber auch nicht schlechter als der übrigen Bevölkerung, und selbst wenn das der Fall wäre, müßte das Interesse der Allgemeinheit über dem Interesse einer einzelnen Klasse stehen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Minister hat mit Recht auf den inneren Zusammenhang der Wohnungsfrage und das Bevölkerungsproblem hingewiesen. Wollen Sie der Säuglingssterblichkeit, dem Anwachsen der Tuberkulose usw. begegnen, dann müssen Sie mit der Wohnungsreform anfangen. (Sehr wahr! bei den Soz.) und dafür sorgen, daß die

jammervollen Zustände im Wohnungswesen

nicht nur in den Großstädten, sondern auch auf dem Lande beseitigt werden. Von diesem Gesichtspunkt aus sehen wir der Vorlage mit sehr gemäßigten Gefühlen gegenüber. In einigen Punkten bringt sie

erhebliche Vorteile, bleibt aber sonst weit hinter den bescheidensten Anforderungen zurück. Der Hauptfortschritt ist, daß die Regierung endlich zu der Erkenntnis gekommen ist, daß sie sich nicht nur mit bloßen Gesetzesbestimmungen begnügen und die Lasten auf die Gemeinden abwälzen darf, sondern selbst finanzielle Opfer bringen muß. Diese finanzielle Förderung des Wohnungswesens durch den Staat selbst bedeutet einen völligen Bruch mit dem früheren Prinzip der Regierung. Den Gedanken, daß man etwa auch die privaten Bauunternehmer durch öffentliche Mittel unterstützen könnte, müssen wir von der Hand weisen. Die Regierung sieht mit Recht lediglich eine finanzielle Förderung der gemeinnützigen Baugenossenschaften vor. Ich freue mich, daß die Regierung sich endlich zu dieser Anerkennung des Genossenschaftswesens durchgerungen hat und hoffe, daß sie auch in anderer Beziehung den Genossenschaften in Zukunft nicht mehr solche Schwierigkeiten machen wird wie vor dem Kriege. Wir erkennen weiter an, daß die Regierung bereit ist, den Mietskasernen zu Leibe zu gehen. Ob freilich die vorgeschlagenen Mittel dies Ziel erreichen, bezweifle ich. Man kann die Mietskasernen nur wirksam bekämpfen, wenn man die Äxt an die Wurzel des Übels legt, wenn man dem Bodenzwanger zu Leibe geht. (Sehr gut! bei den Soz.)

Auf der anderen Seite enthält die Vorlage Bestimmungen, die auf eine Einschränkung der Selbstverwaltung der Gemeinden hinauslaufen. Bei der Wohnungsaufsicht hat man wieder Halt gemacht vor den städtischen Ortsbesitzern. Dabei

sind die Wohnungsverhältnisse auf dem Lande teilweise noch viel schlimmer als in den Großstädten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Soll das etwa der Anfang mit der Neuorientierung sein? Es wurde angeregt, Kinderreichen Familien Wohnungsgeldzuschüsse zu gewähren. Bei der praktischen Durchführung dieses Gedankens müßte man sehr vorsichtig vorgehen, damit nicht etwa eine Schwächung der Staatsbürgerrechte durch die Gewährung solcher Unterstufungen die Folge ist.

Wir werden uns in der Kommission bemühen, das Gesetz so auszugestalten, daß es wirklich den Bedürfnissen entspricht. Unsere Zustimmung machen wir davon abhängig, ob es gelungen sein wird, eine Fassung zu finden, wobei die Vorteile nicht durch die Nachteile aufgehoben werden. (Wahr! bei den Soz.)

Finanzminister Dr. Venzke betont, daß den gemeinnützigen Baugenossenschaften die Staatsmittel nicht etwa geschenkt werden sollen, und macht dann nähere Ausführungen über das Bürgschaftsicherungsgesetz. Wenn es gelingt, der Lösung der Wohnungsfrage näher zu kommen, dann sind wir auch der Lösung der großen sozialen Frage näher. Helfen Sie uns dazu. (Wahr!)

Nach weiteren kurzen Bemerkungen des Abg. Grundmann (H.) schließt die Besprechung.

Beide Gesetzesentwürfe gehen an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Nächste Sitzung: Montag 12 Uhr. (Kleine Vorlagen, Diätengesetz.) Schluß gegen 6 Uhr.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Finienstr. 83-85  
Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.  
Telephon: Amt Norden 1967, 1239, 9714, 185.

Montag, den 11. Dezember 1916:

**Bezirks-Versammlungen**  
für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin  
in folgenden Lokalen:

Norden: Pharusssäle, Müllerstr. 142, abends 8 1/2 Uhr.

Norden: Büttner's Festsäle, Schwedter Straße 23, abends 8 1/2 Uhr.

Moabit: Sands Festsäle, Seuffelstr. 9, abends 8 1/2 Uhr.

Charlottenburg: Volkshaus, Köpenickerstr. 3, abends 8 1/2 Uhr.

Westen, Schöneberg und Steglitz: Kaiser-Wilhelm-Rheinstraße 65, abends 8 1/2 Uhr.

Osten und Nordosten: Comeniusssäle, Memeler Str. Nr. 67, abends 8 1/2 Uhr.

Lichtenberg und Stralau-Rummelsburg: Blume, Alt-Bohlag 56, abends 8 Uhr.

Weißensee: Restaurant Masche, Berliner Allee 251, abends 8 Uhr.

Südenbezirke: Gewerkschaftshaus, Engelsufer 15, Saal 5, abends 8 1/2 Uhr.

Neukölln: Ideal-Festsäle, Weichselstraße 8, abends 8 1/2 Uhr.

Reinickendorf-West: Eichhornstraße 60, abends 6 Uhr.

Oberschöneweide, Niederschöneweide, Johannisthal u. Umg.: Restaurant Warnecke, Oberschöneweide, Wilhelmshofstr. 18, abends 8 1/2 Uhr.

Spandau: Dertz' Restaurant, Spandau, Kurstr. 21, abends 8 1/2 Uhr.

Köpenick und Friedrichshagen: Kaiser, Köpenick, Victoria-Straße 29, abends 8 1/2 Uhr.

Dienstag, den 12. Dezember 1916:

Norden: Frankes Festsäle, Badstr. 19, abends 8 1/2 Uhr.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

**Bericht von der General-Versammlung.**

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Die Ortsverwaltung.

126/19

**Verband der Sattler und Portefeuillier.**

Ortsverwaltung Berlin.

Achtung! **Militärsattler!** Achtung!

Dienstag, den 12. Dezember 1916, abends 7 Uhr,

im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelsufer 15:

**Versammlung.**

aller in den

Militärbetrieben beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Tagesordnung:

1. Das Ergebnis der Verhandlungen mit den Arbeitgebern über die beantragte Löhnerzulage. 2. Diskussion.

Zu Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung erwartet zahlreichen Besuch

Die Ortsverwaltung.

150/

**Verband der Hut- und Filzwarenarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.**

Ortsverwaltung Berlin.

Am Mittwoch, den 13. Dezember, abends 8 Uhr, im

Gewerkschaftshause, Engelsufer 15, Saal 1:

**Versammlung**

aller in der Hut- und Putzbranche beschäftigten

Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tagesordnung:

**Der Abschluß unseres Lohntarifs.**

Zahlreiches Erscheinen ist dringend notwendig.

Die Ortsverwaltung.

76/19

**Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen.**  
Ortsverwaltung Berlin.

**Weihnachtsunterstützung.**

Alle Familien derjenigen Mitglieder unseres Verbandes, deren Ernährer bis zum 1. Dezember 1916 zum Seeresdienst eingezogen sind und mindestens 2 Wochenbeiträge an unsere Organisation geleistet haben, erhalten eine Weihnachtsunterstützung von 10 Mark.

Die Auszahlung erfolgt für die Namen mit den Anfangsbuchstaben:

A bis G am Dienstag, den 12. Dezember

H bis L Mittwoch, den 13. Dezember

M bis R Donnerstag, den 14. Dezember

S bis Z Freitag, den 15. Dezember

vormittags von 10 bis 1 Uhr an der Erlasse, Alte Jakobstraße 5.

Die Auszahlung erfolgt nur bei Vorlegen eines Ausweises über den Bezug von Kriegszulagen (Lohnungsbeleg usw.).

Wir erlauben unsere Vertrauensleute und in Arbeit stehenden Mitglieder, die Familien unserer eingezogenen Kollegen hierauf aufmerksam zu machen. Spätere Reklamationen können nicht berücksichtigt werden.

Der Ortsvorstand.

**Garderobe**  
auf bequemste Teilzahlung  
Kostüme, Ulster, Mäntel in Tuch, Samt u. Astrachan, Blusen u. Röcke in gr. Auswahl. Nur Neuheiten am Lager. In allen Pelzarten und neuester Ausführung in jeder Preislage.  
**Pelzwaren**  
Herren-Anzüge, Paletots und Ulster  
**Große Auswahl!**  
Knaben- u. Mädchen-Garderobe.  
Jeder Käufer erhält ein Weihnachtsgeschenk.  
**M. Beiser**  
67 Lothringer Str. 67.  
Sonn- u. Abends 8-10 u. 12-8 Uhr geöffnet.

**Lebensmittel-Verkauf.**

Verkaufe wieder einige Waggons (solange Vorrat) Karotten, Mohrrüben, Stiefing, Weiß- und Grünkohl ab Dienstag oder Mittwoch nur an Selbstverbraucher zu billigen Tagespreisen. Vorauszichtig in einigen Tagen auch größere Mengen Kohl vorhanden, wodurch längere Zeit Ware haben dürfte und das wertvolle einlaufende Publikum sich nicht überbürden und drängen braucht. Körbe und sonstige Behälter müssen mitgebracht werden, auch kann wegen Arbeitermangel z. nichts ins Haus geliefert werden.

Schmidt Hfg., Berlin, Neanderstr. 4.

Amt Westplatz 10/169.

**Restehandlung**

Becker, Seydelstr. 1 Spittelmarkt.

Herrn- und Damenstoffe, unter Garantie für tadelloser Sitz, gr. Auswahl. Sonst kein Abnoh z. billigen nahmezwang. Preisen : : : : **Besond. Angebot:** Ein gr. Posten Herren-Boin-von Herren- und Kleider, sehr preiswert.

Maß-Anfertigung Herren-Boin-von Herren- und Kleider, sehr preiswert.

Damen-Garderobe preiswert.

Rotkehlchen

Zeische, Stieglitze, Buchfinken, Kreuzschnäbel, Hänflinge, nur eingewohnte Vögel kommen zum Verkauf.

Fritz Krüger, Zoologische Handlung

Pestalozzistraße 87, a.d. Kirche. Frsp. Steinkl. 13495

**Oskar Wollburg**

Konfektionshaus für Damen- u. Mädchen-Bekleidung

56 u. 57 Brunnenstraße 56 u. 57

**Vorteilhafte Angebote**

Große Auswahl in Plüsch-, Samt- und Brettschwanz-Mänteln

direkt aus der Fabrik, ohne Zwischenhandel, daher konkurrenzlos.

Fisches Kostüm 54,00 M.

Glocken-Paletot 34,50 M.

Mantelkleid 36,75 M.

**Alaskafuchs-Garnitur**

elegant, neu, Spottpreis. Besichtigung auch Sonntag, 205/5

Frau Grünwald, Regensburger Str. 14a, Fahrstuhl.

**J. Baer,** Ecke Badstr. 26, Prinz-Allee

Herrn- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Eleg. Paletots, Ulster, Joppen, Gr. Stofflager z. eleg. Maßanfertigung Billigste, feste Preise

**Stepdecken**

größte Auswahl. Aufarbeitung aller Stepdecken lohnend.

Bernhard Strohmeyer, Berlin, Wallstraße 72.

**Für Feldsoldaten!**

Deutsch-Polnisch 15 Pfg.

Deutsch-Französisch 15 Pfg.

Buchhandlung Vorwärts.

**Schultheiss' Brauerei Act.-Ges., Berlin.**  
Bilanz am 31. August 1916.

Aktiva.	M.	Pf.
Grundstücke und Gebäude	31 720 528	13
Wege- und Eisenbahn-Anlagen	100	—
Brunnen-Anlagen	100	—
Kanalisations-Anlagen	100	—
Lagerfässer und Böttiche	1 079 210	74
Maschinen und Geräte	1 344 396	64
Inventory	1 298 064	65
Inventory und Einrichtung der Ausschanklokale	190 000	—
Lokal „Zum Schultheiss“ am Wannsee	300 984	85
Inventory und Einrichtung der auswärt. Niederlagen	156 890	70
Eisenbahnwagen	100	—
Pferde, Wagen und Kraftwagen	100	—
Abstattonen	100	—
Kasse	185 711	14
Wertpapiere	5 369 495	—
Bankguthaben	7 477 471	51
Hypotheken und Darlehen	2 599 013	61
Sonstige Schuldner	328 864	94
Bürgschaftsverpflichtungen	M. 816 300	—
Warenbestände in den Hauptbetrieben	832 631	15
Warenbestände in den auswärtigen Niederlagen	75 022	38
Verschiedene Vorräte (Abgänge, Futter usw.)	107 886	43
Ausstehende Forderungen	549 740	29
	53 616 507	16

Passiva.	M.	Pf.
Aktien-Kapital	15 000 000	—
Toiletschuldverschreibungen	918 500	—
Hypotheken	6 064 260	77
Nicht abgehobene Dividende	7 275	—
Zinsen und Steuern per Juli/August	73 358	95
Wohlfahrtsfonds	542 531	87
Richard Koesicke Beamtens-Pensionskasse	1 105 694	75
Sparkasse der Angestellten und Arbeitnehmer	3 888 568	50
Depositen-Guthaben der Kunden und Angestellten	5 986 507	08
Kauttionen	141 279	14
Gläubiger	6 637 446	75
Gestundete Brausteuer und Gemeinde-Biersteuer	1 014 454	30
Rücklage für Ausfälle	273 771	50
Kriegsrücklage	600 000	—
Rückstellung für Talonsteuer	24 000	—
Reservefonds	7 500 000	—
Gefäßpfand	227 654	47
Bürgschaftsverpflichtungen	M. 316 300	—
Gewinn	3 642 194	07
	53 616 507	16

Die Auszahlung der Dividende von 16 Proz. für das Geschäftsjahr 1915/16 erfolgt vom 11. Dezember d. J. ab in den gewöhnlichen Geschäftstagen an der Kuponkasse der Deutschen Bank in Berlin W, Kanouierstr. 29/30.

Berlin, den 9. Dezember 1916.

**Schultheiss' Brauerei**

Actien-Gesellschaft.

L. B. o. h. n. e.



## Taschentücher

<b>Nichtbezugsscheinpflchtig</b>	
Schweiz. Batisttücher	eingekramt schmal, 75, 95 Pf. 110
Schweiz. Batisttücher	mit Buchstaben 1/2 Dutzend im Karton . . . 275
Schweiz. Batisttücher	mit Webelinen und Buchstaben geschl., 1/2 Dutzend im Karton 295
Herren-Batisttücher	mit bunter Kante 1/2 Dutzend . . . 215 350 425
Damen-Batisttücher	weib. mit Kante, 1/2 Dutzend 415 475
<b>Bezugsscheinpflchtig</b>	
Leinwandtücher	weib. höchste Qualität 200 200
Taschentücher	einzelne, 48 cm gesch. ge- färbt, 1/2 Dutzend . . . 325 395 425
Herren-Tücher	einzelne, mit Kante, 1/2 Dutzend im Karton . . . 450

## Damentwäsche

<b>Bezugsscheinpflchtig</b>	
Hemden	aus gutem Renforcé mit Weiss- Stärkel . . . 325 395 450
Hemden	aus gutem Renforcé mit Weiss- und prima Ein- und Auslag . . . 500 675 725
Beinkleider	Kaisersform, mit drittem Schlitz, Weiss . . . 295 350 525
Nachthemden	aus prima Renforcé mit Schlitz . . . 590 690 1025
Nachjacken	aus Vardent, mit Weiss- oder Vardent . . . 390 425 475
Unterröcke	reich mit Weiss- stärkel . . . 650 750 1275
<b>Nichtbezugsscheinpflchtig</b>	
Batist-Unterröcke	aus Weissstärkel . . . 300 510
Batist-Damenthemden	reich mit Weiss- stärkel . . . 425 525
Batist-Beinkleider	mit Weiss- stärkel . . . 695 925

## Tischwäsche

<b>Nichtbezugsscheinpflchtig</b>					
Kaffee-Gedeck	mit 6 Mundtüchern, 350 450 farbig, im Karton				
Kaffee-Gedeck	mit 6 Mundtüchern, Hochsaum 575 875 mit farbig, im Karton				
Kaffee-Gedeck	mit 12 Mundtüchern, Hochsaum 875 1450 mit farbig, im Karton				
Gedeck	mit 6 Mundtüchern, Weissleinen, 1000 1090 Hausmacher . . . im Karton				
Gedeck	mit 12 Mundtüchern, Weissleinen, 2400 2850 Hausmacher . . . im Karton				
<b>Reinlein. Tischtüch. saftengediebt</b>					
Größe 475	Größe 525	Größe 950	Größe 1425	Gr. 20/100	1225
130/130	130/160	100/225	100/225		
<b>Reinlein. Tischtüch. mit Hochsaum</b>					
Größe 500	Größe 1000	Größe 1500	Gr. 20/100	1150	
130/130	160/160	100/225			

## Damenhandschuhe

<b>Nichtbezugsscheinpflchtig</b>	
Washleder-Erfag	mit 2 Druckknöpfen . . . 95 Pf.
Schweden-Erfag	in modernen Farben . . . 145
Mocha-Erfag	mit eleganter Ausstattung 195
Washleder	mit Weiss- stärkel . . . 245
Gazelle	prakt. Strassenhandschuh. 200

## Kinder-Bekleidung

<b>Nichtbezugsscheinpflchtig</b>	
Kinder-Kleidchen	aus feinem, Weiss, 48-55 cm lang 975 Sehr weiches Stoff 75 Pf. mehr
Kinder-Kleidchen	aus schwarzem Stoff, reich ge- zieret, 50-75 cm lang, 50 cm lang 2650 Sehr weiches Stoff 2.25 mehr
Kinder-Mantel	aus gutem Stoff, moderne Formen auf Stoffhalter, für 2-7 Jahre . . . 2600 Sehr weiches Stoff 2.50 mehr
Sant-Anab.-Anzüge Mittel- und Schlupfblusenform	

## Korsette

<b>Nichtbezugsscheinpflchtig</b>	
Korsette	aus weichem Batist mit Halter . 590 750
Korsette	aus weichem Batist mit Halter . 1175 1500
Korsette	a. weis. ob. farb. Satinrell m. Halter 975 1400
Korsette	aus weis. u. gemis. Batist m. Halter 850

## Herrenhandschuhe

<b>Nichtbezugsscheinpflchtig</b>	
Schweden-Erfag	mit Druckverschluss . . . 145
Glacé-Lammleder	mit Druckverschluss . . . 175
Schweden-Erfag	mit Druckverschluss . . . 175
Mocha-Erfag	mit Druckverschluss . . . 195
Schweden	mit Druckverschluss . . . 245
Lammleder-Stepper	halbbare Qualität . . . 390

<b>Bezugsscheinpflchtig</b>	
Mittel-Kleidchen	aus warmem Baumwoll- stoff . . . 275 300 375
Kinder-Kleider	aus hochwertigem Baumwollstoff, in versch. Ausführ., 50-100 cm lang, 50 cm lang 650 Sehr weiches Stoff 50 Pf. mehr
Knaben-Anzug	Schlupfblusenform aus hochwertigem Stoff für 2-3 Jahre . für 3 Jahre 1075 Sehr weiches Stoff 75 Pf. mehr
Knaben-Schlupfanzüge	aus ganz weichen Stoff, mit Cotton-Verzierungen, Sehr gefüttert, für 2-10 Jahre . für 3 Jahre 1475 Sehr weiches Stoff 1.00 mehr

## Weißwaren

<b>Nichtbezugsscheinpflchtig</b>	
Plüsch-Pelerine	aus feinem Seidenplüsch 1975
Plüsch-Muffe	warm abgefärbt und elegant ausgefärbt . . . 975
Marabou-Kragen	moderne Pelerinenform 690 875
Blusen-Garnitur	leichte Neuheit . . . 225
Blusen-Kragen	m. Valenciennes-Rüsche 95 Pf.
Tüll-Kragen	mit Spitzenverzierung, aparte Form . . . 390

Direktion: Max Reinhardt.  
**Deutsches Theater.**  
Deutscher Zyklus.  
7 1/2 Uhr: **Kabale und Liebe.**  
Nachm. 3 Uhr (kl. Pr.): **Der Silberpfeil.**  
Montag: **Soldaten.**  
**Kammerspiele.**  
3 Uhr: **Gespensersonate.**  
Nachm. 3 1/2 Uhr (kl. Pr.): **Wetter-  
tauchen.**  
Montag: **Gespensersonate.**  
**Volkstheater.** Theater a. Stölpel.  
3 Uhr: **Rose Bernd.**  
Nachm. 3 Uhr (kl. Preise): **Der  
eingebildete Kranke.**  
Montag: **Rose Bernd.**  
**Theater I. d. Königgrätzerstr.**  
8 Uhr: **Erdegeist.**  
Nachm. 3 Uhr: **Maria Stuart.**  
**Komödienhaus.**  
8 Uhr: **Der 7. Tag.**  
Nachm. 3 Uhr: **Filmzauber.**  
**Berliner Theater.**  
8 Uhr: **Auf Flügeln des Gesanges.**  
3 Uhr: **Wenn zwei Hochzeit machen.**

**Verband der Freien Volkstheater**  
Sonntag, 10. Dezember 1916:  
Mittags 12 Uhr:  
Volkstheater, Theater am Bülowplatz:  
Königst.  
Nachmittags 3 Uhr:  
Volkstheater, Theater am Bülowplatz:  
Der eingebildete Kranke.  
Schiller-Theater, Charlottenburg:  
Die gelbe Nachtigall.  
Schiller-Theater Ost: Schicksal und  
Gertraude.  
Leipzig-Theater: Die gutgeschmittenen  
Ged.  
Künstler-Theater: Schwarzer Peter.  
Abends 8 Uhr:  
Volkstheater, Theater am Bülowplatz:  
Montag, Dienstag und Freitag:  
Rose Bernd, Mittwoch, Donner-  
stag: Nachtigall.  
**Heines Werke**  
3 Bände 5 Mark  
Buchhandlung Vorwärts

**Theater für Sonntag, 10. Dezember.**  
**Deutsches Opernhaus, Charlottenb.**  
8 Uhr: **Mignon.** (Hermine Bo-  
setti-Philline.)  
**Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.**  
3 Uhr: **Rigoletto.**  
8 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**  
**Kleines Theater.**  
3 1/2 Uhr: **Letztes Gebot.** Paul u. Paula.  
8 Uhr: **Am Teetisch.**  
**Geb. Herrfeld-Theater**  
3 1/2 Uhr: **Der doppelte Buchhalter.**  
Posse mit Gesang und Tanz.  
**Komische Oper.**  
4 Uhr: **Der Hüttenbesitzer.**  
8 1/2 Uhr: **Der Puzla-Kavaller.**  
**Lustspielhaus.**  
3 1/2 Uhr: **Pension Schöll.**  
8 1/2 Uhr: **Der selbige Baldwin**  
mit Henry Bender.  
**Metropol-Theater**  
3 Uhr: **Die Kaiserin.**  
8 Uhr: **Die Csardasfürstin.**  
**Neues Operettenhaus**  
Kassentelephon: Norden 261.  
3 Uhr: **Der Vogelhändler.**  
8 Uhr: **Der Soldat der Marie.**  
**Voigt-Theater.**  
Badstr. 58. Täglich:  
**Die Tochter des Herrn Fabricius.**  
Staffelöffnung 8 Uhr. Anfang 7 Uhr.  
Sonnt. 3 Uhr: **Der Löwe des Tages.**  
Ab Montag: **Wenn die Sieges-  
glocken läuten.**

**Residenz-Theater**  
3 1/2 Uhr: **Der gut sitzende Frack.**  
8 1/2 Uhr: **Die Warschauer Zitadelle.**  
Schiller-Theater O.  
3 Uhr: **Schirin u. Gertraude.**  
8 Uhr: **Seine einzige Frau.**  
Schiller-Th. Charlottenbg.  
3 Uhr: **Die gelbe Nachtigall.**  
8 Uhr: **Novella d'Andrea.**  
**Thalia-Theater.**  
3 Uhr: **Blondinchen.**  
8 Uhr: **Das Vagabundenmädchen.**  
**Theater am Nollendorfpl.**  
3 1/2 Uhr: **Immer feste drauf!**  
8 1/2 Uhr: **Blaue Jungens.**  
**Theater des Westens**  
3 1/2 Uhr: **Das Fräulein vom Amt.**  
8 Uhr: **Die Fahrt ins Glück**  
mit Guido Thielscher.  
**Trianon-Theater.**  
4 Uhr: **Verlorene Ehre.**  
8 1/2 Uhr: . . . als Gast.  
**Rose-Theater**  
3 Uhr: **Goldhähnchen Himmelfahrt.**  
8 1/2 Uhr: **Das Glücksmädchen.**  
**Walhalla-Theater**  
3 Uhr: **Die Collarprinzessin.**  
8 Uhr: **Seemannsleichen.**  
**Casino-Theater.**  
Lothring. Str. 37. Täglich 8 1/2 Uhr:  
Einzig in seiner Art:  
Die Schlangen-Boße dieser Spielzeit  
**Zwei helle Berliner**  
Berliner Figuren! Berliner Nummer!  
Vorher erstklassige Spezialitäten.  
Sonntag 4 Uhr: **Vateruns Wunderkur.**



**Berliner Konzerthaus.**  
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.  
Heute:  
**Großes Konzert**  
des Berliner Konzerthaus-Orchesters.  
Leiter: Komponist Frz. v. Bion.

**Lessing-Theater.**  
Direktion: Victor Barnowsky.  
7 1/2 Uhr: **Julius Cäsar.**  
Nachm. 3 Uhr: **Die gutgesonn. Eule.**  
**Deutscher Künstler-Theater.**  
Allabendlich 8 Uhr: **Moral.**  
Nachm. 3 Uhr: **Schwarzer Peter.**  
**URANIA Taubenstr. 48/49.**  
4 Uhr (halbe Preise):  
**Die Bagdadbahn.**  
8 Uhr:  
**Skagerrak.**  
Unsere Hochseeflotte im Weltkrieg.  
Montag 8 Uhr:  
**Skagerrak.**  
Unsere Hochseeflotte im Weltkrieg.

**Palast**  
Theater am Hofstr. 100  
Heute  
2 Vorstellungen 2  
3 1/2 Nachm. jed. Erw. 8 U.  
1 Kind frei.  
In beiden Vorstellungen:  
**Mabel May Yong**  
u. d. gr. neue Dezember-Prgr.

**Possen-Theater.**  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Des Löwen Erwachen**  
Ent oder weder  
**Hoffmann's Schmuß.**

**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner Sänger.**  
Sente nachm. 3 Uhr:  
Weihnachtsabend im  
Schönengraben.  
(Gemäß Verträge:  
Dort 30 Pf.,  
Balken 75 Pf.,  
Vogen 1 Pf.)  
Abends 8 Uhr:  
**Friedensglocken**

**Admirals-Palast**  
Heute 3 Vorstellungen  
4 1/2 u. 8 1/2 Uhr.  
Das herrliche Eisballett  
**Frau Fantasie.**  
Nachm. kl. Preise, ab 2. 3. 4 M.

**Circus Busch**  
Sonntag 2 gr. Vorstellungen:  
8 1/2 **Belm Weihnachtsmann** 8 1/2  
12 **Weihnachtsmärch. L. S. S.**  
1 an- **Kind** auf allen  
geh. **Sitzpl.** frei  
Weitere halbe Preise.  
**10. Die Gelerprinzeßin. 10.**  
Märch.-Quint.-Gantomime l. 5 Wf.  
In beiden Vorstellungen vorher:  
Das großartige Dezember-Prgr.  
**Alfred Ott**  
der beste Schreitler der  
Gegenwart, auf Suchard.  
**Aren. das Stadtgespräch.**  
Max u. Moritz, d. litg. Schänd. Schmitz.  
3 Orchem. Egent. Orcentr.-Atrob.

**Germania-Prachtsäle, Onaussee-  
str. 110.**  
Jeden Sonntag:  
**Paul  
Mantroys  
Lustige  
Sänger**  
Anfang 7 Uhr.  
Eintritt 30 Pf., 10 Pf. Steuer,  
Mittw. 20 Pf.

**Konzert- und Festsäle**  
Telephon: Alexander 4814.  
Orth. **Vani Czigis, Koppentz. 20.**  
Den geehrten Vereinen und Geis-  
schaften stehen ab Weihnachten meine  
ämtliche Räume wieder zur Ver-  
fügung. 1916/17  
Richtungssoff **Paul Czigis.**

**ALASKA-  
Füchse**  
Blau-, Silber-, Rot- u. Kreuzfuch-  
sarten, sowie sämtl. edieren  
Pelzarten in entzückenden Aus-  
führungen in meiner Werkstatt  
**Köln. Fischmarkt 1 11.**  
zwischen Breitenstraße u. Südk.  
Sparkasse (Boer). — NB. Püsch-  
säcken, Kanin und Hasen führe  
ich nicht.

**Stoffe**  
für Maß-Anzüge, Paletots,  
Damen-Kostüme, Mäntel,  
Meter 10.—, 14.—, 16.—, 20.—,  
Seiden-Seal, Astrachan,  
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.,  
Gertraudenstr. 20-21, gegenüber der  
Patrikerche.

# Der Lindentunnel.

## Die Vorgeschichte.

Am heutigen Sonntagmittag soll der Lindentunnel von den städtischen Behörden besichtigt, und am Dienstag soll er dem Verkehr übergeben werden. Mit der Inbetriebnahme dieses Tunnels wird ein groß angelegter Plan der Stadt Berlin verwirklicht, dessen Vorgeschichte bis zum Jahre 1875 zurückreicht.

Auf der ganzen Strecke der Linden vom Brandenburger Tor und über dieses hinaus bis zur Spandauer Straße, also auf einer Strecke von nahezu zwei Kilometern, fehlte früher jede Straßenbahnverbindung zwischen dem Norden und dem Süden Berlins. Das Bedürfnis, eine solche zu schaffen, machte sich aber bei dem regen Verkehr über die Linden schon lange fühlbar, und deshalb beantragte die Große Berliner Straßenbahn, der die Stadt erstmalig im Verträge vom 26. Juni 1871 die städtischen Straßen und Plätze zur Ausbeutung überlassen hatte, bereits im Jahre 1875 die Genehmigung für einen Uebergang über die Linden, und zwar im Zuge der Charlottenstraße. Wenngleich ein grundsätzliches Bedenken gegen eine solche Verbindung von den staatlichen Instanzen nicht geltend gemacht wurde, wurde doch die Charlottenstraße ihrer geringen Breite wegen hierfür für ungeeignet erachtet, zumal da auch die Friedrichstraße, die von der Dorotheenstraße an mitbenutzt werden sollte, ebenfalls eine Mehrbelastung durch eine Straßenbahn nach Ansicht der Behörden nicht wohl ertragen konnte.

Im Jahre 1893 neugestellte Anträge führten zu einem greifbaren Ergebnis, doch bedurfte es noch längerer Verhandlungen, bis am 24. April 1894 die kaiserliche Genehmigung zu einer Straßenbahnverbindung von der Französischen Straße über den Opernplatz und durch das Kastanienwäldchen nach der Dorotheenstraße erteilt wurde. Am 22. September 1894, also nahezu 19 Jahre nach Einreichung des ersten Antrages, konnte dann der Straßenbahnverkehr über die Linden hinweg eröffnet werden!

Die so geschaffene bessere Verkehrsverbindung zwischen den bisher getrennten Stadtteilen zog natürlich eine baldige Verdichtung des Verkehrs nach sich und ließ erwarten, daß der neue Weg bald den an ihn gestellten Anforderungen nicht mehr würde gerecht werden können. Es kam hinzu, daß die seit dem Jahre 1884 unermüßlich betriebene Agitation der sozialdemokratischen Fraktion für Bau und Betrieb eigener städtischer Straßenbahnen, so sehr man solche Auffassung anfangs verläßt hatte, doch nicht erfolglos geblieben war, und daß auch im Magistrat, insbesondere nach Eintritt des jetzigen Stadtbaurats, Geh. Baurats Krause, die Absicht, eigene städtische Straßenbahnen zu schaffen, an Boden gewann. Für solche eigenen Linien mußte eine spätere Verbindung zwischen dem Norden und dem Süden der Stadt nicht minder wichtig werden als für die Große Berliner Straßenbahn. Um rechtzeitig Vorkehrung zu treffen, richtete daher auch die Stadt ihr Augenmerk auf eine Lindenüberführung.

Dieser Wunsch wurde drängender, als es der Stadt gelang, die Grundlage für ein städtisches Straßenbahnnetz zu gewinnen. Als im Januar 1901 die beiden nach Treptow und Pankow führenden Linien von Siemens und Halske erworben wurden, konnte man auf Grund früher geführter Verhandlungen den guten Glauben haben, bei den Staatsbehörden jede nur mögliche Förderung dieses von ihnen selbst vorgeschlagenen Projekts zu finden. Um so verblüffender wirkte es, als nach Vorlegung der bezüglichen Pläne am 23. April 1901 eine kaiserliche Kabinettsorder erging, in der die erbetene Ueberquerung der Linden im Zuge der Kanonierstraße abgelehnt wurde und die bekannte Verfügung kam: „Unten durch — nicht drüber weg!“

Wie empfindlich städtische Interessen und städtische Finanzen durch diesen Bescheid geschädigt wurden, liegt auf der Hand. Eine Unterföhrung der Linden ist eben wirtschaftlich und technisch ein ganz anderes Ding als eine Ueberführung. Jedenfalls galt es, nun alles daran zu setzen, die Konzession für den verlangten Tunnel selber zu bekommen. Baurat Krause entwarf also eine Reihe von Projekten für die veranlagte Tunnelanlage, für die aus technischen Gründen nur der Opernplatz in Frage kommen konnte. Eines dieser Projekte fand die Zustimmung des Kaisers. Die staatliche Genehmigung wurde aber nicht erteilt, da das Polizeipräsidium erklärte, daß diese erst gegeben werden könne, wenn über den Opernhaus-Neubau, der inzwischen zur Erörterung gestellt worden war, Entscheidung getroffen sei.

Es folgten die Kämpfe mit der Straßenbahn, die sich anheißig machte, bestimmte Hauptlinien im Stadtinnern unterirdisch zu führen, falls ihr ein Vertrag für weitere 90 Jahre mit wesentlichen Tarifsteigerungen zugestanden würde! Daraufhin wurde vom Polizeipräsidium sofort angesetzt, den Tunnelbau doch zweckmäßigerweise von der Straßenbahn im Zusammenhang mit deren anderen Tunnelentwürfen ausführen zu lassen. Selbstverständlich nahm die Stadt gegen einen solchen Vorschlag auf das entschiedenste Stellung. Ihren Einwendungen wurde schließlich Folge gegeben, und im Jahre 1907 konnte der Entwurf von der Stadt dem Minister der öffentlichen Arbeiten überandt werden. Eine Entscheidung erfolgte zunächst nicht, da einmal die Frage wegen des Opernhauses noch schwebte, andererseits aber der Minister die Tunnelfrage nur im Zusammenhang mit den übrigen Plänen der Stadt zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse erledigt wissen wollte.

Endlich im Mai 1912 konnten die Verhandlungen wieder aufgenommen werden, und es wurde zunächst vereinbart, den früher gewählten Weg zwischen Opernhaus und Prinzessinnenpalais wieder aufzunehmen, da die Bedenken wegen des Opernhauses fortgefallen waren. Die Anlage eines viergleisigen Tunnels, der sich als notwendig erwies, stieß indessen hier auf Schwierigkeiten. Der viergleisige Tunnel bedingte auch eine viergleisige Zuföhrung in der Straße hinter der katholischen Kirche, und für eine solche Anlage erwies sich die Straße als zu schmal. Da noch weitere Bedenken hinzukamen, einigte man sich mit den Staatsbehörden nach vielen Versuchen dahin, den Tunnel in seinem nördlichen Teile im Kastanienwäldchen, das genügend Platz bot, viergleisig auszubauen, ihn dann aber in zwei zweigleisige Tunnelstrecken aufzulösen, deren eine die Linden unterföhrnd nach dem ehemaligen Festungsgraben geht und mit ihren Gleisen sich an

die in der Straße hinter der katholischen Kirche anschließt. Die andere Hälfte schwenkt zunächst nach Westen ab, um dann auf dem Platz zwischen Opernhaus und Kgl. Bibliothek heraufsteigend, ihre Gleise in die Behrenstraße zu führen, von wo aus sie Anschluß an diejenigen in der Markgrafenstraße finden.

Nachdem so die Vorfragen im allseitigen Einvernehmen erledigt waren, wurde der Entwurf endgültig fertiggestellt und im Februar 1914 vom Kaiser grundsätzlich genehmigt. Alle weiteren Formalitäten konnten, nachdem inzwischen auch die Frage der Umgestaltung des Königplatzes und des Neubaus des Opernhauses endgültig geregelt war, im Sommer 1914 erledigt werden, so daß es möglich wurde, endlich im Herbst 1914, also elf Jahre nach Einreichung des ersten Tunnelentwurfes, mit dem Bau zu beginnen.

Die Fertigstellung, die nun erfolgt ist, wurde durch den inzwischen eingetretenen Kriegszustand störend beeinflusst. Trotzdem ist es gelungen, daß große Werk in verhältnismäßig kurzer Zeit glücklich zu Ende zu führen.

## Die Einrichtung des Tunnels.

Mit Rücksicht auf die immerhin starken Neigungen in den Rampen und den Krümmungen im Tunnel selbst werden die Wagen der Sicherheit wegen nur mit einer Geschwindigkeit von 10 Kilometer in der Stunde fahren, so daß jeder Wagen auf wenige Meter Entfernung gebremst werden kann und wohl jede Gefahr eines Zusammenstoßes von zwei sich folgenden Wagen ausgeschlossen erscheint. Um aber allen Möglichkeiten einer Gefahr aus dem Wege zu gehen, ist im Tunnel, abgesehen von einem Sicherheitsdienst durch ständige Aufsichtsbeamte, noch ein System von farbigen Lichtsignalen eingebaut, das von den Wagen selbst in Wirksamkeit gesetzt wird und so arbeitet, daß jeder Fahrer erst weiterfahren darf, wenn der vorfahrende Wagen den nächstvorliegenden Signalpunkt erreicht hat und dabei von diesem Signal ein grünes Licht zum Leuchten bringt. Bis dahin zeigt das Signal rotes Licht und gibt damit dem folgenden Fahrer das Zeichen zu warten.

Die Benutzung des Tunnels ist so gedacht, daß der Großen Berliner Straßenbahn die östliche Tunnelhälfte eingeräumt wird, die westliche Tunnelhälfte wird von der städtischen Straßenbahn, der Berliner elektrischen Straßenbahn und teilweise noch von der Großen Berliner Straßenbahn befahren werden. In Notfällen soll selbstredend auch die Osthälfte der städtischen Straßenbahn und der Berliner elektrischen Straßenbahn offenstehen. Vorgesehen ist, daß bei Wiedereintritt normaler Zeiten durch den Osttunnel stündlich 81 Züge der Großen Berliner Straßenbahn, durch den Westtunnel 36 Züge dieser Gesellschaft und 41 Züge der städtischen Straßenbahn und der Berliner elektrischen Straßenbahn, im ganzen durch die Tunnelanlage also 158 Züge in jeder Richtung gehen. Selbstredend läßt der Tunnel noch eine erhebliche Steigerung der Zugfolge zu.

Die Baukosten des Tunnels waren auf 3 270 000 Mark veranschlagt, wovon allein auf Grunderwerb 1 100 000 Mark zu rechnen sind.

Möchte das noch so viel Schwierigkeiten und Weiterungen zustande gekommene Werk die Erwartungen voll erfüllen, die für die Vesserung der Verkehrsverhältnisse im allgemeinen und den Ausbau des städtischen Straßenbahnnetzes im besonderen an seine Ausführung geknüpft werden.

# Aus Groß-Berlin.

## Die trauernde Terpischore.

Sie trauert wirklich, die „Tanzstrolche“, die Muse der Tanzkunst, und die Saiten ihrer Lyra hängen schlaff und müde herab. An der Stätte ihres Wastens herrscht eifriges Schweigen, und die einst sie mit ihrer überströmenden Lebenslust erfüllten, sind vom wilden Kriegsturm auseinandergerissen, oder sie stehen selbst mitten im schaurigen Tanz der würgenden Gewalten.

Täglich, wenn ich vorübergehe, streift mein Blick die Fenster des Saales, in dem einst allwöchig die Paare sich wiegten und der vom Lachen und Jauchzen einer wogenden, wirbelnden Menge und von den pridelnden und schmetternden Klängen der Musik widerhallte. — Vorbei! — Seit Jahr und Tag schweigt die Klarinette, die Geige, die Trompete; eine drückende Stille lagert, wo vordem die Freude mit klingendem Schritt vorüberging. — Vorbei! Seit Jahr und Tag!

Die Muse der Tanzkunst ist zur Untätigkeit verdammt; niemand kann sagen, wann die Stunde kommt, da sie wieder in ihre angestammten Rechte treten wird. Aber die Stunde wird kommen, und das lachende Leben sich mit ungestümmter Kraft Geltung verschaffen. Alles hat einmal ein Ende; auch dieses unheilige Wälferingen. Der Tag des Friedens wird strahlend schön erscheinen und die Gemüter entspannen von den schmerzenden Fesseln drückender langer Kriegsjahre. Dann wird die Tanzgöttin selig lächelnd ihre Saiten straffen; lebenshungrige, warmblütige Jugend wird sich um sie scharen; die Geige wird wieder schmeicheln, das Cello lodern, die Klarinette jauchzen und die Trompete schmettern, bis die späte Nachtstunde kategorisch zur Heimkehr mahnt. Durch die abendstillen Straßen aber werden Pärchen wandeln, engumschlungen, mit heißen Wangen und blanken Augen, und in weicher Zärtlichkeit das Leben preisen, nachdem der Tod die schicksalsschwere Ernte eingefahren hat.

Täglich, wenn ich vorübergehe, trifft mein Blick die Stätte des Profits, wo jetzt die große Einsamkeit herrscht, wo Spinnen bauen und Mäuse knattern. — und mit drängender Kraft quillt die Hoffnung in mir auf: Bald wird sich alles, alles wenden!

## Öffentliche Beschwerdestellen.

In normalen Zeiten bestimmen Angebot und Nachfrage den Preis; damit kommen wir heute nicht mehr durch. Wenn es sich um Gedeihen und Gesundheit Laufender handelt, dann ist es im höchsten Grade unmoralisch und sollte es auch gesetzlich strafbar sein, die Macht des Geldes zu mißbrauchen, indem man die Lebensmittel verteuern hilft. Das geschieht aber, wenn man so hohe Preise zahlt, auch wenn es Waren betrifft, für die kein Höchstpreis festgelegt ist, oder solche, die der Unbemittelte sich auch in Friedenszeiten nicht kaufen kann. Das „Hamstern“ von Lebensmitteln wird allgemein verdammt und je nachdem auch bestraft; richtet der, der die

strafbar hohen Preise zahlt, nicht das gleiche an: entzieht er den andern Verbrauchern nicht ebenfalls die Ware?

Die Behörden geben dem Lebensmittelwucher zwar zu Leibe; Verordnungen und Bestimmungen gibt es in Ueberfülle — aber der Erfolg könnte ganz anders sein, wenn die Geschädigten, statt ihren Unmut in Schelten und Verdächtigungen umzusetzen, Selbsthilfe gebräuchten. Dabei ist allerdings nicht zu verkennen, daß die Strafanzeigen viel Zeitverlust und Ärger im Gefolge haben können, daß die amtlichen Stellen, bei dem Mangel an Beamten, vielfach überlastet sind.

Hilfe würde die Errichtung öffentlicher Beschwerdestellen bringen. Solche Stellen würden in jeder Gemeinde, in jedem Stadtteile eingerichtet und mit drei oder fünf Mitgliedern ehrenamtlich besetzt werden. An sie würden alle Beschwerden über Wucherpreise, schlechte Beschaffenheit der verkauften Lebensmittel und dergleichen zu richten sein. Die Stelle würde die Beschwerde eingehend prüfen und, je nachdem, den Beschwerdeführer von der Grundlosigkeit überzeugen oder die Bestrafung beim zuständigen Gericht beantragen. Selbstredend soll damit den Gerichten in keiner Weise vorgegriffen werden; die Stelle hat nur die Unterlagen zu prüfen, den Fall klar zu legen und würde so dem Gerichte eine Menge Arbeit abnehmen können.

An zu diesem Amte befähigten und bereiten Männern wird es in keinem Bezirke fehlen.

## Bedürftige Wöchnerinnen.

Aus dem Bund für Mutterschutz wird uns geschrieben: Größer als in anderen Jahren ist diesmal die Zahl der Frauen und Mädchen, die zu uns kommen, um unseren Rat und unsere Hilfe zu erbitten; härter als sonst ist die Not, die sie treibt. In den meisten Fällen fehlt es an dem Nötigsten. In früheren Jahren war es uns immer möglich, einen kleinen Vorrat an Kinderwäsche im Haus zu haben. Jetzt sind die Wäschekränke unserer Wöchnerinnen erschöpft; die Geschäfte, die uns sonst gern Gaben für unsere Mütter zumommen ließen, können dies unter der Herrschaft des Bezugscheines nicht mehr in altgewohnter Weise tun. Da müssen wir uns an die breitere Öffentlichkeit wenden mit der herzlichsten Bitte: möge doch jede Frau einmal in ihren Vorratskammern nachsehen, ob sie nicht noch etwas Entbehrliches für uns hat. Es braucht nicht fertige Kinderwäsche zu sein; wir stellen auch aus anderer Wäsche Bindeln und anderes her, und auch für Kleidungsgegenstände anderer Art haben wir stets Verwendung. Auch würden wir gern, wie in früheren Jahren, unseren Müttern und Schwangeren, deren wir stets 12—15 in unserem Heim haben, eine kleine Weihnachtsfreude machen. Wer uns dabei durch Spenden irgend welcher Art — Geld, Lebensmittel, Bekleidungsgegenstände — mit Helfen will, tut ein gutes Werk. — Wir bitten, die uns zugehenden Gegenstände an unser Heim — Ullandsstr. 134 — zu senden oder uns telefonisch — Pfalzburg 2338 — zu benachrichtigen, damit wir die Sachen abholen lassen können. — Die Sprechstunde unserer Auskunftsstelle ist täglich 10—1 Uhr und außerdem Dienstag und Freitag abends 7—9 Uhr.

## Wer soll Vollmilch erhalten?

Die Milchverordnung für Groß-Berlin bestimmt, daß Vollmilch nur für Säuglinge (oder für die stillenden Mütter) und für Kleinkinder bis zum 6. Lebensjahr, für schwangere Frauen in den letzten drei Monaten und unter gewissen Voraussetzungen auch für Kranke abgegeben werden darf. Man hört aber immer wieder erzählen, daß auch andere als diese mit Recht bevorzugten Personen sich Vollmilch verschafft hätten, während Kinder und Kranke die notwendige Nahrungsmittelbeschränkung des für sie unentbehrlichen Nahrungsmittels ertragen müssen. Wir begreifen die Erregung eines Kranken, der uns klagt, daß er statt bisher 1/2 Liter Vollmilch, seit dem 1. Dezember nur noch 1/4 Liter kaufen darf. Auf 1/4 Liter für den Tag wurde sein Anrecht gekürzt, obwohl man dem Manne auf hundert Schritte ansieht, daß er krank ist. Er hat noch keine vierzig Lebensjahre hinter sich, gehört aber schon seit einigen Jahren infolge eines Herz- und Nierenleidens zu den Arbeitsinvaliden, die von einer bescheidenen Rente ihr Leben weiterfristen müssen. Mit der Kürzung seines Anrechts auf Vollmilch, die als Nahrungsmittel doch einem Herz- und Nierenleidenden sehr dienlich wäre, scheint man einen argen Mißgriff begangen zu haben. Die Frau des Kranken setzte sich hin und schrieb dem Magistrat, sie könne bei solcher Einschränkung des Milchverbrauchs ihren Mann nicht mehr zu Hause behalten und werde ihn daher einem Krankenhaus zuföhren müssen. Diese Ankündigung hatte zur Folge, daß der Magistrat das Schreiben dem Armenkommissionsvorsteher des Bezirks überfandte, der dann den Kranken an den Armenarzt zur Untersuchung und Begutachtung wies. Einstweilen hat der Kranke den Armenarzt noch nicht aufgesucht, weil er bei seinem jetzigen Zustand für besser hält, nicht auszugehen. Sein Verdruß über die Herabsetzung seines Vollmilchanpruchs ist um so größer, weil gerade er zu wissen glaubt, daß gesunde Erwachsene von einem Kaufser eines Volkereibetriebes trotz aller Mißgunstigkeit mit Vollmilch versorgt worden seien. Es ist sehr schwer, nachzuprüfen, ob die Beobachtung, auf die solche Vorwürfe sich stützen, zutreffend waren. Man kann nur raten, bei Uebertretungen der Milchverordnung rücksichtslos gegen die Schuldigen mit Anzeige vorzugehen. Wünschen muß man aber auch, daß die zuständigen Behörden schnell arbeiten. Auf eine der Milchverorgungsstellen zugefandte Beschwerde, die über unberechtigten Vollmilchverkauf klagte, ist in drei Wochen noch nichts geantwortet worden.

## Einschränkung des Schuhlederverbrauchs.

Die neuen Bestimmungen der Kontrollstelle für freigegebenes Leder haben eine weitere Einschränkung des Schuhlederverbrauchs zur Folge, die auch für die laufende Bevölkerung von Bedeutung ist. Für weniger wichtige Sorten Schuhwaren und für diejenigen Teile der Strahenschuhe, die weniger abgenutzt werden, darf Stierleder nicht mehr verwendet werden. Es ist für diese Schuhteile die Verwendung von Ersatzstoffen und Spaltleder ausdrücklich vorgeschrieben. Lederne Doppelsohlen und Zwischensohlen dürfen bei Strahenschuhen überhaupt nicht mehr angebracht werden. Für die Neuankündigung von Luxus- und Sportschuhen ist die Verwendung von Bodenleder jeder Art überhaupt verboten. Die Neuankündigung von Sportstiefeln dürfte wohl völlig aufhören. Da auch an Oberleder gespart werden muß, ist jetzt vorgeschrieben, daß die Schaftteile bei Damenschuhen bis Größe 38 nicht mehr als 18 1/2 Zentimeter betragen darf, während für andere Füße das entsprechende Verhältnis gilt. Der Schuhhandel wird sich eben in stärkerem Umfang als bisher dem Absatz von „Kriegsschuhwerk“, also Stiefeln mit Holzsohlen usw., zuwenden müssen.

Vemeinenswert ist übrigens, daß, wie der „Schuhmact“ mitteilt, das Hamstern von Schuhwaren bereits in die Er-

Meinung zu treten beginnt. Der Schuhhandel sollte daher, schreibt das genannte Fachblatt, schon jetzt dazu übergehen, an einen Kunden nicht mehr als ein Paar Schuhe zu verkaufen, damit auf diese Weise eine möglichst gleichmäßige Verteilung an die gesamte Bevölkerung erreicht wird. Ob nicht eines Tages das Bezugssystem auch für Schuhwaren eingeführt wird, bleibt abzuwarten.

### Das Mantelleid.

Aus Konfektionskreisen erhalten wir eine Zuschrift, der wir folgendes entnehmen: In keinem Kleidungsstück wird mehr Stoff vergeudet als in den sogenannten Mantelleidern, die seit einigen Monaten modern geworden sind. Dieses Mantelleid ist kein Ersatz für das Kleid, sondern nur für den Mantel. Aber während für einen Mantel 3 Meter Stoff gebraucht werden, erfordert ein Mantelleid etwa 4 Meter. Infolge der Verordnungen betr. Stoffsparsamkeit sind seit dem 4. April zahlreiche Schneider und Schneiderinnen arbeitslos geworden. Vielen von diesen würde geholfen werden, wenn sie statt 10 Meter Stoff in 4 Mantelleidern zu verarbeiten und damit 10 M. zu verdienen, von derselben Stoffmenge etwa 7-8 halblange Jachen arbeiten und einen Verdienst von 14-18 M. haben könnten. Und von derselben Stoffmenge, die jetzt 4 Frauen für sich beanspruchen, könnten sich 8 Frauen kleiden. — Es liegt uns fern, zu den bereits in genügender Anzahl bestehenden obrigkeitlichen Verordnungen auch noch eine „betr. Mantelleider“ provozieren zu wollen. Allen aber, die es angeht, möchten wir doch dringend an Herz legen, diese ebenso unzeitgemäße wie geschmacklose Mode nicht mitzumachen.

### Die neue Polizeistunde und die Gastwirte.

Am schwersten getroffen werden von der neuen Verordnung zweifellos, auch wenn, wie vermutet werden darf, die Polizeistunde für Berlin auf 12 Uhr festgesetzt wird, die großhändlerischen, von der Lebensmittelbeschaffung für sie und ebenso für zahlreiche Cafés bedeutet die Bundesratsverordnung das Todesurteil. Weniger getroffen werden diejenigen Restaurants, die hauptsächlich zur Stillung des Hungers nach dem Theaterbesuch aufgeschlagen werden. Schlimmer wird es den sogenannten Bürger-Frühstücken ergeben, die dem geselligen Familienverkehr dienen. Diesen Lokalen bringt die Verkürzung der Polizeistunde einen großen Verlust, da die Länge der Geschäftzeit in gleichem Verhältnis zu dem Konsum der Gäste steht. Verhältnismäßig am wenigsten getroffen werden die kleinen Gastwirtschaften, die Dekantationen usw. Diese sind allerdings bereits durch die Einschränkung des Personalbesatzes und der Spirituosenlieferung so stark geschädigt, daß eine weitere Schädigung für sie kaum noch möglich erscheint. Jedenfalls steht fest, daß das Gastwirts Gewerbe einer trüben Zukunft entgegengeht.

### Berliner Lebensmittelnachrichten.

Der Magistrat hat durch Verordnung vom 10. November 1918 die Verordnungen zur Regelung der Groß- und Kleinhandelspreise für Rind- und Schweinefleisch vom 14. April 1918 und für Kalb- und Hammelfleisch vom 6. Mai 1918 ergänzt beziehungsweise abgeändert. Es kostet jetzt ein Pfund: roher Rinder- oder Hammelfleisch und rohes Rinder- oder Hammelfleisch 2,00 M. (früher 3 M.), ein Pfund aus-gelassener Rinder- oder Hammelfleisch 3,00 M. (früher 4 M.). Die Großhandelspreise für frisches Rind- und Schweinefleisch sowie für Kalb- und Hammelfleisch sind aufgehoben worden, weil ein Großhandel in diesen Fleischsorten in Berlin nicht mehr besteht. Die Hebernahme des Schlachtwirtschaftlichen durch die Fleischer erfolgt zu Preisen, die vom Magistrat festgesetzt sind.

Nach der fechten öffentlichen Bekanntmachung des Magistrats entfallen auf Abschnitt 6 der Lebensmittelkarte 100 Gramm Teigwaren. Die Abschnitte sind am 11., 12. und 13. d. M. in den durch besondere Verkaufshilfen gekennzeichneten Kleinhandels-geschäften gegen Empfangsbescheinigung abzugeben. Die Ware wird dann etwa acht Tage nach Ablieferung der Kartenabschnitte bei den betreffenden Kleinhandlern gegen Rückgabe der obenverordneten Empfangsbescheinigung zur Verfügung stehen. Es wird davor gewarnt, die Abschnitte in Geschäften abzugeben, die nicht in Besitz der vom Magistrat herausgegebenen Verkaufs-hilfen sind.

In der Woche vom 11. bis 17. Dezember dürfen auf die sieben Abschnitte B der Kartoffelkarte zusammen nicht mehr als 6 Pfund Kartoffeln abgegeben und entnommen werden.

Die Eierzufuhr sind in letzter Zeit so gering gewesen, daß in der nächsten Woche der Eierverkauf unterbleiben muß.

### Die alte Geschichte.

Trotz der sehr guten diesjährigen Zwiebelernte gibt es in Berlin keine Zwiebeln zu kaufen — oder vielmehr zu kaufen gibt es sie schon, aber nur für „Gingeweichte“, die die rechten Stellen zu finden wissen und bereit sind, Preise zu zahlen, die den Höchstpreis erheblich übersteigen. Es ist eben wieder die alte Geschichte: sobald für eine Ware Höchstpreise festgelegt werden, verschwindet sie vom öffentlichen Markt und die Käufer können noch froh sein, wenn sie sie irgendwo unter der Hand zu Wasserpreisen erhalten.

### Die Fünfzigjährigen.

Zu einem amerikanischen Geschäftsmann kommt ein ausgewandertes Deutscher: „Herr, nehmen Sie mich in Arbeit! Ich bin zwar schon über fünfzig Jahre alt, kann aber noch mindestens ebensoviel wie ein Junger leisten.“ Der Amerikaner sieht erstaunt den Dittsteller an: „Ist das in Deutschland so Sitte, daß auf die Arbeit der Fünfzigjährigen verzichtet wird? Ich verlange eine bestimmte Arbeit und bezahle sie. Können Sie die Arbeit leisten, so geht mich euer Alter nichts an!“

In der Tat, es ist so, daß man in Deutschland dem mehr als Fünfzigjährigen, der Arbeit irgend welcher Art sucht, nicht mehr viel Leistungskraft zutraut und ihn in neunzig von hundert Fällen abweist. Man prüft gar nicht erst, was er kann, man weiß ihn ab, weil er „zu alt“ ist. Als der Weltkrieg sich in die Länge zog, sah man das anders werden zu wollen. Mit einem Male erkannte man die Leistungsfähigkeit des Fünfzigjährigen, weil man ihn nötig brauchte. Je mehr jüngere Leute zu den Waffen gerufen wurden und je mehr Lücken dadurch auf allen Arbeitsgebieten entstanden, desto lauter wurde der Ruf nach Erfolge, der nur in den älteren Jahrgängen gefunden werden konnte.

Können die Fünfzigjährigen oder die noch Älteren überhaupt erhebliches leisten? Jener Amerikaner, frei von dem Vorurteil, das bei uns lange genug und sehr tief eingegriffen war, sagte sich: „Traue ich dir nichts mehr zu, dann darf ich auch mir nichts mehr zutrauen, sobald ich dein Alter erreicht habe.“ Der praktische Geschäftsmann weiß insbesondere zu schätzen, daß Ältere Leute auf vielen Arbeitsgebieten erfahrener, zielstärker, sorgfältiger und zuverlässiger sind als jüngere Menschen. Natürlich wird es Fünfzigjährige geben, die so gelebt haben oder so ausgeübt sind, daß sie tatsächlich mit ihrer körperlichen und geistigen Kraft schon weit hinter dem Durchschnitt stehen. Die Mehrzahl der Fünfzigjährigen kann aber ohne jeden Zweifel auf sehr hohen Ansprüchen genügen.

Was haben die Fünfzigjährigen während des Weltkrieges geleistet? An Mannschaften wie an Offiziere wurden ohne Rücksicht auf das Alter die denkbar höchsten Anforderungen gestellt. Und dann blühte man auf die vielen Hehrtausende von Älteren hinter der Front, die Artillerie, Krankenpfleger, Eisenbahner, Postbeamten, Industriearbeiter, Handwerker und alle die unzähligen anderen, die an dem Maschinenapparat des vaterländischen Hilfswerkes mitarbeiteten, die zahlreichen mehr als fünfzig Jahre alten Frauen nicht ausgenommen. Ungeheures ist da im einzelnen und in der Gesamtheit geleistet worden. Viele, die Arbeit zu vergeben und bisher gedankenlos das Vorurteil gegen Weisheit mitgemacht hatten, waren endlich erkannt, wie toper die ebeden „zu alten“ ihre Pflicht erfüllen. Vielleicht regte sich hier und da auch das Gewissen.

Wird man diese Arbeitsfähigkeit der Fünfzigjährigen auch in Zukunft anerkennen? Was an schönen Worten aufgebracht werden konnte, das haben wir bei uns im Weltkrieg erlebt. Nur zu leicht vergißt sich solche erhabende Sprache des Herzens und der — Not. In einem Staate, der diese Erfahrungen gesammelt hat, darf das sozial brutale „zu alt“ in der früheren Form keine Berechtigung mehr haben. Wer mit fünfzig und mehr Jahren fähig ist, erdöbliches zu leisten, muß Gelegenheit erhalten, sein Können zu beweisen. Vor allem müssen die Staats- und Gemeindegewerbe gründlich umlernen, nicht nur von sich aus, sondern auch mit ihrem Einfluß auf die großen Privatunternehmen. Sind die Fünfzigjährigen und noch Älteren zur Arbeit gut in Position der Not, so soll man sie unter anderen Umständen nicht abschütteln und die noch Arbeitsfähigen und Arbeitswilligen aus törichtem Vorurteilen oder aus roher Gewinnlust dem Elend preisgeben. Im anderen Falle muß konsequenterweise das Recht auf Altersrente — auf 50 Jahre herab-gesetzt werden.

### Café auf Abruch.

Die großen Lichter des Konzert-Cafés mit dem schon im Frieden miserablen Kaffee und Kuchen brennen nicht. Nur bleichgrün die Rindlampen daneben. Ein zur Straßenbahnhaltestelle vor dem Café am Rande des weiten finsternen Nichts, des unbekannten Zukunftslandes. Da — schwacher Lichtschein im breiten Spiegelfenster: ein Mann hält in dem sonst lichtüberfluteten Raum eine schäbige Petroleumlampe hoch und bei ihrem kümmerlichen Schein steht ein zuckender Arbeiter eine große Säge durch das herangezogene — Puffpodium. Jetzt hat eine Frau den Lampenträger abgelöst, und wie die Elektrische kommt, sagt jener immer noch. Man sieht es nur, die dicke Scheibe dämpft den Schall. Wer Lust hat, mag sich zu Gleichnissen mit unserer Zeit angeregt fühlen. Für die meisten ist es nichts Ungewöhnliches: Café auf Abruch im Vorort.

### Die Eisene Brücke.

Im Zusammenhang mit der „Linden“-Unterjüngung steht die Erneuerung der Eisernen Brücke, die fortan ihren Straßenbahnverkehr von der Dorothienstraße her empfangen wird. Diese Brücke, die gegen Ende des 18. Jahrhunderts die „eisene“ benannt wurde, weil sie die erste eiserne Brücke in Berlin war, ist auch bei dem Neubau wieder in Eisen ausgeführt worden. Dem Verkehr bietet sie aber jetzt das ähere Bild einer Steinbrücke, weil zur Anpassung an die benachbarten Mauerwerksgebäude die Eisenteile mit einer Steinverkleidung umhüllt worden sind.

### Dachgärten.

Der Polizeipräsident erläßt soden eine Verfügung, die den Zweck hat, die Anlage von Dachgärten in Berlin zu ermöglichen. Dadurch wird in gewissen Stadtteilen vielleicht eine teilweise Umwälzung in der Bauweise herbeigeführt werden, die vielen Einwohnern gewiß nicht unwillkommen wäre. Man denke sich Berlin als „hängende Gartenstadt“ mit der Möglichkeit, oben auf den Dächern zu lustwandeln, auszurufen, Kleintiere und Gemüse zu züchten, zu turnen und zu spielen. Tausenden wird der Aufenthalt in Berlin dadurch angenehmer und reizvoller gestaltet. Wenn mehrere Häuser in gleicher Höhe hübsche Gärten mit blühenden Bäumen und Sträuchern, Blumen und Lauben erhalten, können sogar Anlagen entstehen, die von den jetzigen recht trüben und reizlosen Aufbliden auf alle Dächer vorteilhaft absehen würden. Wir haben in Berlin, besonders am Gendarmenmarkt und dessen Nähe, schon Anlagen von Dachgartenanlagen und versprechen uns viel davon, wenn bei den Behörden und Unternehmern das Interesse für diese Gärten wächst. Bei den Mietern ist es längst vorhanden!

Die Verkehrseinschränkung auf der Stadt-, Ring- und Sörri-bahn ruft in hohem Maße Verärgerung hervor. Die auf Erwerb angewiesene Bevölkerung ist auf äußerste Zeitausnutzung angewiesen, die Frauen, um das Hauswesen und die Kinder zu besorgen, die Männer, weil sie vielfach neben dem Hauptberuf noch zu Nebenarbeiten gezwungen sind, um die Taxierung anzuhalten zu können. Wenn da die Lüge vermindert werden, entstehen Zeitverluste, die schwer zu ertragen sind. Und oft hört man jetzt die Anregung, die wahrhaftig befolgt zu werden verdient. Wenn die Wohn sparen will, warum beseitigt man dann nicht die meist halbleer fahrenden Wagen zweiter Klasse?

Die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, teilt uns mit, daß infolge der fortgesetzt steigenden Herstellungskosten die bei unseren Lesern so beliebten Bände der Vorwärts-Bibliothek leider nicht mehr für 1 M. abgegeben werden können. Der Verkaufspreis ist jetzt 1,20 M.

Bisher sind in dieser Serie erschienen: „Ervekt.“ Ein Roman aus dem Proletarierleben von A. Ser. — „Der Ausweg.“ Eine Erzählung von Ernst Preegang. — „Das Land der Zukunft.“ Reisebeschreibung von Leo Kollisch. Mit einer Einleitung von Paul Göhre. — „Verzobenes Volk.“ Erzählungen von R. Grösch. — „Der Prinzipienreiter.“ Eine Erzählung aus dem Jahre 1848 von W. Plos. — „In den Tod getrieben.“ Zwei Erzählungen von Ernst Preegang. — „Der Pariser Garten und Anderes.“ Von Emma Kautsky. — „Mutter.“ Ein Frauenstück von Joh. Fersch. — „Der Morgen graut.“ Erzählungen aus dem Proletarierleben von Andersen-Nord. — „1000 Mark Belohnung.“ Kriminalroman von Hans Oyan. — „Die Heiterkeit.“ Eine lustige Erzählung von Otto Lubwig. — „Im Waisenhaus zur Fabrik.“ Geschichte einer Proletarierjugend von Georg Dikreiter. — „Der Gotteslästerer.“ Roman aus dem Leben der erzgebirgischen Halb-arbeiter. Von A. Ser. — „Die Marktentenderin.“ Erzählung aus der Zeit der Revolutionskriege von Ermann-Chatrian. — „Kriegsfahrten in Belgien und Nordfrankreich.“ Von Dr. Köpfer und G. Roske. Mit 8 Bildern und 1 Karte. — „Kriegsberichte aus Dürprufen und Rußland.“ Von W. Dümel, Kriegsberichterstatter. Mit 8 Bildern und 1 Karte. — „Herzen im Kriege.“ Schilderungen und Geschichten. Ausgewählt von Dr. Franz Diederich. 2 Bände, jeder für sich abgeschlossen. — „Als Zwischendecksteward nach Südamerika.“ Erzählung von Heinrich Neuenhagen.

Vossentheater. Das kleine, höchst primitive Theater am Draniensburger Tor, dessen Vorderhaus sich — wie lange noch? — wenigstens durch ein paar Vogelampfen von der übrigen Front der Linienstraße unterscheiden darf, war immer eine Stätte höchst erhellender Lerne. Das Eigentliche ist zwar heute noch Trumpf, aber nicht mehr ganz so ausschließlich wie damals, als der kleine Versuch die Zuschauer quälte vor Vergnügen. Jetzt ist Herr Hasel der Stückdrehreiber, Hauptdarsteller und Spielleiter, und auf seiner unglücklichen Geschäftskunst ruht das ganze Unternehmen. Da spielt er jetzt den Löwen, der nach langen schweren Nöten und dem fähmchen Zufall in einem geschnehten Kanolfelshelden erwacht und sich unter wüthigen Brankenschlägen auf den angetrauten Drachen beinahe auf eine Parteidemone stürzen würde — wenn das nicht finanziell bedenklich wäre. Gleich darauf steht man ihn als östlichen Bräutigam, der nun einmal nicht mit der „Kalle“ in den Tempel fährt, ehe er nicht die Wägist hat in der Tasche hat — „Ent oder weder“ — und zum Schluß ist Herr Hasel gar ein rheinischer Parast, in dessen Schutze sich eine junge Berliner Witwe ebenso unbegreiflich wie rettungslos verliert. Drumherum laugen noch ein paar urfomische Penschchen

Feiderlei Geschick und aller Altersgrade. Man verkennt so draußen auf einem Abend den Ernst, den uns die Zeit aufgedrängt hat.

Viererkühn am 24. Dezember. Das Polizeipräsidium hat ein Gesetz von Vereinigungen Berliner Geschäftsleute, die Geschäftszeit am Sonntag, 24. Dezember, zu verlängern, abgelehnt, weil die Liffenhaltung bis 6 Uhr an den beiden vorherigen Sonntagen genügen müße. Es bleibt also bei dem Schluß um 4 Uhr am 24. Dezember.

Antrag zur Volkszählung. Auch in dieser Woche sind die An-meldungen zur Berliner städtischen Volkszählung erheblich gestiegen, und zwar um mehr als 13 000 Anmeldungen. Sie haben somit in den beiden letzten Wochen eine Zunahme von über 20 000 erfahren. Besonders groß ist die Steigerung der Anmeldungen in der Klasse V, in der Zentralmarkthalle, nämlich von 8700 auf rund 14 000. Insgesamt hat jetzt die städtische Volkszählung annähernd 80 000 Besucher aufzuweisen.

Warnung für Kriegsbeschädigte! Den Mitteilungen über die Kriegsbeschädigtenfürsorge in der Provinz Schlesien entnehmen wir: „Der Kaufmann Friedrich Keil in Berlin S.O. 16, Engels-ufer 1, betreibt unter der Firma „Norddeutsches Bücherverlagshaus“ eine Auktionsbuchhandlung. Derselbe läßt er durch Reisende in der Provinz die im Verlage der „Union“ in Stuttgart erscheinende illustrierte „Geschichte des Weltkriegs 1914 und 1915“ betreiben. Als Reisende beschäftigt Keil mit Vorliebe Kriegsbeschädigte, die mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet sind. Diese müssen zu Verbeugenden dem Publikum erzählen, daß ein Teil des Erlöses dem Roten Kreuz zuzuführen oder daß vom Reinertrag der Kriegsbeschädigtenfürsorge Mittel zugewendet würden. Diese Behauptungen entsprechen nicht der Wahrheit. Ueberdies sind das Vorleben Keils und die Grundsätze seines geschäftlichen Unternehmens nicht einwandfrei.“

Bermittelt wird seit dem 20. November der 43jährige Lagermeister August Ebel aus der Granatstr. 50 in Friedenau. Er zeigte in letzter Zeit Spuren von Schwermut, und es besteht die Befürchtung, daß er sich ein Leid angetan hat. Bisher konnte eine Spur nicht gefunden werden. Obel war mit dunklem Jacketanzug, schwarzem Winterüberzieher, schwarzem Schlapphut und braunen Schmirkschuhen bekleidet. Er ist etwa 1,75 Meter groß, schlank, hat dunkelblondes Haar, längliches, blaßes Gesicht, Schnurrbart, fehlerhaftes Gebiß. Als besonderes Kennzeichen wird eine Verletzung des rechten Zeigefingers angegeben.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall hat sich in Johannisthal ereignet. Der Monteur Weigel aus der Köpenicker Straße, der fahrbereit ist, verfuhrte in der Friedrichstraße in Johannisthal kurz vor einem Straßenbahnwagen das Gleis zu überschreiten. Da der Bahnwagen auf die kurze Entfernung nicht mehr zum Stehen gebracht werden konnte, wurde der Monteur erfasst und umgerissen. Er erlitt eine schwere Kopfverletzung, an deren Folgen er bald darauf starb.

Hilfslos aufgefunden wurde gestern Abend vor dem Hause Elisabethstr. 31 der 43 Jahre alte Arbeiter Otto Stamm aus der Alsdorferstr. 21. Ein Schuttmann brachte ihn nach der nächsten Rettungsstelle. Dort konnte der Arzt nur noch den Tod feststellen.

Wer sind die Toten? Unter falschem Namen vergiftet hat sich in einem Hotel in Charlottenburg eine unbekannte Frau von etwa 30-35 Jahren. Sie nannte sich Geschäftsfrau Gerda Dietrich aus Magdeburg. Diese Angaben haben sich jedoch als falsch erwiesen. Die Tote, die ihrem Körper nach wohl dem dienenden oder Arbeiterstande angehört, ist kaum mittelgroß, schlank, hat graue Augen, vollständige, aber schlechte Zähne und eine erbsengroße Warte an der linken Nasenseite. Außer einem Hinterlegungschein über einen Passport mit kleinem und Wäsche, der auf dem Berliner Bahnhof in Verwahrung gegeben war, hinterließ sie keinerlei Papiere. Kein Wäschestück ist gezeichnet. — In der Jungfernhöhe erhängt aufgefunden wurde gestern ein unbekannter mittelgroßer Mann mit grauem, lurgem Haar und gestülptem Schurrbart. Er trug einen schwarzen Winterüberzieher mit schwarzem Samttragen, hellgrau kariertes Jackett und Weste, hellgrau gestreifte Beinweider, einen braunen, weichen Hut, Schnallenschuhe und Bruchband und Brillen.

## Aus den Gemeinden.

Schöneberg. Der Magistrat Berlin-Schöneberg hat beschlossen, dem Beispiele des Staates zu folgen und allen Beamten und Angestellten der Stadt neben der bereits bestehenden laufenden Feuerungszulage eine einmalige Feuerungs-zulage zu zahlen. Es sollen dabei dieselben Sätze gewährt werden, wie sie die Regierung für die Staatsbeamten festsetzen wird. Die Ausführung des Beschlusses kann freilich erst erfolgen, wenn die Regierung endgültig zu den entsprechenden Beschlüssen des Abgeordnetenhauses Stellung genommen haben wird. Da voraus-sichtlich viele Gemeinden ähnliche Beschlüsse fassen werden und es im dringenden Interesse der Beamten liegt, wenn die Zahlung noch vor Weihnachten erfolgt, so ist eine schnelle Stellungnahme der Regierung dringend erwünscht.

Schöneberg. Die Verleibungskommissionen, die während des Weihnachtsfestes ihre tägliche Sprechzeit bereits auf die Stunden von 4-8 1/2 Uhr verlängert haben, werden an den beiden Sonntagen, 10. und 17. Dezember, auch von 8-10 Uhr vormittags geöffnet sein.

Reinickendorf. Die Gemeinde verläuft in der nächsten Woche (vom morgigen Montag bis Sonnabend) in ihren fünf Verkaufsstellen Feintaig zum Preis von 3 M. pro Pfund. Bei Ent-nahme des Fettes wird von der neuverkauften gelben Lebens-mittellarte der Abschnitt 1 abgetrennt. Auf jeden Abschnitt werden 75 Gramm verabfolgt. Zum Kauf sind berechtigt die Inhaber der Lebensmittellarten Nr. 1-5700 und 30 300 bis 41 000 in der Verkaufsstelle Reinickendorf, Nr. 125, von 5701-13 200 in der Verkaufsstelle Schillingstr. 3, von Nr. 13 201-21 700 in der Verkaufsstelle Reinickendorf, Nr. 75, von Nr. 22 001-28 500 in der Verkaufsstelle Eichbornstr. 34. Da das für alle Bezugsberechtigten erforderliche Quantum vorhanden ist, ist ein vorheriges Anstellen vor den Verkaufsstellen nicht nötig und wird vom Gemeindevorstand unterjagt. Ueber Tag, der bis zum Sonnabend, den 16. Dezember mittags, nicht abgefordert worden ist, verfügt die Gemeinde anderweitig.

Spandau. Die Spandauer Stadtverordneten haben in ihrer letzten Sitzung eine Magistratsvorlage über die Errichtung einer städtischen Wurfabrik auf dem Schladhof angenommen und die erforderlichen Kosten in Höhe von 50 000 M. bewilligt.

Nowawes. Die Kriminalpolizei verhaftete einen Gärtnerbe-fiziger, der zugab, im September von einem benachbarten Neubau-grundstück in der Großbeerenstraße etwa 800 Gelungsdörren mit Rubelströ und einige Zeit später ungefähr 50 Obstbäumen im Werte von 100 M. entwendet zu haben. Die Köhren hatte er zu einer Beizungsanlage in seinem Gewächshaus benutzt, während er einen Teil der Obstbäume verkaufte. 20 Stück fanden sich bei der Verhaftung noch auf seinem Grundstück vor.

Die Kriess-Familienunterstützung wird von jetzt ab nur noch im Rathause, und zwar von Nr. 1-1600 im Zimmer 12 und von 1501 bis Ende im Zimmer 14/15 ausgezahlt.

## Parteiveranstaltungen.

Zentral-Wahlverein Teltow-Berckow. Ortsverein Lichterfeld. Die nächste ordentliche Mitgliederversammlung findet am Dienstag, den 12. Dezember, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Rensch, Hindenburg-damm 55, statt.

Freireligiöse Gemeinde. Heute Sonntag, nachmittags 9 Uhr, Doppel-Messe 15/17; Reudlin, „Idealismus“, Beerdigung; Oberhagen-weide, Klarstr. 2; Freireligiöse Versammlung. — Sonntags 11 Uhr: Kleine Franziskaner Straße 6; Vortrag von Herrn Ernst Kottler: „Geistes Jauch, I. Teil.“ — Gäste willkommen.